

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Markenrechtsvertrag vom 27. Oktober 1994

A. Problem und Ziel

Der Markenrechtsvertrag (Trademark Law Treaty) der Weltorganisation für geistiges Eigentum ist nach Ratifizierung durch fünf Mitgliedstaaten am 1. August 1996 in Kraft getreten. Der Vertrag dient der Vereinheitlichung der Verfahren zur Anmeldung einer Marke in den einzelnen Mitgliedstaaten. Hierdurch soll es Anmeldern erleichtert werden, in einem für sie fremden Rechtssystem Markenschutz zu erlangen.

B. Lösung

Der Entwurf schlägt Zustimmung zu dem Markenrechtsvertrag vom 27. Oktober 1994 vor.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Kein nennenswerter Vollzugaufwand

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, entstehen nicht. Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf Einzelpreise, das Preisniveau sowie auf die Verbraucherinnen und Verbraucher.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 4. Oktober 2001

022 (131) – 421 03 – Ma 18/01

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik

11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Markenrechtsvertrag vom 27. Oktober 1994
mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 767. Sitzung am 27. September 2001 gemäß Artikel 76
Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.



Entwurf
Gesetz
zu dem Markenrechtsvertrag vom 27. Oktober 1994

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Genf am 7. November 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Markenrechtsvertrag vom 27. Oktober 1994 wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 20 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

A. Allgemeines

Mit dem Entwurf wird der Markenrechtsvertrag vom 27. Oktober 1994 zur Zustimmung vorgelegt. Der Vertrag ist nach der Ratifizierung durch fünf Mitgliedstaaten der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) am 1. August 1996 in Kraft getreten. Er wird für die Bundesrepublik Deutschland drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Kraft treten.

Die Ausführungsordnung zum Markenrechtsvertrag wird als Bestandteil des Vertrages sowohl von der Zustimmung als auch von der Inkraftsetzung umfasst und ist deshalb in Artikel 1 nicht gesondert aufgeführt.

Im Vergleich zu sonstigen internationalen Regelungen zum Markenrecht, insbesondere dem Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken und den dazugehörigen Durchführungsbestimmungen, nimmt der Markenrechtsvertrag eine Sonderstellung ein. Er hat auf die vorhandenen internationalen Instrumente zum Markenschutz keinen Einfluss, sondern dient allein der Vereinheitlichung der Verfahren zur Anmeldung einer Marke in den einzelnen Mitgliedstaaten. Materielles Markenrecht bleibt durch die Vertragsbestimmungen bis auf wenige Ausnahmen unberührt. Zu den wenigen materiellrechtlichen Bestimmungen zählen die Regelungen über die einheitliche Schutzdauer von zehn Jahren in Artikel 13, die Verpflichtung zur Anwendung der Pariser Verbandsübereinkunft (Artikel 15) und die Gleichstellung von Dienstleistungsmarken mit Warenmarken in Artikel 16.

Für die innerstaatliche Umsetzung sind keine Änderungen im Markengesetz erforderlich. Lediglich in der Markenverordnung, die vom Präsidenten des Deutschen Patent- und Markenamts erlassen wird, müssen einzelne Vorschriften angepasst werden. Diese Anpassungen werden rechtzeitig vor der Ratifikation des Vertrages durch die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten.

B. Einzelbegründung

Zu Artikel 1

Auf den Markenrechtsvertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem der Vertrag für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben. Nach Artikel 20 Abs. 3 des Vertrages wird jeder Rechtsträger drei Monate nach dem Tag gebunden, an dem er seine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt hat.

C. Schlussbemerkung

Durch Artikel 9 des Vertrages ist vorgesehen, dass die Anmeldung nach Waren- und Dienstleistungsklassen gruppiert erfolgen soll. Eine solche Gruppierung wird von zahlreichen Markenämtern in Europa und vom Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) in Alicante sowie bei internationalen Markenregistrierungen durch die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) in Genf empfohlen oder verlangt. In Deutschland ist dies noch nicht der Fall. Die Gruppierung soll aber künftig durch eine entsprechende Änderung der Markenverordnung den Anmeldern aufgegeben werden. Soweit durch die Einführung der Verpflichtung zur Gruppierung und ihre Überprüfung ein nicht nur vorübergehender Mehraufwand beim Deutschen Patent- und Markenamt entsteht, wird ggf. zu prüfen sein, ob Änderungen der Gebühren oder der Gebührenstruktur erforderlich werden.

Für die Haushalte von Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden entstehen keine Kosten.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Kosten für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, entstehen nicht.

**Markenrechtsvertrag und Ausführungsordnung
(beschlossen in Genf am 27. Oktober 1994)**

Markenrechtsvertrag

**Trademark Law Treaty
(adopted at Geneva on October 27, 1994)**

(Übersetzung)

List of Articles

| | |
|-------------|--|
| Article 1: | Abbreviated Expressions |
| Article 2: | Marks to Which the Treaty Applies |
| Article 3: | Application |
| Article 4: | Representation; Address for Service |
| Article 5: | Filing Date |
| Article 6: | Single Registration for Goods and/or Services in Several Classes |
| Article 7: | Division of Application and Registration |
| Article 8: | Signature |
| Article 9: | Classification of Goods and/or Services |
| Article 10: | Changes in Names or Addresses |
| Article 11: | Change in Ownership |
| Article 12: | Correction of a Mistake |
| Article 13: | Duration and Renewal of Registration |
| Article 14: | Observations in Case of Intended Refusal |
| Article 15: | Obligation to Comply with the Paris Convention |
| Article 16: | Service Marks |
| Article 17: | Regulations |
| Article 18: | Revision; Protocols |
| Article 19: | Becoming Party to the Treaty |
| Article 20: | Effective Date of Ratifications and Accessions |
| Article 21: | Reservations |
| Article 22: | Transitional Provisions |
| Article 23: | Denunciation of the Treaty |
| Article 24: | Languages of the Treaty; Signature |
| Article 25: | Depositary |

Verzeichnis der Artikel

| | |
|-------------|--|
| Artikel 1: | Abkürzungen |
| Artikel 2: | Marken, auf die der Vertrag Anwendung findet |
| Artikel 3: | Anmeldung |
| Artikel 4: | Vertretung; Zustellungsanschrift |
| Artikel 5: | Anmeldedatum |
| Artikel 6: | Einzige Eintragung für Waren und/oder Dienstleistungen in mehreren Klassen |
| Artikel 7: | Teilung der Anmeldung und der Eintragung |
| Artikel 8: | Unterschrift |
| Artikel 9: | Klassifikation von Waren und/oder Dienstleistungen |
| Artikel 10: | Änderungen des Namens oder der Anschrift |
| Artikel 11: | Änderung der Inhaberschaft |
| Artikel 12: | Berichtigung eines Fehlers |
| Artikel 13: | Laufzeit und Verlängerung der Eintragung |
| Artikel 14: | Stellungnahme im Fall einer beabsichtigten Zurückweisung |
| Artikel 15: | Verpflichtung zur Einhaltung der Pariser Verbandsübereinkunft |
| Artikel 16: | Dienstleistungsmarken |
| Artikel 17: | Ausführungsordnung |
| Artikel 18: | Revision; Protokolle |
| Artikel 19: | Möglichkeiten, Vertragspartei zu werden |
| Artikel 20: | Tag des Wirksamwerdens der Ratifikation und des Beitritts |
| Artikel 21: | Vorbehalte |
| Artikel 22: | Übergangsbestimmungen |
| Artikel 23: | Kündigung des Vertrags |
| Artikel 24: | Vertragssprachen; Unterzeichnung |
| Artikel 25: | Verwahrer |

**Article 1
Abbreviated Expressions**

For the purposes of this Treaty, unless expressly stated otherwise:

- (i) "Office" means the agency entrusted by a Contracting Party with the registration of marks;
- (ii) "registration" means the registration of a mark by an Office;
- (iii) "application" means an application for registration;
- (iv) references to a "person" shall be construed as references to both a natural person and a legal entity;
- (v) "holder" means the person whom the register of marks shows as the holder of the registration;
- (vi) "register of marks" means the collection of data maintained by an Office, which includes the contents of all registrations and all data recorded in respect of all registrations, irrespective of the medium in which such data are stored;

**Artikel 1
Abkürzungen**

Im Sinne dieses Vertrags und sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist,

- i) bedeutet „Amt“ die von einer Vertragspartei mit der Eintragung von Marken beauftragte Behörde;
- ii) bedeutet „Eintragung“ die Eintragung einer Marke durch ein Amt;
- iii) bedeutet „Anmeldung“ eine Anmeldung zur Eintragung;
- iv) ist eine Bezugnahme auf eine „Person“ als Bezugnahme sowohl auf eine natürliche als auch auf eine juristische Person zu verstehen;
- v) bedeutet „Inhaber“ die Person, die im Markenregister als Inhaber der Eintragung ausgewiesen ist;
- vi) bedeutet „Markenregister“ die von einem Amt geführte Sammlung von Daten, die den Inhalt aller Eintragungen sowie alle für diese Eintragungen aufgeführten Angaben enthält, und zwar unabhängig von dem Träger, auf dem diese Daten gespeichert sind;

- | | |
|---|--|
| <p>(vii) "Paris Convention" means the Paris Convention for the Protection of Industrial Property, signed at Paris on March 20, 1883, as revised and amended;</p> <p>(viii) "Nice Classification" means the classification established by the Nice Agreement Concerning the International Classification of Goods and Services for the Purposes of the Registration of Marks, signed at Nice on June 15, 1957, as revised and amended;</p> <p>(ix) "Contracting Party" means any State or intergovernmental organization party to this Treaty;</p> <p>(x) references to an "instrument of ratification" shall be construed as including references to instruments of acceptance and approval;</p> <p>(xi) "Organization" means the World Intellectual Property Organization;</p> <p>(xii) "Director General" means the Director General of the Organization;</p> <p>(xiii) "Regulations" means the Regulations under this Treaty that are referred to in Article 17.</p> | <p>vii) bedeutet „Pariser Übereinkunft“ die am 20. März 1883 in Paris unterzeichnete Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums in ihrer revidierten und geänderten Fassung;</p> <p>viii) bedeutet „Nizzaer Klassifikation“ die durch das am 15. Juni 1957 in Nizza unterzeichnete Abkommen von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken in seiner revidierten und geänderten Fassung geschaffene Klassifikation;</p> <p>ix) bedeutet „Vertragspartei“ jeden Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation, die Vertragspartei dieses Vertrags sind;</p> <p>x) ist eine Bezugnahme auf eine „Ratifikationsurkunde“ auch als Bezugnahme auf Annahme- und Genehmigungsurkunden zu verstehen;</p> <p>xi) bedeutet „Organisation“ die Weltorganisation für geistiges Eigentum;</p> <p>xii) bedeutet „Generaldirektor“ den Generaldirektor der Organisation;</p> <p>xiii) bedeutet „Ausführungsordnung“ die in Artikel 17 genannte Ausführungsordnung dieses Vertrags.</p> |
|---|--|

Article 2

Marks to Which the Treaty Applies

- (1) [Nature of Marks]
- (a) This Treaty shall apply to marks consisting of visible signs, provided that only those Contracting Parties which accept for registration three-dimensional marks shall be obliged to apply this Treaty to such marks.
- (b) This Treaty shall not apply to hologram marks and to marks not consisting of visible signs, in particular, sound marks and olfactory marks.
- (2) [Kinds of Marks]
- (a) This Treaty shall apply to marks relating to goods (trade-marks) or services (service marks) or both goods and services.
- (b) This Treaty shall not apply to collective marks, certification marks and guarantee marks.

Article 3

Application

- (1) [Indications or Elements Contained in or Accompanying an Application; Fee]
- (a) Any Contracting Party may require that an application contain some or all of the following indications or elements:
- (i) a request for registration;
- (ii) the name and address of the applicant;
- (iii) the name of a State of which the applicant is a national if he is the national of any State, the name of a State in which the applicant has his domicile, if any, and the name of a State in which the applicant has a real and effective industrial or commercial establishment, if any;
- (iv) where the applicant is a legal entity, the legal nature of that legal entity and the State, and, where applicable, the territorial unit within that State, under the law of which the said legal entity has been organized;
- (v) where the applicant has a representative, the name and address of that representative;

Artikel 2

Marken, auf die der Vertrag Anwendung findet

- (1) [Wesen der Marken]
- a) Dieser Vertrag findet auf Marken Anwendung, die aus sichtbaren Zeichen bestehen, mit der Maßgabe, dass nur Vertragsparteien, die dreidimensionale Marken zur Eintragung annehmen, verpflichtet sind, den Vertrag auf solche Marken anzuwenden.
- b) Dieser Vertrag findet keine Anwendung auf Hologramm-Marken und auf Marken, die nicht aus sichtbaren Zeichen bestehen, insbesondere akustische und olfaktorische Marken.
- (2) [Arten von Marken]
- a) Dieser Vertrag findet auf Marken für Waren (Warenmarken) oder für Dienstleistungen (Dienstleistungsmarken) oder sowohl für Waren als auch für Dienstleistungen Anwendung.
- b) Dieser Vertrag findet keine Anwendung auf Kollektivmarken, Gewährleistungsmarken und Garantimarken.

Artikel 3

Anmeldung

- (1) [Angaben oder Bestandteile, die in der Anmeldung enthalten oder dieser beigelegt sind; Gebühr]
- a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass eine Anmeldung einige oder alle der folgenden Angaben oder Bestandteile enthält:
- i) einen Antrag auf Eintragung;
- ii) den Namen und die Anschrift des Anmelders;
- iii) den Namen eines Staates, dessen Angehöriger der Anmelder ist, falls er Angehöriger eines Staates ist, gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der Anmelder seinen Wohnsitz hat, sowie gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der Anmelder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat;
- iv) ist der Anmelder eine juristische Person, die Rechtsform dieser juristischen Person und den Staat sowie gegebenenfalls die Gebietseinheit innerhalb dieses Staates, nach deren Recht die juristische Person gegründet wurde;
- v) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Anmelder einen Vertreter bestellt hat;

- (vi) where an address for service is required under Article 4(2)(b), such address;
- (vii) where the applicant wishes to take advantage of the priority of an earlier application, a declaration claiming the priority of that earlier application, together with indications and evidence in support of the declaration of priority that may be required pursuant to Article 4 of the Paris Convention;
- (viii) where the applicant wishes to take advantage of any protection resulting from the display of goods and/or services in an exhibition, a declaration to that effect, together with indications in support of that declaration, as required by the law of the Contracting Party;
- (ix) where the Office of the Contracting Party uses characters (letters and numbers) that it considers as being standard and where the applicant wishes that the mark be registered and published in standard characters, a statement to that effect;
- (x) where the applicant wishes to claim color as a distinctive feature of the mark, a statement to that effect as well as the name or names of the color or colors claimed and an indication, in respect of each color, of the principal parts of the mark which are in that color;
- (xi) where the mark is a three-dimensional mark, a statement to that effect;
- (xii) one or more reproductions of the mark;
- (xiii) a transliteration of the mark or of certain parts of the mark;
- (xiv) a translation of the mark or of certain parts of the mark;
- (xv) the names of the goods and/or services for which the registration is sought, grouped according to the classes of the Nice Classification, each group preceded by the number of the class of that Classification to which that group of goods or services belongs and presented in the order of the classes of the said Classification;
- (xvi) a signature by the person specified in paragraph (4);
- (xvii) a declaration of intention to use the mark, as required by the law of the Contracting Party.
- (b) The applicant may file, instead of or in addition to the declaration of intention to use the mark referred to in subparagraph (a)(xvii), a declaration of actual use of the mark and evidence to that effect, as required by the law of the Contracting Party.
- (c) Any Contracting Party may require that, in respect of the application, fees be paid to the Office.
- (2) [Presentation]
- As regards the requirements concerning the presentation of the application, no Contracting Party shall refuse the application,
- (i) where the application is presented in writing on paper, if it is presented, subject to paragraph (3), on a form corresponding to the application Form provided for in the Regulations,
- (ii) where the Contracting Party allows the transmittal of communications to the Office by telefacsimile and the application is so transmitted, if the paper copy resulting from such transmittal corresponds, subject to paragraph (3), to the application Form referred to in item (i).
- (3) [Language]
- Any Contracting Party may require that the application be in the language, or in one of the languages, admitted by the Office.
- vi) die Zustellungsanschrift, falls nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b eine solche Anschrift verlangt wird;
- vii) beabsichtigt der Anmelder, sich die Priorität einer früheren Anmeldung zunutze zu machen, eine Erklärung, in der die Priorität dieser früheren Anmeldung beansprucht wird, mit den Angaben und Nachweisen, die zur Stützung der Prioritätserklärung nach Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft verlangt werden können;
- viii) beabsichtigt der Anmelder, sich den Schutz aus der Zurschaustellung von Waren und/oder Dienstleistungen auf einer Ausstellung zunutze zu machen, eine diesbezügliche Erklärung mit den nach dem Recht der Vertragspartei erforderlichen Angaben zur Stützung dieser Erklärung;
- ix) verwendet das Amt der Vertragspartei Schriftzeichen (Buchstaben und Ziffern), die es als üblich ansieht, und wünscht der Anmelder die Eintragung und Veröffentlichung der Marke in den üblichen Schriftzeichen, eine diesbezügliche Erklärung;
- x) beabsichtigt der Anmelder, eine Farbe als Unterscheidungsmerkmal der Marke zu beanspruchen, eine diesbezügliche Erklärung sowie die Bezeichnung oder Bezeichnungen der beanspruchten Farbe oder Farben und für jede Farbe die Angabe der wesentlichen Teile der Marke, die in dieser Farbe erscheinen;
- xi) handelt es sich bei der Marke um eine dreidimensionale Marke, eine diesbezügliche Erklärung;
- xii) eine oder mehrere Wiedergaben der Marke;
- xiii) eine Transliteration der Marke oder bestimmter Teile der Marke;
- xiv) eine Übersetzung der Marke oder bestimmter Teile der Marke;
- xv) die Bezeichnungen der Waren und/oder Dienstleistungen, um deren Eintragung ersucht wird, zusammengefasst in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation, wobei jeder Gruppe die Nummer der Klasse dieser Klassifikation vorangestellt wird, zu welcher die jeweilige Gruppe von Waren oder Dienstleistungen gehört, und angeordnet in der Reihenfolge der Klassen der genannten Klassifikation;
- xvi) die Unterschrift der in Absatz 4 bezeichneten Person;
- xvii) eine Erklärung über die beabsichtigte Benutzung der Marke entsprechend dem Recht der Vertragspartei.
- b) Anstelle oder neben der unter Buchstabe a Ziffer xvii genannten Erklärung über die beabsichtigte Benutzung der Marke kann der Anmelder eine Erklärung über die tatsächliche Benutzung der Marke sowie einen diesbezüglichen Nachweis entsprechend dem Recht der Vertragspartei einreichen.
- c) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für die Anmeldung Gebühren an das Amt entrichtet werden.
- (2) [Formerfordernisse]
- Hinsichtlich der Formerfordernisse für die Anmeldung weist eine Vertragspartei die Anmeldung nicht zurück,
- i) wenn die Anmeldung schriftlich auf Papier eingereicht wird, sofern sie nach Maßgabe des Absatzes 3 auf einem Formblatt eingereicht wird, das dem in der Ausführungsordnung vorgesehenen Anmeldeformblatt entspricht,
- ii) wenn die Vertragspartei die Übermittlung von Mitteilungen an das Amt durch Telefax gestattet und die Anmeldung auf diese Weise übermittelt wird, sofern die aufgrund dieser Übermittlung entstandene Papierausfertigung nach Maßgabe des Absatzes 3 dem unter Ziffer i genannten Anmeldeformblatt entspricht.
- (3) [Sprache]
- Jede Vertragspartei kann verlangen, dass die Anmeldung in der Sprache oder in einer der Sprachen abgefasst ist, die von dem

Where the Office admits more than one language, the applicant may be required to comply with any other language requirement applicable with respect to the Office, provided that the application may not be required to be in more than one language.

(4) [Signature]

- (a) The signature referred to in paragraph (1)(a)(xvi) may be the signature of the applicant or the signature of his representative.
- (b) Notwithstanding subparagraph (a), any Contracting Party may require that the declarations referred to in paragraph (1)(a)(xvii) and (1)(b) be signed by the applicant himself even if he has a representative.

(5) [Single Application for Goods and/or Services in Several Classes]

One and the same application may relate to several goods and/or services, irrespective of whether they belong to one class or to several classes of the Nice Classification.

(6) [Actual Use]

Any Contracting Party may require that, where a declaration of intention to use has been filed under paragraph (1)(a)(xvii), the applicant furnish to the Office within a time limit fixed in its law, subject to the minimum time limit prescribed in the Regulations, evidence of the actual use of the mark, as required by the said law.

(7) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) to (4) and (6) be complied with in respect of the application. In particular, the following may not be required in respect of the application throughout its pendency:

- (i) the furnishing of any certificate of, or extract from, a register of commerce;
- (ii) an indication of the applicant's carrying on of an industrial or commercial activity, as well as the furnishing of evidence to that effect;
- (iii) an indication of the applicant's carrying on of an activity corresponding to the goods and/or services listed in the application, as well as the furnishing of evidence to that effect;
- (iv) the furnishing of evidence to the effect that the mark has been registered in the register of marks of another Contracting Party or of a State party to the Paris Convention which is not a Contracting Party, except where the applicant claims the application of Article 6quinquies of the Paris Convention.

(8) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office in the course of the examination of the application where the Office may reasonably doubt the veracity of any indication or element contained in the application.

Article 4

Representation; Address for Service

(1) [Representatives Admitted to Practice]

Any Contracting Party may require that any person appointed as representative for the purposes of any procedure before the Office be a representative admitted to practice before the Office.

(2) [Mandatory Representation; Address for Service]

- (a) Any Contracting Party may require that, for the purposes of any procedure before the Office, any person who has neither a domicile nor a real and effective industrial or commercial establishment on its territory be represented by a representative.

Amt zugelassen sind. Lässt das Amt mehr als eine Sprache zu, so kann vom Anmelder verlangt werden, dass er andere für das Amt geltende Spracherfordernisse erfüllt; allerdings darf nicht verlangt werden, dass die Anmeldung in mehr als einer Sprache abgefasst wird.

(4) [Unterschrift]

- a) Die in Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xvi genannte Unterschrift kann die Unterschrift des Anmelders oder die seines Vertreters sein.
- b) Ungeachtet des Buchstabens a kann jede Vertragspartei verlangen, dass die in Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xvii und Buchstabe b genannten Erklärungen vom Anmelder selbst unterschrieben sind, auch wenn dieser einen Vertreter bestellt hat.

(5) [Einzige Anmeldung für Waren und/oder Dienstleistungen in mehreren Klassen]

Ein und dieselbe Anmeldung kann sich auf mehrere Waren und/oder Dienstleistungen beziehen, unabhängig davon, ob diese zu einer oder mehreren Klassen der Nizzaer Klassifikation gehören.

(6) [Tatsächliche Benutzung]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass in dem Fall, in dem eine Erklärung über die beabsichtigte Benutzung nach Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xvii eingereicht worden ist, der Anmelder bei dem Amt innerhalb der in ihrem Recht festgesetzten Frist, vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Mindestfrist, einen Nachweis über die tatsächliche Benutzung der Marke entsprechend den Vorschriften dieses Rechts vorlegt.

(7) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass für die Anmeldung andere als die in den Absätzen 1 bis 4 und 6 genannten Erfordernisse erfüllt werden. Insbesondere darf für die Anmeldung, solange sie anhängig ist, Folgendes nicht verlangt werden:

- i) die Vorlage einer Bestätigung oder eines Auszugs aus einem Handelsregister;
- ii) eine Angabe über die Ausübung einer gewerblichen oder Handelstätigkeit des Anmelders sowie die Vorlage eines entsprechenden Nachweises;
- iii) eine Angabe über die Ausübung einer Tätigkeit des Anmelders, die den in der Anmeldung aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen entspricht, sowie die Vorlage eines entsprechenden Nachweises;
- iv) die Vorlage eines Nachweises, dass die Marke im Markenregister einer anderen Vertragspartei oder eines Staates eingetragen ist, der Vertragspartei der Pariser Verbandsübereinkunft, aber nicht Vertragspartei dieses Vertrags ist, soweit der Anmelder nicht die Anwendung des Artikels 6quinquies der Pariser Verbandsübereinkunft beansprucht.

(8) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt während der Prüfung der Anmeldung Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben oder Bestandteilen hat, die in der Anmeldung enthalten sind.

Artikel 4

Vertretung; Zustellungsanschrift

(1) [Zugelassene Vertreter]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass eine als Vertreter für ein Verfahren vor dem Amt bestellte Person ein vor dem Amt zugelassener Vertreter ist.

(2) [Vertretungszwang; Zustellungsanschrift]

- a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass Personen, die in ihrem Gebiet weder einen Wohnsitz noch eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung haben, für Verfahren vor dem Amt einen Vertreter bestellen.

(b) Any Contracting Party may, to the extent that it does not require representation in accordance with subparagraph (a), require that, for the purposes of any procedure before the Office, any person who has neither a domicile nor a real and effective industrial or commercial establishment on its territory have an address for service on that territory.

(3) [Power of Attorney]

(a) Whenever a Contracting Party allows or requires an applicant, a holder or any other interested person to be represented by a representative before the Office, it may require that the representative be appointed in a separate communication (hereinafter referred to as "power of attorney") indicating the name of, and signed by, the applicant, the holder or the other person, as the case may be.

(b) The power of attorney may relate to one or more applications and/or registrations identified in the power of attorney or, subject to any exception indicated by the appointing person, to all existing and future applications and/or registrations of that person.

(c) The power of attorney may limit the powers of the representative to certain acts. Any Contracting Party may require that any power of attorney under which the representative has the right to withdraw an application or to surrender a registration contain an express indication to that effect.

(d) Where a communication is submitted to the Office by a person who refers to himself in the communication as a representative but where the Office is, at the time of the receipt of the communication, not in possession of the required power of attorney, the Contracting Party may require that the power of attorney be submitted to the Office within the time limit fixed by the Contracting Party, subject to the minimum time limit prescribed in the Regulations. Any Contracting Party may provide that, where the power of attorney has not been submitted to the Office within the time limit fixed by the Contracting Party, the communication by the said person shall have no effect.

(e) As regards the requirements concerning the presentation and contents of the power of attorney, no Contracting Party shall refuse the effects of the power of attorney,

(i) where the power of attorney is presented in writing on paper, if it is presented, subject to paragraph (4), on a form corresponding to the power of attorney Form provided for in the Regulations,

(ii) where the Contracting Party allows the transmittal of communications to the Office by telefacsimile and the power of attorney is so transmitted, if the paper copy resulting from such transmittal corresponds, subject to paragraph (4), to the power of attorney Form referred to in item (i).

(4) [Language]

Any Contracting Party may require that the power of attorney be in the language, or in one of the languages, admitted by the Office.

(5) [Reference to Power of Attorney]

Any Contracting Party may require that any communication made to the Office by a representative for the purposes of a procedure before the Office contain a reference to the power of attorney on the basis of which the representative acts.

(6) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (3) to (5) be complied with in respect of the matters dealt with in those paragraphs.

(7) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office where the Office may reasonably doubt the veracity of any indication contained in any communication referred to in paragraphs (2) to (5).

b) Soweit sie nicht die Vertretung nach Buchstabe a verlangt, kann jede Vertragspartei verlangen, dass für Verfahren vor dem Amt Personen, die in ihrem Gebiet weder einen Wohnsitz noch eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung haben, eine Zustellungsanschrift in dem Gebiet haben.

(3) [Vollmacht]

a) Gestattet oder verlangt eine Vertragspartei, dass ein Anmelder, ein Inhaber oder eine andere beteiligte Person vor dem Amt durch einen Vertreter vertreten ist, so kann sie die Bestellung des Vertreters in einer gesonderten Mitteilung (im Folgenden als „Vollmacht“ bezeichnet) verlangen, die, je nach Fall, den Namen und die Unterschrift des Anmelders, des Inhabers oder der anderen Person enthält.

b) Die Vollmacht kann sich auf eine oder mehrere in der Vollmacht bezeichnete Anmeldungen und/oder Eintragungen oder, vorbehaltlich der von der bestellenden Person angegebenen Ausnahmen, auf alle bestehenden oder zukünftigen Anmeldungen und/oder Eintragungen jener Person beziehen.

c) In der Vollmacht können die Befugnisse des Vertreters auf bestimmte Handlungen beschränkt werden. Jede Vertragspartei kann verlangen, dass eine Vollmacht, derzufolge der Vertreter berechtigt ist, eine Anmeldung zurückzunehmen oder auf eine Eintragung zu verzichten, eine ausdrückliche diesbezügliche Angabe enthält.

d) Wird dem Amt eine Mitteilung von einer Person vorgelegt, die sich in der Mitteilung als Vertreter bezeichnet, ohne dass das Amt im Zeitpunkt des Eingangs der Mitteilung im Besitz der erforderlichen Vollmacht ist, so kann die Vertragspartei verlangen, dass die Vollmacht bei dem Amt innerhalb der von der Vertragspartei festgesetzten Frist, vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Mindestfrist, nachgereicht wird. Jede Vertragspartei kann vorsehen, dass die Mitteilung der genannten Person ohne Wirkung bleibt, wenn die Vollmacht nicht innerhalb der von der Vertragspartei festgesetzten Frist nachgereicht worden ist.

e) Hinsichtlich der Erfordernisse in Bezug auf Form und Inhalt der Vollmacht kann eine Vertragspartei die Wirkung der Vollmacht nicht versagen,

i) wenn die Vollmacht schriftlich auf Papier eingereicht wird, sofern sie nach Maßgabe des Absatzes 4 auf einem Formblatt eingereicht wird, das dem in der Ausführungsordnung vorgesehenen Vollmachtsformblatt entspricht,

ii) wenn die Vertragspartei die Übermittlung von Mitteilungen an das Amt durch Telefax gestattet und die Vollmacht auf diese Weise übermittelt wird, sofern die aufgrund dieser Übermittlung entstandene Papieraufbereitung nach Maßgabe des Absatzes 4 dem unter Ziffer i genannten Vollmachtsformblatt entspricht.

(4) [Sprache]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass die Vollmacht in der Sprache oder in einer der Sprachen abgefasst ist, die von dem Amt zugelassen sind.

(5) [Bezugnahme auf die Vollmacht]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass jede Mitteilung eines Vertreters an das Amt für die Zwecke eines Verfahrens vor dem Amt auf die Vollmacht Bezug nimmt, auf deren Grundlage der Vertreter tätig wird.

(6) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass für die in den Absätzen 3 bis 5 geregelten Angelegenheiten andere als die dort genannten Erfordernisse erfüllt werden.

(7) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben in einer der in den Absätzen 2 bis 5 bezeichneten Mitteilungen hat.

Article 5
Filing Date

(1) [Permitted Requirements]

- (a) Subject to subparagraph (b) and paragraph (2), a Contracting Party shall accord as the filing date of an application the date on which the Office received the following indications and elements in the language required under Article 3(3):
- (i) an express or implicit indication that the registration of a mark is sought;
 - (ii) indications allowing the identity of the applicant to be established;
 - (iii) indications sufficient to contact the applicant or his representative, if any, by mail;
 - (iv) a sufficiently clear reproduction of the mark whose registration is sought;
 - (v) the list of the goods and/or services for which the registration is sought;
 - (vi) where Article 3(1)(a)(xvii) or 3(1)(b) applies, the declaration referred to in Article 3(1)(a)(xvii) or the declaration and evidence referred to in Article 3(1)(b), respectively, as required by the law of the Contracting Party, those declarations being, if so required by the said law, signed by the applicant himself even if he has a representative.
- (b) Any Contracting Party may accord as the filing date of the application the date on which the Office received only some, rather than all, of the indications and elements referred to in subparagraph (a) or received them in a language other than the language required under Article 3(3).

(2) [Permitted Additional Requirement]

- (a) A Contracting Party may provide that no filing date shall be accorded until the required fees are paid.
- (b) A Contracting Party may apply the requirement referred to in subparagraph (a) only if it applied such requirement at the time of becoming party to this Treaty.

(3) [Corrections and Time Limits]

The modalities of, and time limits for, corrections under paragraphs (1) and (2) shall be fixed in the Regulations.

(4) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) and (2) be complied with in respect of the filing date.

Article 6
Single Registration
for Goods and/or Services
in Several Classes

Where goods and/or services belonging to several classes of the Nice Classification have been included in one and the same application, such an application shall result in one and the same registration.

Article 7
Division of
Application and Registration

(1) [Division of Application]

- (a) Any application listing several goods and/or services (hereinafter referred to as "initial application") may,

Artikel 5
Anmeldedatum

(1) [Zulässige Erfordernisse]

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b und des Absatzes 2 weist jede Vertragspartei einer Anmeldung als Anmeldedatum das Datum des Tages zu, an dem folgende Angaben und Bestandteile in der nach Artikel 3 Absatz 3 vorgeschriebenen Sprache bei dem Amt eingegangen sind:
- i) eine ausdrückliche oder stillschweigende Angabe, dass um Eintragung einer Marke ersucht wird;
 - ii) Angaben, aufgrund deren die Identität des Anmelders festgestellt werden kann;
 - iii) ausreichende Angaben, um mit dem Anmelder oder gegebenenfalls seinem Vertreter auf dem Postweg in Verbindung zu treten;
 - iv) eine ausreichend deutliche Wiedergabe der Marke, um deren Eintragung ersucht wird;
 - v) die Liste der Waren und/oder Dienstleistungen, für welche um Eintragung ersucht wird;
 - vi) findet Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xvii oder Buchstabe b Anwendung, die nach dem Recht der Vertragspartei in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xvii bezeichnete Erklärung oder die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b bezeichnete Erklärung und die dort bezeichneten Nachweise; sofern das Recht der Vertragspartei dies vorsieht, sind diese Erklärungen vom Anmelder selbst zu unterschreiben, auch wenn dieser einen Vertreter bestellt hat.
- b) Jede Vertragspartei kann der Anmeldung als Anmeldedatum das Datum des Tages zuweisen, an dem nicht alle, sondern nur bestimmte der unter Buchstabe a genannten Angaben und Bestandteile bei dem Amt eingegangen sind, oder an dem sie in einer anderen als der nach Artikel 3 Absatz 3 vorgeschriebenen Sprache eingegangen sind.

(2) [Zulässige zusätzliche Erfordernisse]

- a) Eine Vertragspartei kann bestimmen, dass ein Anmeldedatum erst zugewiesen wird, wenn die erforderlichen Gebühren entrichtet sind.
- b) Eine Vertragspartei darf das unter Buchstabe a genannte Erfordernis nur dann anwenden, wenn sie es bereits zu dem Zeitpunkt angewendet hat, in dem sie Vertragspartei dieses Vertrags wurde.

(3) [Berichtigungen und Fristen]

Die Modalitäten und Fristen für Berichtigungen nach den Absätzen 1 und 2 sind in der Ausführungsordnung festgelegt.

(4) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass für das Anmeldedatum andere als die in den Absätzen 1 und 2 genannten Erfordernisse erfüllt werden.

Artikel 6
Einzig Eintragung
für Waren und/oder Dienstleistungen
in mehreren Klassen

Sind Waren und/oder Dienstleistungen, die zu mehreren Klassen der Nizzaer Klassifikation gehören, in derselben Anmeldung enthalten, so führt diese Anmeldung zu einer einzigen Eintragung.

Artikel 7
Teilung der
Anmeldung und der Eintragung

(1) [Teilung der Anmeldung]

- a) Jede Anmeldung, in der mehrere Waren und/oder Dienstleistungen aufgeführt sind (im Folgenden als „Erstanmeldung“ bezeichnet), kann

- (i) at least until the decision by the Office on the registration of the mark,
- (ii) during any opposition proceedings against the decision of the Office to register the mark,
- (iii) during any appeal proceedings against the decision on the registration of the mark, be divided by the applicant or at his request into two or more applications (hereinafter referred to as “divisional applications”) by distributing among the latter the goods and/or services listed in the initial application. The divisional applications shall preserve the filing date of the initial application and the benefit of the right of priority, if any.
- (b) Any Contracting Party shall, subject to subparagraph (a), be free to establish requirements for the division of an application, including the payment of fees.
- (2) [Division of Registration]
- Paragraph (1) shall apply, mutatis mutandis, with respect to a division of a registration. Such a division shall be permitted
- (i) during any proceedings in which the validity of the registration is challenged before the Office by a third party,
- (ii) during any appeal proceedings against a decision taken by the Office during the former proceedings, provided that a Contracting Party may exclude the possibility of the division of registrations if its law allows third parties to oppose the registration of a mark before the mark is registered.
- i) zumindest bis zur Entscheidung des Amtes über die Eintragung der Marke,
- ii) während eines Widerspruchsverfahrens gegen die Entscheidung des Amtes, die Marke einzutragen,
- iii) während eines Rechtsmittelverfahrens gegen die Entscheidung über die Eintragung der Marke vom Anmelder oder auf seinen Antrag in zwei oder mehr Anmeldungen geteilt werden (im Folgenden als „Teilanmeldungen“ bezeichnet), indem die in der Erstanmeldung aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen auf diese verteilt werden. Die Teilanmeldungen behalten das Anmeldedatum der Erstanmeldung und gegebenenfalls den Vorteil des Prioritätsrechts.
- b) Jeder Vertragspartei steht es vorbehalten des Buchstabens a frei, für die Teilung von Anmeldungen Erfordernisse festzulegen, einschließlich der Zahlung von Gebühren.
- (2) [Teilung der Eintragung]
- Absatz 1 findet auf die Teilung einer Eintragung sinngemäß Anwendung. Diese Teilung ist zulässig
- i) während eines Verfahrens, in dem die Rechtswirksamkeit der Eintragung vor dem Amt von einem Dritten angefochten wird,
- ii) während eines Rechtsmittelverfahrens gegen eine vom Amt in den früheren Verfahren getroffene Entscheidung mit der Maßgabe, dass eine Vertragspartei die Möglichkeit der Teilung von Eintragungen ausschließen kann, wenn nach ihrem Recht Dritte die Möglichkeit haben, der Eintragung einer Marke zu widersprechen, bevor die Marke eingetragen wird.

Article 8 Signature

- (1) [Communication on Paper]
- Where a communication to the Office of a Contracting Party is on paper and a signature is required, that Contracting Party
- (i) shall, subject to item (iii), accept a handwritten signature,
- (ii) shall be free to allow, instead of a handwritten signature, the use of other forms of signature, such as a printed or stamped signature, or the use of a seal,
- (iii) may, where the natural person who signs the communication is its national and such person’s address is in its territory, require that a seal be used instead of a handwritten signature,
- (iv) may, where a seal is used, require that the seal be accompanied by an indication in letters of the name of the natural person whose seal is used.

(2) [Communication by Telefacsimile]

- (a) Where a Contracting Party allows the transmittal of communications to the Office by telefacsimile, it shall consider the communication signed if, on the printout produced by the telefacsimile, the reproduction of the signature, or the reproduction of the seal together with, where required under paragraph (1)(iv), the indication in letters of the name of the natural person whose seal is used, appears.
- (b) The Contracting Party referred to in subparagraph (a) may require that the paper whose reproduction was transmitted by telefacsimile be filed with the Office within a certain period, subject to the minimum period prescribed in the Regulations.

(3) [Communication by Electronic Means]

Where a Contracting Party allows the transmittal of communications to the Office by electronic means, it shall consider the communication signed if the latter identifies the sender of the communication by electronic means as prescribed by the Contracting Party.

Artikel 8 Unterschrift

- (1) [Mitteilung auf Papier]
- Erfolgt eine Mitteilung an das Amt einer Vertragspartei auf Papier und ist eine Unterschrift erforderlich, so
- i) erkennt die Vertragspartei vorbehaltlich der Ziffer iii eine von Hand geleistete Unterschrift an,
- ii) ist der Vertragspartei freigestellt, anstelle einer von Hand geleisteten Unterschrift andere Formen der Unterschrift, zum Beispiel eine gedruckte oder gestempelte Unterschrift oder die Benutzung eines Siegels, zuzulassen,
- iii) kann die Vertragspartei, wenn die natürliche Person, welche die Mitteilung unterschreibt, ihre Staatsangehörige ist und die Anschrift dieser Person sich in ihrem Gebiet befindet, verlangen, dass anstelle einer von Hand geleisteten Unterschrift ein Siegel benutzt wird,
- iv) kann die Vertragspartei bei Benutzung eines Siegels verlangen, dass neben dem Siegel der Name der natürlichen Person, deren Siegel benutzt wird, in Buchstaben angegeben ist.

(2) [Mitteilung durch Telefax]

- a) Gestattet eine Vertragspartei die Übermittlung von Mitteilungen an das Amt durch Telefax, so betrachtet sie die Übermittlung als unterschrieben, wenn auf dem durch Telefax erstellten Ausdruck die Wiedergabe der Unterschrift oder des Siegels und, soweit nach Absatz 1 Ziffer iv vorgeschrieben, die Angabe des Namens der natürlichen Person, deren Siegel benutzt wird, in Buchstaben erscheint.
- b) Die unter Buchstabe a bezeichnete Vertragspartei kann verlangen, dass das Schriftstück, dessen Wiedergabe durch Telefax übermittelt wurde, bei dem Amt innerhalb einer bestimmten Frist, vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Mindestfrist, eingereicht wird.

(3) [Übermittlung durch elektronische Mittel]

Lässt eine Vertragspartei die Übermittlung von Mitteilungen an das Amt durch elektronische Mittel zu, so betrachtet sie die Mitteilung als unterschrieben, wenn das Amt den Absender der elektronisch übermittelten Mitteilung wie von der Vertragspartei vorgeschrieben identifiziert.

(4) [Prohibition of Requirement of Certification]

No Contracting Party may require the attestation, notarization, authentication, legalization or other certification of any signature or other means of self-identification referred to in the preceding paragraphs, except, if the law of the Contracting Party so provides, where the signature concerns the surrender of a registration.

Article 9**Classification of Goods and/or Services**

(1) [Indications of Goods and/or Services]

Each registration and any publication effected by an Office which concerns an application or registration and which indicates goods and/or services shall indicate the goods and/or services by their names, grouped according to the classes of the Nice Classification, and each group shall be preceded by the number of the class of that Classification to which that group of goods or services belongs and shall be presented in the order of the classes of the said Classification.

(2) [Goods or Services in the Same Class or in Different Classes]

- (a) Goods or services may not be considered as being similar to each other on the ground that, in any registration or publication by the Office, they appear in the same class of the Nice Classification.
- (b) Goods or services may not be considered as being dissimilar from each other on the ground that, in any registration or publication by the Office, they appear in different classes of the Nice Classification.

Article 10**Changes in Names or Addresses**

(1) [Changes in the Name or Address of the Holder]

- (a) Where there is no change in the person of the holder but there is a change in his name and/or address, each Contracting Party shall accept that a request for the recordal of the change by the Office in its register of marks be made in a communication signed by the holder or his representative and indicating the registration number of the registration concerned and the change to be recorded. As regards the requirements concerning the presentation of the request, no Contracting Party shall refuse the request,
 - (i) where the request is presented in writing on paper, if it is presented, subject to subparagraph (c), on a form corresponding to the request Form provided for in the Regulations,
 - (ii) where the Contracting Party allows the transmittal of communications to the Office by telefacsimile and the request is so transmitted, if the paper copy resulting from such transmittal corresponds, subject to subparagraph (c), to the request Form referred to in item (i).
- (b) Any Contracting Party may require that the request indicate
 - (i) the name and address of the holder;
 - (ii) where the holder has a representative, the name and address of that representative;
 - (iii) where the holder has an address for service, such address.
- (c) Any Contracting Party may require that the request be in the language, or in one of the languages, admitted by the Office.

(4) [Ausschluss des Erfordernisses der Beglaubigung]

Eine Vertragspartei darf nicht die Bestätigung, die notarielle Beglaubigung, die Bescheinigung der Echtheit, die Legalisation oder eine andere Beurkundung einer Unterschrift oder eines anderen in den vorhergehenden Absätzen genannten Mittels der Selbstidentifizierung verlangen, außer in dem im Recht der Vertragspartei vorgesehenen Fall, dass die Unterschrift den Verzicht auf eine Eintragung betrifft.

Artikel 9**Klassifikation von Waren und/oder Dienstleistungen**

(1) [Angabe der Waren und/oder Dienstleistungen]

Jede von einem Amt vorgenommene Eintragung und Veröffentlichung, die eine Anmeldung oder eine Eintragung betrifft und in der Waren und/oder Dienstleistungen angegeben sind, gibt die Waren und/oder Dienstleistungen mit ihrer Bezeichnung an, zusammengefasst in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation, wobei jeder Gruppe die Nummer der Klasse dieser Klassifikation vorangestellt wird, zu welcher die jeweilige Gruppe von Waren oder Dienstleistungen gehört, und jede Gruppe in der Reihenfolge der Klassen der genannten Klassifikation angeordnet wird.

(2) [Waren oder Dienstleistungen in derselben Klasse oder in unterschiedlichen Klassen]

- a) Waren oder Dienstleistungen können nicht aus dem Grund als einander ähnlich angesehen werden, weil sie in einer Eintragung oder Veröffentlichung des Amtes in derselben Klasse der Nizzaer Klassifikation erscheinen.
- b) Waren oder Dienstleistungen können nicht aus dem Grund als einander unähnlich angesehen werden, weil sie in einer Eintragung oder Veröffentlichung des Amtes in unterschiedlichen Klassen der Nizzaer Klassifikation erscheinen.

Artikel 10**Änderungen des Namens oder der Anschrift**

(1) [Änderungen des Namens oder der Anschrift des Inhabers]

- a) Tritt nicht in der Person des Inhabers, jedoch in seinem Namen und/oder seiner Anschrift eine Änderung ein, so erklärt jede Vertragspartei ihr Einverständnis, dass der Antrag auf Eintragung der Änderung durch das Amt in seinem Markenregister in einer vom Inhaber oder seinem Vertreter unterschriebenen Mitteilung unter Angabe der Nummer der betreffenden Eintragung und der einzutragenden Änderung gestellt werden kann. Hinsichtlich der Formerfordernisse für den Antrag weist eine Vertragspartei den Antrag nicht zurück,
 - i) wenn der Antrag schriftlich auf Papier eingereicht wird, sofern er nach Maßgabe des Buchstabens c auf einem Formblatt eingereicht wird, das dem in der Ausführungsordnung vorgesehenen Antragsformblatt entspricht,
 - ii) wenn die Vertragspartei die Übermittlung von Mitteilungen an das Amt durch Telefax gestattet und der Antrag auf diese Weise übermittelt wird, sofern die aufgrund dieser Übermittlung entstandene Papieraufbereitung nach Maßgabe des Buchstabens c dem unter Ziffer i genannten Antragsformblatt entspricht.
- b) Jede Vertragspartei kann folgende Angaben im Antrag verlangen:
 - i) den Namen und die Anschrift des Inhabers;
 - ii) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Inhaber einen Vertreter bestellt hat;
 - iii) die Zustellungsanschrift des Inhabers, falls vorhanden.
- c) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass der Antrag in der Sprache oder in einer der Sprachen abgefasst ist, die von dem Amt zugelassen sind.

- (d) Any Contracting Party may require that, in respect of the request, a fee be paid to the Office.
- (e) A single request shall be sufficient even where the change relates to more than one registration, provided that the registration numbers of all registrations concerned are indicated in the request.

(2) [Change in the Name or Address of the Applicant]

Paragraph (1) shall apply, mutatis mutandis, where the change concerns an application or applications, or both an application or applications and a registration or registrations, provided that, where the application number of any application concerned has not yet been issued or is not known to the applicant or his representative, the request otherwise identifies that application as prescribed in the Regulations.

(3) [Change in the Name or Address of the Representative or in the Address for Service]

Paragraph (1) shall apply, mutatis mutandis, to any change in the name or address of the representative, if any, and to any change relating to the address for service, if any.

(4) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) to (3) be complied with in respect of the request referred to in this Article. In particular, the furnishing of any certificate concerning the change may not be required.

(5) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office where the Office may reasonably doubt the veracity of any indication contained in the request.

Article 11 Change in Ownership

(1) [Change in the Ownership of a Registration]

- (a) Where there is a change in the person of the holder, each Contracting Party shall accept that a request for the recordal of the change by the Office in its register of marks be made in a communication signed by the holder or his representative, or by the person who acquired the ownership (hereinafter referred to as "new owner") or his representative, and indicating the registration number of the registration concerned and the change to be recorded. As regards the requirements concerning the presentation of the request, no Contracting Party shall refuse the request,
- (i) where the request is presented in writing on paper, if it is presented, subject to paragraph (2)(a), on a form corresponding to the request Form provided for in the Regulations,
- (ii) where the Contracting Party allows the transmittal of communications to the Office by telefacsimile and the request is so transmitted, if the paper copy resulting from such transmittal corresponds, subject to paragraph (2)(a), to the request Form referred to in item (i).
- (b) Where the change in ownership results from a contract, any Contracting Party may require that the request indicate that fact and be accompanied, at the option of the requesting party, by one of the following:
- (i) a copy of the contract, which copy may be required to be certified, by a notary public or any other competent public authority, as being in conformity with the original contract;
- (ii) an extract of the contract showing the change in ownership, which extract may be required to be certified, by a notary public or any other competent public authority, as

- d) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für den Antrag eine Gebühr an das Amt entrichtet wird.
- e) Ein einziger Antrag ist ausreichend, auch wenn die Änderung mehr als eine Eintragung betrifft; allerdings müssen die Eintragsnummern aller betroffenen Eintragungen im Antrag angegeben sein.

(2) [Änderung des Namens oder der Anschrift des Anmelders]

Absatz 1 gilt sinngemäß, wenn die Änderung eine oder mehrere Anmeldungen oder sowohl eine oder mehrere Anmeldungen als auch eine oder mehrere Eintragungen betrifft; allerdings muss, falls die Anmeldenummer einer betroffenen Anmeldung noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt ist, der Antrag die Anmeldung auf andere Weise bezeichnen, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben.

(3) [Änderung des Namens oder der Anschrift des Vertreters oder der Zustellungsanschrift]

Absatz 1 gilt gegebenenfalls sinngemäß für Änderungen des Namens oder der Anschrift des Vertreters und gegebenenfalls für Änderungen der Zustellungsanschrift.

(4) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf den in diesem Artikel genannten Antrag andere als die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Erfordernisse erfüllt werden. Insbesondere darf die Vorlage einer Bescheinigung über die Änderung nicht verlangt werden.

(5) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von im Antrag enthaltenen Angaben hat.

Artikel 11 Änderung der Inhaberschaft

(1) [Änderung der Inhaberschaft einer Eintragung]

- a) Tritt in der Person des Inhabers eine Änderung ein, so erklärt jede Vertragspartei ihr Einverständnis, dass der Antrag auf Eintragung der Änderung durch das Amt in seinem Markenregister in einer vom Inhaber oder seinem Vertreter oder von demjenigen, der die Inhaberschaft erworben hat (im Folgenden als „neuer Inhaber“ bezeichnet), oder dessen Vertreter unterschriebenen Mitteilung unter Angabe der Nummer der betreffenden Eintragung und der einzutragenden Änderung gestellt werden kann. Hinsichtlich der Formerfordernisse für den Antrag weist eine Vertragspartei den Antrag nicht zurück,
- (i) wenn der Antrag schriftlich auf Papier eingereicht wird, sofern er nach Maßgabe des Absatzes 2 Buchstabe a auf einem Formblatt eingereicht wird, das dem in der Ausführungsordnung vorgesehenen Antragsformblatt entspricht,
- (ii) wenn die Vertragspartei die Übermittlung von Mitteilungen an das Amt durch Telefax gestattet und der Antrag auf diese Weise übermittelt wird, sofern die aufgrund dieser Übermittlung entstandene Papieraufbereitung nach Maßgabe des Absatzes 2 Buchstabe a dem unter Ziffer i genannten Antragsformblatt entspricht.
- b) Ergibt sich die Änderung der Inhaberschaft aus einem Vertrag, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass diese Tatsache im Antrag angegeben ist und dass dem Antrag nach Wahl des Antragstellers eines der folgenden Schriftstücke beigelegt wird:
- (i) eine Kopie des Vertrags, hinsichtlich deren verlangt werden kann, dass ihre Übereinstimmung mit dem Originalvertrag notariell oder von einer anderen zuständigen Behörde beglaubigt wird;
- (ii) ein Auszug aus dem Vertrag, aus dem die Änderung der Inhaberschaft ersichtlich ist und hinsichtlich dessen die notariell oder von einer anderen zuständigen Behörde

- being a true extract of the contract;
- (iii) an uncertified certificate of transfer drawn up in the form and with the content as prescribed in the Regulations and signed by both the holder and the new owner;
- (iv) an uncertified transfer document drawn up in the form and with the content as prescribed in the Regulations and signed by both the holder and the new owner.
- (c) Where the change in ownership results from a merger, any Contracting Party may require that the request indicate that fact and be accompanied by a copy of a document, which document originates from the competent authority and evidences the merger, such as a copy of an extract from a register of commerce, and that that copy be certified by the authority which issued the document or by a notary public or any other competent public authority, as being in conformity with the original document.
- (d) Where there is a change in the person of one or more but not all of several co-holders and such change in ownership results from a contract or a merger, any Contracting Party may require that any co-holder in respect of which there is no change in ownership give his express consent to the change in ownership in a document signed by him.
- (e) Where the change in ownership does not result from a contract or a merger but from another ground, for example, from operation of law or a court decision, any Contracting Party may require that the request indicate that fact and be accompanied by a copy of a document evidencing the change and that that copy be certified as being in conformity with the original document by the authority which issued the document or by a notary public or any other competent public authority.
- (f) Any Contracting Party may require that the request indicate
- (i) the name and address of the holder;
 - (ii) the name and address of the new owner;
 - (iii) the name of a State of which the new owner is a national if he is the national of any State, the name of a State in which the new owner has his domicile, if any, and the name of a State in which the new owner has a real and effective industrial or commercial establishment, if any;
 - (iv) where the new owner is a legal entity, the legal nature of that legal entity and the State, and, where applicable, the territorial unit within that State, under the law of which the said legal entity has been organized;
 - (v) where the holder has a representative, the name and address of that representative;
 - (vi) where the holder has an address for service, such address;
 - (vii) where the new owner has a representative, the name and address of that representative;
 - (viii) where the new owner is required to have an address for service under Article 4(2)(b), such address.
- (g) Any Contracting Party may require that, in respect of the request, a fee be paid to the Office.
- beglaubigte Bestätigung verlangt werden kann, dass es sich um einen mit dem Vertrag übereinstimmenden Auszug handelt;
- iii) eine unbeglaubigte Bestätigung des Rechtsübergangs in der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Form und mit dem dort vorgeschriebenen Inhalt, die sowohl vom Inhaber als auch vom neuen Inhaber unterschrieben ist;
- iv) ein unbeglaubigtes Schriftstück über den Rechtsübergang in der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Form und mit dem dort vorgeschriebenen Inhalt, das sowohl vom Inhaber als auch vom neuen Inhaber unterschrieben ist.
- c) Ergibt sich die Änderung der Inhaberschaft aus einem Unternehmenszusammenschluss, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass diese Tatsache im Antrag angegeben ist und dass dem Antrag die Kopie eines von der zuständigen Behörde ausgestellten Schriftstücks beigelegt wird, aus dem der Zusammenschluss ersichtlich ist, wie z.B. die Kopie eines Auszugs aus dem Handelsregister, und dass die Übereinstimmung der Kopie mit dem Original von der Behörde, die das Schriftstück ausgestellt hat, oder notariell oder von einer anderen zuständigen Behörde beglaubigt wird.
- d) Erfolgt eine Änderung der Person des einen Mitinhabers oder mehrerer, jedoch nicht aller Mitinhaber und ergibt sich diese Änderung der Inhaberschaft aus einem Vertrag oder einem Unternehmenszusammenschluss, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass jeder Mitinhaber, für den eine Änderung der Inhaberschaft nicht eingetreten ist, seine ausdrückliche Zustimmung zu der Änderung der Inhaberschaft in einem von ihm unterschriebenen Schriftstück erteilt.
- e) Ergibt sich die Änderung der Inhaberschaft nicht aus einem Vertrag oder einem Unternehmenszusammenschluss, sondern aus einem anderen Grund, z.B. aus der Rechtsanwendung oder aus einer Gerichtsentscheidung, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass diese Tatsache im Antrag angegeben ist und dass dem Antrag die Kopie eines Schriftstücks beigelegt wird, aus dem die Änderung ersichtlich ist, und dass die Übereinstimmung der Kopie mit dem Original von der Behörde, die das Schriftstück ausgestellt hat, oder notariell oder von einer anderen zuständigen Behörde beglaubigt wird.
- f) Jede Vertragspartei kann folgende Angaben im Antrag verlangen:
- i) den Namen und die Anschrift des Inhabers;
 - ii) den Namen und die Anschrift des neuen Inhabers;
 - iii) den Namen eines Staates, dessen Angehöriger der neue Inhaber ist, falls er Angehöriger eines Staates ist, gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der neue Inhaber seinen Wohnsitz hat, sowie gegebenenfalls den Namen eines Staates, in dem der neue Inhaber eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung hat;
 - iv) ist der neue Inhaber eine juristische Person, die Rechtsform dieser juristischen Person und den Staat sowie gegebenenfalls die Gebietseinheit des Staates, nach deren Recht diese juristische Person gegründet wurde;
 - v) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Inhaber einen Vertreter bestellt hat;
 - vi) die Zustellungsanschrift des Inhabers, falls vorhanden;
 - vii) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der neue Inhaber einen Vertreter bestellt hat;
 - viii) die Zustellungsanschrift, wenn der neue Inhaber nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b eine solche Anschrift haben muss.
- g) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für den Antrag eine Gebühr an das Amt entrichtet wird.

(h) A single request shall be sufficient even where the change relates to more than one registration, provided that the holder and the new owner are the same for each registration and that the registration numbers of all registrations concerned are indicated in the request.

(i) Where the change of ownership does not affect all the goods and/or services listed in the holder's registration, and the applicable law allows the recording of such change, the Office shall create a separate registration referring to the goods and/or services in respect of which the ownership has changed.

(2) [Language; Translation]

(a) Any Contracting Party may require that the request, the certificate of transfer or the transfer document referred to in paragraph (1) be in the language, or in one of the languages, admitted by the Office.

(b) Any Contracting Party may require that, if the documents referred to in paragraph (1)(b)(i) and (1)(b)(ii), (1)(c) and (1)(e) are not in the language, or in one of the languages, admitted by the Office, the request be accompanied by a translation or a certified translation of the required document in the language, or in one of the languages, admitted by the Office.

(3) [Change in the Ownership of an Application]

Paragraphs (1) and (2) shall apply, mutatis mutandis, where the change in ownership concerns an application or applications, or both an application or applications and a registration or registrations, provided that, where the application number of any application concerned has not yet been issued or is not known to the applicant or his representative, the request otherwise identifies that application as prescribed in the Regulations.

(4) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) to (3) be complied with in respect of the request referred to in this Article. In particular, the following may not be required:

- (i) subject to paragraph (1)(c), the furnishing of any certificate of, or extract from, a register of commerce;
- (ii) an indication of the new owner's carrying on of an industrial or commercial activity, as well as the furnishing of evidence to that effect;
- (iii) an indication of the new owner's carrying on of an activity corresponding to the goods and/or services affected by the change in ownership, as well as the furnishing of evidence to either effect;
- (iv) an indication that the holder transferred, entirely or in part, his business or the relevant goodwill to the new owner, as well as the furnishing of evidence to either effect.

(5) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence, or further evidence where paragraph (1)(c) or (1)(e) applies, be furnished to the Office where that Office may reasonably doubt the veracity of any indication contained in the request or in any document referred to in the present Article.

Article 12

Correction of a Mistake

(1) [Correction of a Mistake in Respect of a Registration]

(a) Each Contracting Party shall accept that the request for the correction of a mistake which was made in the application or other request communicated to the Office and which mistake is reflected in its register of marks and/or any publication by

h) Ein einziger Antrag ist ausreichend, auch wenn die Änderung mehr als eine Eintragung betrifft; allerdings müssen der Inhaber und der neue Inhaber für jede Eintragung dieselben sein und die Eintragsnummern aller betroffenen Eintragungen im Antrag angegeben sein.

i) Betrifft die Änderung der Inhaberschaft nicht alle in der Eintragung des Inhabers aufgeführten Waren und/oder Dienstleistungen und gestattet das geltende Recht die Eintragung einer solchen Änderung, so nimmt das Amt eine gesonderte Eintragung für die Waren und/oder Dienstleistungen vor, für die sich die Inhaberschaft geändert hat.

(2) [Sprache; Übersetzung]

a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass der Antrag, die Bestätigung des Rechtsübergangs oder das Schriftstück über den Rechtsübergang, die in Absatz 1 genannt sind, in der Sprache oder in einer der Sprachen abgefasst ist, die von dem Amt zugelassen sind.

b) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass, wenn die in Absatz 1 Buchstabe b Ziffern i und ii, Buchstaben c und e genannten Schriftstücke nicht in der Sprache oder in einer der Sprachen abgefasst sind, die von dem Amt zugelassen sind, dem Antrag eine Übersetzung oder eine beglaubigte Übersetzung des erforderlichen Schriftstücks in die Sprache oder in eine der Sprachen beigelegt wird, die von dem Amt zugelassen sind.

(3) [Änderung der Inhaberschaft einer Anmeldung]

Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäß, wenn die Änderung der Inhaberschaft eine oder mehrere Anmeldungen oder sowohl eine oder mehrere Anmeldungen als auch eine oder mehrere Eintragungen betrifft; allerdings muss, falls die Anmeldenummer einer betroffenen Anmeldung noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt ist, der Antrag die Anmeldung auf andere Weise bezeichnen, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben.

(4) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf den in diesem Artikel genannten Antrag andere als die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Erfordernisse erfüllt werden. Insbesondere darf Folgendes nicht verlangt werden:

- i) vorbehaltlich des Absatzes 1 Buchstabe c die Vorlage einer Bestätigung oder eines Auszugs aus dem Handelsregister;
- ii) die Angabe, dass der neue Inhaber eine gewerbliche oder Handelstätigkeit ausübt, und die Vorlage eines entsprechenden Nachweises;
- iii) die Angabe, dass der neue Inhaber eine Tätigkeit ausübt, die den von der Änderung der Inhaberschaft betroffenen Waren und/oder Dienstleistungen entspricht, und die Vorlage eines entsprechenden Nachweises;
- iv) die Angabe, dass der Inhaber sein Geschäft oder den maßgeblichen Firmenwert (goodwill) ganz oder teilweise auf den neuen Inhaber übertragen hat, und die Vorlage eines entsprechenden Nachweises.

(5) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann die Vorlage eines Nachweises oder, wenn Absatz 1 Buchstabe c oder e Anwendung findet, weiterer Nachweise bei dem Amt verlangen, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben im Antrag oder in einem in diesem Artikel genannten Schriftstück hat.

Artikel 12

Berichtigung eines Fehlers

(1) [Berichtigung eines Fehlers in Bezug auf eine Eintragung]

a) Jede Vertragspartei erklärt ihr Einverständnis, dass der Antrag auf Berichtigung eines Fehlers, der in der Anmeldung oder in einem dem Amt übermittelten anderen Antrag gemacht wurde und der in dessen Markenregister und/oder

the Office be made in a communication signed by the holder or his representative and indicating the registration number of the registration concerned, the mistake to be corrected and the correction to be entered. As regards the requirements concerning the presentation of the request, no Contracting Party shall refuse the request,

- (i) where the request is presented in writing on paper, if it is presented, subject to subparagraph (c), on a form corresponding to the request Form provided for in the Regulations,
- (ii) where the Contracting Party allows the transmittal of communications to the Office by telefacsimile and the request is so transmitted, if the paper copy resulting from such transmittal corresponds, subject to subparagraph (c), to the request Form referred to in item (i).

(b) Any Contracting Party may require that the request indicate

- (i) the name and address of the holder;
- (ii) where the holder has a representative, the name and address of that representative;
- (iii) where the holder has an address for service, such address.

(c) Any Contracting Party may require that the request be in the language, or in one of the languages, admitted by the Office.

(d) Any Contracting Party may require that, in respect of the request, a fee be paid to the Office.

(e) A single request shall be sufficient even where the correction relates to more than one registration of the same person, provided that the mistake and the requested correction are the same for each registration and that the registration numbers of all registrations concerned are indicated in the request.

(2) [Correction of a Mistake in Respect of an Application]

Paragraph (1) shall apply, mutatis mutandis, where the mistake concerns an application or applications, or both an application or applications and a registration or registrations, provided that, where the application number of any application concerned has not yet been issued or is not known to the applicant or his representative, the request otherwise identifies that application as prescribed in the Regulations.

(3) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) and (2) be complied with in respect of the request referred to in this Article.

(4) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office where the Office may reasonably doubt that the alleged mistake is in fact a mistake.

(5) [Mistakes Made by the Office]

The Office of a Contracting Party shall correct its own mistakes, ex officio or upon request, for no fee.

(6) [Uncorrectable Mistakes]

No Contracting Party shall be obliged to apply paragraphs (1), (2) and (5) to any mistake which cannot be corrected under its law.

Article 13

Duration and Renewal of Registration

(1) [Indications or Elements Contained in or Accompanying a Request for Renewal; Fee]

einer Veröffentlichung des Amtes erscheint, in einer vom Inhaber oder seinem Vertreter unterschriebenen Mitteilung unter Angabe der Eintragungsnummer der betreffenden Eintragung, des zu berichtigenden Fehlers und der einzutragenden Berichtigung gestellt werden kann. Hinsichtlich der Form-erfordernisse für den Antrag weist eine Vertragspartei den Antrag nicht zurück,

- i) wenn der Antrag schriftlich auf Papier eingereicht wird, sofern er nach Maßgabe des Buchstabens c auf einem Formblatt eingereicht wird, das dem in der Ausführungsordnung vorgesehenen Antragsformblatt entspricht,
- ii) wenn die Vertragspartei die Übermittlung von Mitteilungen an das Amt durch Telefax gestattet und der Antrag auf diese Weise übermittelt wird, sofern die aufgrund dieser Übermittlung entstandene Papieraufbereitung nach Maßgabe des Buchstabens c dem unter Ziffer i genannten Antragsformblatt entspricht.

b) Jede Vertragspartei kann folgende Angaben im Antrag verlangen:

- i) den Namen und die Anschrift des Inhabers;
- ii) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Inhaber einen Vertreter bestellt hat;
- iii) die Zustellungsanschrift des Inhabers, falls vorhanden.

c) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass der Antrag in der Sprache oder in einer der Sprachen abgefasst ist, die von dem Amt zugelassen sind.

d) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für den Antrag eine Gebühr an das Amt entrichtet wird.

e) Ein einziger Antrag ist ausreichend, auch wenn die Berichtigung mehr als eine Eintragung derselben Person betrifft; allerdings müssen der Fehler und die beantragte Berichtigung für jede Eintragung dieselben sein und die Eintragungsnummern aller betroffenen Eintragungen im Antrag angegeben sein.

(2) [Berichtigung eines Fehlers in Bezug auf eine Anmeldung]

Absatz 1 gilt sinngemäß, wenn der Fehler eine oder mehrere Anmeldungen oder sowohl eine oder mehrere Anmeldungen als auch eine oder mehrere Eintragungen betrifft; allerdings muss, falls die Anmeldenummer einer betroffenen Anmeldung noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt ist, der Antrag die Anmeldung auf andere Weise bezeichnen, wie in der Ausführungsordnung vorgeschrieben.

(3) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf den in diesem Artikel genannten Antrag andere als die in den Absätzen 1 und 2 genannten Erfordernisse erfüllt werden.

(4) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel hat, dass der angebliche Fehler tatsächlich ein Fehler ist.

(5) [Fehler des Amtes]

Das Amt einer Vertragspartei berichtigt eigene Fehler von Amts wegen oder auf Antrag gebührenfrei.

(6) [Nicht zu berichtigende Fehler]

Eine Vertragspartei ist nicht verpflichtet, die Absätze 1, 2 und 5 auf Fehler anzuwenden, die nach ihrem Recht nicht berichtigt werden können.

Artikel 13

Laufzeit und Verlängerung der Eintragung

(1) [Angaben oder Bestandteile, die im Antrag auf Verlängerung enthalten oder diesem beigefügt sind; Gebühr]

- (a) Any Contracting Party may require that the renewal of a registration be subject to the filing of a request and that such request contain some or all of the following indications:
- (i) an indication that renewal is sought;
 - (ii) the name and address of the holder;
 - (iii) the registration number of the registration concerned;
 - (iv) at the option of the Contracting Party, the filing date of the application which resulted in the registration concerned or the registration date of the registration concerned;
 - (v) where the holder has a representative, the name and address of that representative;
 - (vi) where the holder has an address for service, such address;
 - (vii) where the Contracting Party allows the renewal of a registration to be made for some only of the goods and/or services which are recorded in the register of marks and such a renewal is requested, the names of the recorded goods and/or services for which the renewal is requested or the names of the recorded goods and/or services for which the renewal is not requested, grouped according to the classes of the Nice Classification, each group preceded by the number of the class of that Classification to which that group of goods or services belongs and presented in the order of the classes of the said Classification;
 - (viii) where a Contracting Party allows a request for renewal to be filed by a person other than the holder or his representative and the request is filed by such a person, the name and address of that person;
 - (ix) a signature by the holder or his representative or, where item (viii) applies, a signature by the person referred to in that item.
- (b) Any Contracting Party may require that, in respect of the request for renewal, a fee be paid to the Office. Once the fee has been paid in respect of the initial period of the registration or of any renewal period, no further payment may be required for the maintenance of the registration in respect of that period. Fees associated with the furnishing of a declaration and/or evidence of use shall not be regarded, for the purposes of this subparagraph, as payments required for the maintenance of the registration and shall not be affected by this subparagraph.
- (c) Any Contracting Party may require that the request for renewal be presented, and the corresponding fee referred to in subparagraph (b) be paid, to the Office within the period fixed by the law of the Contracting Party, subject to the minimum periods prescribed in the Regulations.

(2) [Presentation]

As regards the requirements concerning the presentation of the request for renewal, no Contracting Party shall refuse the request,

- (i) where the request is presented in writing on paper, if it is presented, subject to paragraph (3), on a form corresponding to the request Form provided for in the Regulations,
- (ii) where the Contracting Party allows the transmittal of communications to the Office by telefacsimile and the request is so transmitted, if the paper copy resulting from such transmittal corresponds, subject to paragraph (3), to the request Form referred to in item (i).

- a) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für die Verlängerung ein Antrag einzureichen ist, der einige oder alle der folgenden Angaben enthält:
- i) die Angabe, dass um Verlängerung ersucht wird;
 - ii) den Namen und die Anschrift des Inhabers;
 - iii) die Eintragungsnummer der betreffenden Eintragung;
 - iv) nach Wahl der Vertragspartei das Anmeldedatum der Anmeldung, die zu der betreffenden Eintragung führte, oder das Datum des Tages, an dem die betreffende Eintragung erfolgte;
 - v) den Namen und die Anschrift des Vertreters, wenn der Inhaber einen Vertreter bestellt hat;
 - vi) die Zustellungsanschrift des Inhabers, falls vorhanden;
 - vii) lässt die Vertragspartei die Verlängerung einer Eintragung lediglich für einige der Waren und/oder Dienstleistungen zu, die im Markenregister eingetragen sind, und wird diese Verlängerung beantragt, die Bezeichnung der eingetragenen Waren und/oder Dienstleistungen, für welche die Verlängerung beantragt wird, oder die Bezeichnung der Waren und/oder Dienstleistungen, für welche die Verlängerung nicht beantragt wird, zusammengefasst in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation, wobei jeder Gruppe die Nummer der Klasse dieser Klassifikation vorangestellt wird, zu welcher die jeweilige Gruppe von Waren und Dienstleistungen gehört, und angeordnet in der Reihenfolge der Klassen der genannten Klassifikation;
 - viii) lässt eine Vertragspartei zu, dass der Antrag auf Verlängerung von einer anderen Person als dem Inhaber oder seinem Vertreter eingereicht wird, und wird der Antrag von dieser Person eingereicht, den Namen und die Anschrift dieser Person;
 - ix) eine Unterschrift des Inhabers oder seines Vertreters oder, falls Ziffer viii Anwendung findet, die Unterschrift der unter jener Ziffer genannten Person.

- b) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass für den Antrag auf Verlängerung eine Gebühr an das Amt entrichtet wird. Wurde die Gebühr für die Laufzeit der ersten Eintragung oder einer Verlängerung entrichtet, so darf für die Aufrechterhaltung der Eintragung in Bezug auf den betreffenden Zeitraum eine weitere Zahlung nicht verlangt werden. Gebühren im Zusammenhang mit der Vorlage einer Benutzungserklärung und/oder einem Benutzungsnachweis werden für die Zwecke dieses Buchstabens nicht als zur Aufrechterhaltung der Eintragung erforderliche Zahlungen betrachtet und bleiben von diesem Buchstaben unberührt.

- c) Jede Vertragspartei kann verlangen, dass innerhalb einer nach ihrem Recht festgesetzten Frist, vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Mindestfristen, der Antrag auf Verlängerung bei dem Amt eingereicht und die unter Buchstabe b genannte Gebühr an das Amt entrichtet wird.

(2) [Formerfordernisse]

Hinsichtlich der Formerfordernisse für den Antrag auf Verlängerung weist eine Vertragspartei den Antrag nicht zurück,

- i) wenn der Antrag schriftlich auf Papier eingereicht wird, sofern er nach Maßgabe des Absatzes 3 auf einem Formblatt eingereicht wird, das dem in der Ausführungsordnung vorgesehenen Antragsformblatt entspricht,
- ii) wenn die Vertragspartei die Übermittlung von Mitteilungen an das Amt durch Telefax gestattet und der Antrag auf diese Weise übermittelt wird, sofern die aufgrund dieser Übermittlung entstandene Papieraufbereitung nach Maßgabe des Absatzes 3 dem unter Ziffer i genannten Antragsformblatt entspricht.

(3) [Language]

Any Contracting Party may require that the request for renewal be in the language, or in one of the languages, admitted by the Office.

(4) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraphs (1) to (3) be complied with in respect of the request for renewal. In particular, the following may not be required:

- (i) any reproduction or other identification of the mark;
- (ii) the furnishing of evidence to the effect that the mark has been registered, or that its registration has been renewed, in the register of marks of any other Contracting Party;
- (iii) the furnishing of a declaration and/or evidence concerning use of the mark.

(5) [Evidence]

Any Contracting Party may require that evidence be furnished to the Office in the course of the examination of the request for renewal where the Office may reasonably doubt the veracity of any indication or element contained in the request for renewal.

(6) [Prohibition of Substantive Examination]

No Office of a Contracting Party may, for the purposes of effecting the renewal, examine the registration as to substance.

(7) [Duration]

The duration of the initial period of the registration, and the duration of each renewal period, shall be 10 years.

Article 14**Observations in
Case of Intended Refusal**

An application or a request under Articles 10 to 13 may not be refused totally or in part by an Office without giving the applicant or the requesting party, as the case may be, an opportunity to make observations on the intended refusal within a reasonable time limit.

Article 15**Obligation to Comply
with the Paris Convention**

Any Contracting Party shall comply with the provisions of the Paris Convention which concern marks.

Article 16**Service Marks**

Any Contracting Party shall register service marks and apply to such marks the provisions of the Paris Convention which concern trademarks.

Article 17**Regulations**

(1) [Content]

- (a) The Regulations annexed to this Treaty provide rules concerning
 - (i) matters which this Treaty expressly provides to be “prescribed in the Regulations”;
 - (ii) any details useful in the implementation of the provisions of this Treaty;
 - (iii) any administrative requirements, matters or procedures.

(3) [Sprache]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass der Antrag auf Verlängerung in der Sprache oder in einer der Sprachen abgefasst ist, die von dem Amt zugelassen sind.

(4) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass in Bezug auf den Antrag auf Verlängerung andere als die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Erfordernisse erfüllt werden. Insbesondere darf Folgendes nicht verlangt werden:

- i) eine Wiedergabe oder sonstige Bezeichnung der Marke;
- ii) die Vorlage eines Nachweises, dass die Marke im Markenregister einer anderen Vertragspartei eingetragen oder ihre dortige Eintragung verlängert worden ist;
- iii) die Vorlage einer Erklärung und/oder eines Nachweises über die Benutzung der Marke.

(5) [Nachweise]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass dem Amt während der Prüfung des Antrags auf Verlängerung Nachweise vorgelegt werden, wenn das Amt begründeten Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Angaben oder Bestandteilen hat, die in dem Antrag auf Verlängerung enthalten sind.

(6) [Ausschluss der Sachprüfung]

Ein Amt einer Vertragspartei darf zum Zweck einer Verlängerung die Eintragung nicht dem Grunde nach prüfen.

(7) [Laufzeit]

Die Laufzeit der ersten Eintragung und die Laufzeit jeder Verlängerung beträgt zehn Jahre.

Artikel 14**Stellungnahme im Fall
einer beabsichtigten Zurückweisung**

Eine Anmeldung oder ein Antrag nach den Artikeln 10 bis 13 darf von einem Amt nicht als Ganzes oder zum Teil zurückgewiesen werden, ohne dass, je nach Fall, dem Anmelder oder dem Antragsteller die Gelegenheit gegeben wird, zu der beabsichtigten Zurückweisung innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen.

Artikel 15**Verpflichtung zur Einhaltung
der Pariser Verbandsübereinkunft**

Die Vertragsparteien halten die Bestimmungen der Pariser Verbandsübereinkunft, welche die Marken betreffen, ein.

Artikel 16**Dienstleistungsmarken**

Die Vertragsparteien tragen Dienstleistungsmarken ein und wenden auf diese Marken die Bestimmungen der Pariser Verbandsübereinkunft, welche Warenmarken betreffen, an.

Artikel 17**Ausführungsordnung**

(1) [Inhalt]

- a) Die diesem Vertrag beigelegte Ausführungsordnung enthält Regeln über
 - i) Angelegenheiten, die in diesem Vertrag ausdrücklich als „in der Ausführungsordnung vorgeschrieben“ genannt sind;
 - ii) Einzelheiten, die für die Durchführung des Vertrags zweckdienlich sind;
 - iii) verwaltungstechnische Erfordernisse, Angelegenheiten oder Verfahren.

(b) The Regulations also contain Model International Forms.

(2) [Conflict Between the Treaty and the Regulations]

In the case of conflict between the provisions of this Treaty and those of the Regulations, the former shall prevail.

Article 18
Revision; Protocols

(1) [Revision]

This Treaty may be revised by a diplomatic conference.

(2) [Protocols]

For the purposes of further developing the harmonization of laws on marks, protocols may be adopted by a diplomatic conference insofar as those protocols do not contravene the provisions of this Treaty.

Article 19
Becoming Party to the Treaty

(1) [Eligibility]

The following entities may sign and, subject to paragraphs (2) and (3) and Article 20(1) and 20(3), become party to this Treaty:

- (i) any State member of the Organization in respect of which marks may be registered with its own Office;
- (ii) any intergovernmental organization which maintains an Office in which marks may be registered with effect in the territory in which the constituting treaty of the intergovernmental organization applies, in all its member States or in those of its member States which are designated for such purpose in the relevant application, provided that all the member States of the intergovernmental organization are members of the Organization;
- (iii) any State member of the Organization in respect of which marks may be registered only through the Office of another specified State that is a member of the Organization;
- (iv) any State member of the Organization in respect of which marks may be registered only through the Office maintained by an intergovernmental organization of which that State is a member;
- (v) any State member of the Organization in respect of which marks may be registered only through an Office common to a group of States members of the Organization.

(2) [Ratification or Accession]

Any entity referred to in paragraph (1) may deposit

- (i) an instrument of ratification, if it has signed this Treaty,
- (ii) an instrument of accession, if it has not signed this Treaty.

(3) [Effective Date of Deposit]

(a) Subject to subparagraph (b), the effective date of the deposit of an instrument of ratification or accession shall be,

- (i) in the case of a State referred to in paragraph (1)(i), the date on which the instrument of that State is deposited;
- (ii) in the case of an intergovernmental organization, the date on which the instrument of that intergovernmental organization is deposited;
- (iii) in the case of a State referred to in paragraph (1)(iii), the date on which the following condition is fulfilled: the instrument of that State has been deposited and the instrument of the other, specified State has been deposited;

b) Die Ausführungsordnung enthält ferner Muster internationaler Formblätter.

(2) [Widerspruch zwischen dem Vertrag und der Ausführungsordnung]

Im Fall eines Widerspruchs zwischen dem Vertrag und der Ausführungsordnung geht der Vertrag vor.

Artikel 18
Revision; Protokolle

(1) [Revision]

Dieser Vertrag kann von einer diplomatischen Konferenz revidiert werden.

(2) [Protokolle]

Zur weiteren Harmonisierung des Markenrechts können von einer diplomatischen Konferenz Protokolle angenommen werden, soweit diese Protokolle nicht gegen diesen Vertrag verstoßen.

Artikel 19
Möglichkeiten, Vertragspartei zu werden

(1) [Voraussetzungen]

Folgende Rechtsträger können den Vertrag unterzeichnen und vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 und des Artikels 20 Absätze 1 und 3 Vertragspartei werden:

- i) jeder Mitgliedstaat der Organisation, für den Marken bei dessen eigenem Amt eingetragen werden können;
- ii) jede zwischenstaatliche Organisation, die ein Amt unterhält, in dem Marken mit Wirkung für das Gebiet, auf das der Gründungsvertrag der zwischenstaatlichen Organisation Anwendung findet, eingetragen werden können, sei es in allen Mitgliedstaaten oder in denjenigen Mitgliedstaaten, die zu diesem Zweck in der entsprechenden Anmeldung genannt worden sind, sofern alle Mitgliedstaaten der zwischenstaatlichen Organisation Mitglieder der Organisation sind;
- iii) jeder Mitgliedstaat der Organisation, für den Marken nur über das Amt eines anderen bezeichneten Staates, der Mitglied der Organisation ist, eingetragen werden können;
- iv) jeder Mitgliedstaat der Organisation, für den Marken nur über das von einer zwischenstaatlichen Organisation unterhaltene Amt, deren Mitglied dieser Staat ist, eingetragen werden können;
- v) jeder Mitgliedstaat der Organisation, für den Marken nur über ein gemeinsames Amt einer Gruppe von Staaten, die Mitglieder der Organisation sind, eingetragen werden können.

(2) [Ratifikation oder Beitritt]

Jeder in Absatz 1 genannte Rechtsträger kann

- i) eine Ratifikationsurkunde hinterlegen, sofern er diesen Vertrag unterzeichnet hat,
- ii) eine Beitrittsurkunde hinterlegen, sofern er diesen Vertrag nicht unterzeichnet hat.

(3) [Tag des Wirksamwerdens der Hinterlegung]

a) Vorbehaltlich des Buchstabens b ist der Tag des Wirksamwerdens einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde

- i) bei einem in Absatz 1 Ziffer i genannten Staat der Tag, an dem die Urkunde des Staates hinterlegt wird;
- ii) bei einer zwischenstaatlichen Organisation der Tag, an dem die Urkunde dieser zwischenstaatlichen Organisation hinterlegt wird;
- iii) bei einem in Absatz 1 Ziffer iii genannten Staat der Tag, an dem folgende Voraussetzung erfüllt ist: die Urkunde dieses Staates und die Urkunde des anderen bezeichneten Staates sind hinterlegt;

- (iv) in the case of a State referred to in paragraph (1)(iv), the date applicable under (ii), above;
- (v) in the case of a State member of a group of States referred to in paragraph (1)(v), the date on which the instruments of all the States members of the group have been deposited.
- (b) Any instrument of ratification or accession (referred to in this subparagraph as “instrument”) of a State may be accompanied by a declaration making it a condition to its being considered as deposited that the instrument of one other State or one intergovernmental organization, or the instruments of two other States, or the instruments of one other State and one intergovernmental organization, specified by name and eligible to become party to this Treaty, is or are also deposited. The instrument containing such a declaration shall be considered to have been deposited on the day on which the condition indicated in the declaration is fulfilled. However, when the deposit of any instrument specified in the declaration is, itself, accompanied by a declaration of the said kind, that instrument shall be considered as deposited on the day on which the condition specified in the latter declaration is fulfilled.
- (c) Any declaration made under paragraph (b) may be withdrawn, in its entirety or in part, at any time. Any such withdrawal shall become effective on the date on which the notification of withdrawal is received by the Director General.
- iv) bei einem in Absatz 1 Ziffer iv genannten Staat der nach Ziffer ii geltende Tag;
- v) bei einem Mitgliedstaat einer in Absatz 1 Ziffer v genannten Gruppe von Staaten der Tag, an dem die Urkunden sämtlicher Mitglieder der Gruppe hinterlegt sind.
- b) Jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde (unter diesem Buchstaben als „Urkunde“ bezeichnet) eines Staates kann eine Erklärung beigefügt werden, in der zur Bedingung gemacht wird, dass die Urkunde erst dann als hinterlegt gilt, wenn die Urkunde eines anderen Staates oder einer zwischenstaatlichen Organisation, die Urkunden von zwei anderen Staaten oder die Urkunden eines anderen Staates und einer zwischenstaatlichen Organisation, die namentlich genannt und zum Beitritt zu diesem Vertrag berechtigt sind, ebenfalls hinterlegt sind. Die Urkunde, die eine derartige Erklärung enthält, gilt als an dem Tag hinterlegt, an dem die in der Erklärung genannte Bedingung erfüllt ist. Ist der Hinterlegung einer in der Erklärung bezeichneten Urkunde jedoch selbst eine Erklärung der genannten Art beigefügt, so gilt diese Urkunde als an dem Tag hinterlegt, an dem die in der letzteren Erklärung genannte Bedingung erfüllt ist.
- c) Jede nach Buchstabe b abgegebene Erklärung kann jederzeit ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Eine Rücknahme wird an dem Tag wirksam, an dem die Notifikation der Rücknahme beim Generaldirektor eingeht.

Article 20

Effective Date of Ratifications and Accessions

(1) [Instruments to Be Taken Into Consideration]

For the purposes of this Article, only instruments of ratification or accession that are deposited by entities referred to in Article 19(1) and that have an effective date according to Article 19(3) shall be taken into consideration.

(2) [Entry Into Force of the Treaty]

This Treaty shall enter into force three months after five States have deposited their instruments of ratification or accession.

(3) [Entry Into Force of Ratifications and Accessions Subsequent to the Entry Into Force of the Treaty]

Any entity not covered by paragraph (2) shall become bound by this Treaty three months after the date on which it has deposited its instrument of ratification or accession.

Article 21

Reservations

(1) [Special Kinds of Marks]

Any State or intergovernmental organization may declare through a reservation that, notwithstanding Article 2(1)(a) and 2(2)(a), any of the provisions of Articles 3(1) and 3(2), 5, 7, 11 and 13 shall not apply to associated marks, defensive marks or derivative marks. Such reservation shall specify those of the aforementioned provisions to which the reservation relates.

(2) [Modalities]

Any reservation under paragraph (1) shall be made in a declaration accompanying the instrument of ratification of, or accession to, this Treaty of the State or intergovernmental organization making the reservation.

(3) [Withdrawal]

Any reservation under paragraph (1) may be withdrawn at any time.

Artikel 20

Tag des Wirksamwerdens der Ratifikation und des Beitritts

(1) [In Betracht zu ziehende Urkunden]

Für die Zwecke dieses Artikels werden nur Ratifikations- oder Beitrittsurkunden in Betracht gezogen, die von den in Artikel 19 Absatz 1 bezeichneten Rechtsträgern hinterlegt worden sind und deren Tag des Wirksamwerdens in Artikel 19 Absatz 3 vorgesehen ist.

(2) [Inkrafttreten des Vertrags]

Dieser Vertrag tritt drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von fünf Staaten in Kraft.

(3) [Inkrafttreten der Ratifikation und des Beitritts nach Inkrafttreten des Vertrags]

Jeder nicht unter Absatz 2 fallende Rechtsträger wird durch diesen Vertrag drei Monate nach dem Tag gebunden, zu dem er seine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt hat.

Artikel 21

Vorbehalte

(1) [Besondere Arten von Marken]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann durch einen Vorbehalt erklären, dass ungeachtet des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 2 Buchstabe a die Bestimmungen des Artikels 3 Absätze 1 und 2, der Artikel 5, 7, 11 und 13 nicht auf verbundene Marken, Defensivmarken oder abgeleitete Marken Anwendung finden. In dem Vorbehalt sind die Bestimmungen anzugeben, auf die sich der Vorbehalt bezieht.

(2) [Modalitäten]

Vorbehalte nach Absatz 1 sind von dem Staat oder der zwischenstaatlichen Organisation, die den Vorbehalt erklären, in einer der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu diesem Vertrag beigefügten Erklärung abzugeben.

(3) [Rücknahme]

Vorbehalte nach Absatz 1 können jederzeit zurückgenommen werden.

(4) [Prohibition of Other Reservations]

No reservation to this Treaty other than the reservation allowed under paragraph (1) shall be permitted.

Article 22**Transitional Provisions**

(1) [Single Application for Goods and Services in Several Classes; Division of Application]

(a) Any State or intergovernmental organization may declare that, notwithstanding Article 3(5), an application may be filed with the Office only in respect of goods or services which belong to one class of the Nice Classification.

(b) Any State or intergovernmental organization may declare that, notwithstanding Article 6, where goods and/or services belonging to several classes of the Nice Classification have been included in one and the same application, such application shall result in two or more registrations in the register of marks, provided that each and every such registration shall bear a reference to all other such registrations resulting from the said application.

(c) Any State or intergovernmental organization that has made a declaration under subparagraph (a) may declare that, notwithstanding Article 7(1), no application may be divided.

(2) [Single Power of Attorney for More Than One Application and/or Registration]

Any State or intergovernmental organization may declare that, notwithstanding Article 4(3)(b), a power of attorney may only relate to one application or one registration.

(3) [Prohibition of Requirement of Certification of Signature of Power of Attorney and of Signature of Application]

Any State or intergovernmental organization may declare that, notwithstanding Article 8(4), the signature of a power of attorney or the signature by the applicant of an application may be required to be the subject of an attestation, notarization, authentication, legalization or other certification.

(4) [Single Request for More Than One Application and/or Registration in Respect of a Change in Name and/or Address, a Change in Ownership or a Correction of a Mistake]

Any State or intergovernmental organization may declare that, notwithstanding Article 10(1)(e), 10(2) and 10(3), Article 11(1)(h) and 11(3) and Article 12(1)(e) and 12(2), a request for the recordal of a change in name and/or address, a request for the recordal of a change in ownership and a request for the correction of a mistake may only relate to one application or one registration.

(5) [Furnishing, on the Occasion of Renewal, of Declaration and/or Evidence Concerning Use]

Any State or intergovernmental organization may declare that, notwithstanding Article 13(4)(iii), it will require, on the occasion of renewal, the furnishing of a declaration and/or of evidence concerning use of the mark.

(6) [Substantive Examination on the Occasion of Renewal]

Any State or intergovernmental organization may declare that, notwithstanding Article 13(6), the Office may, on the occasion of the first renewal of a registration covering services, examine such registration as to substance, provided that such examination shall be limited to the elimination of multiple registrations based on applications filed during a period of six months following the entry into force of the law of such State or organization that intro-

(4) [Ausschluss anderer Vorbehalte]

Andere als die in Absatz 1 gestatteten Vorbehalte zu diesem Vertrag sind nicht zulässig.

Artikel 22**Übergangsbestimmungen**

(1) [Einziges Anmeldeverfahren für Waren und Dienstleistungen in mehreren Klassen; Teilung der Anmeldung]

a) Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann erklären, dass ungeachtet des Artikels 3 Absatz 5 eine Anmeldung bei dem Amt nur für Waren oder Dienstleistungen eingereicht werden kann, die zu einer einzigen Klasse der Nizzaer Klassifikation gehören.

b) Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann erklären, dass ungeachtet des Artikels 6 in den Fällen, in denen Waren und/oder Dienstleistungen zu mehreren Klassen der Nizzaer Klassifikation gehören und in ein und derselben Anmeldung enthalten sind, eine Anmeldung zu zwei oder mehr Eintragungen im Markenregister führt, sofern jede einzelne derartige Eintragung eine Bezugnahme auf sämtliche anderen aus der genannten Anmeldung hervorgegangenen Eintragungen enthält.

c) Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation, die eine Erklärung nach Buchstabe a abgegeben haben, kann erklären, dass ungeachtet des Artikels 7 Absatz 1 eine Teilung der Anmeldung nicht zulässig ist.

(2) [Einzelvollmacht für mehr als eine Anmeldung und/oder Eintragung]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann erklären, dass ungeachtet des Artikels 4 Absatz 3 Buchstabe b eine Vollmacht sich nur auf eine Anmeldung oder nur auf eine Eintragung beziehen darf.

(3) [Ausschluss des Erfordernisses einer Beglaubigung der Unterschrift der Vollmacht und der Unterschrift der Anmeldung]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann erklären, dass ungeachtet des Artikels 8 Absatz 4 die Unterschrift unter einer Vollmacht oder die Unterschrift des Anmelders unter einer Anmeldung einer Bestätigung, notariellen Beglaubigung, Bescheinigung der Echtheit, Legalisation oder anderen Beurkundung bedarf.

(4) [Einziges Anmeldeverfahren für mehr als eine Anmeldung und/oder Eintragung bezüglich einer Änderung des Namens und/oder der Anschrift, der Inhaberschaft oder der Berichtigung eines Fehlers]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann erklären, dass ungeachtet des Artikels 10 Absatz 1 Buchstabe e und der Absätze 2 und 3, des Artikels 11 Absatz 1 Buchstabe h und Absatz 3 sowie des Artikels 12 Absatz 1 Buchstabe e und Absatz 2, der Antrag auf Eintragung einer Änderung des Namens und/oder der Anschrift, der Antrag auf Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft und der Antrag auf Berichtigung eines Fehlers sich nur auf eine Anmeldung oder nur auf eine Eintragung beziehen dürfen.

(5) [Vorlage einer Erklärung und/oder eines Nachweises über die Benutzung anlässlich der Verlängerung]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann erklären, dass sie ungeachtet des Artikels 13 Absatz 4 Ziffer iii anlässlich der Verlängerung die Vorlage einer Erklärung und/oder eines Nachweises über die Benutzung der Marke verlangen.

(6) [Materielle Prüfung anlässlich der Verlängerung]

Jeder Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation kann erklären, dass ungeachtet des Artikels 13 Absatz 6 das Amt anlässlich der ersten Verlängerung einer Eintragung, die sich auf Dienstleistungen erstreckt, diese Eintragung dem Grunde nach prüfen kann, sofern sich die Prüfung auf die Beseitigung von Mehrfacheintragungen beschränkt, denen Anmeldungen zugrunde liegen, die innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten

duced, before the entry into force of this Treaty, the possibility of registering service marks.

(7) [Common Provisions]

- (a) A State or an intergovernmental organization may make a declaration under paragraphs (1) to (6) only if, at the time of depositing its instrument of ratification of, or accession to, this Treaty, the continued application of its law would, without such a declaration, be contrary to the relevant provisions of this Treaty.
- (b) Any declaration under paragraphs (1) to (6) shall accompany the instrument of ratification of, or accession to, this Treaty of the State or intergovernmental organization making the declaration.
- (c) Any declaration made under paragraphs (1) to (6) may be withdrawn at any time.

(8) [Loss of Effect of Declaration]

- (a) Subject to subparagraph (c), any declaration made under paragraphs (1) to (6) by a State regarded as a developing country in conformity with the established practice of the General Assembly of the United Nations, or by an intergovernmental organization each member of which is such a State, shall lose its effect at the end of a period of eight years from the date of entry into force of this Treaty.
- (b) Subject to subparagraph (c), any declaration made under paragraphs (1) to (6) by a State other than a State referred to in subparagraph (a), or by an intergovernmental organization other than an intergovernmental organization referred to in subparagraph (a), shall lose its effect at the end of a period of six years from the date of entry into force of this Treaty.
- (c) Where a declaration made under paragraphs (1) to (6) has not been withdrawn under paragraph (7)(c), or has not lost its effect under subparagraph (a) or (b), before October 28, 2004, it shall lose its effect on October 28, 2004.

(9) [Becoming Party to the Treaty]

Until December 31, 1999, any State which, on the date of the adoption of this Treaty, is a member of the International (Paris) Union for the Protection of Industrial Property without being a member of the Organization may, notwithstanding Article 19(1)(i), become a party to this Treaty if marks may be registered with its own Office.

Article 23

Denunciation of the Treaty

(1) [Notification]

Any Contracting Party may denounce this Treaty by notification addressed to the Director General.

(2) [Effective Date]

Denunciation shall take effect one year from the date on which the Director General has received the notification. It shall not affect the application of this Treaty to any application pending or any mark registered in respect of the denouncing Contracting Party at the time of the expiration of the said one-year period, provided that the denouncing Contracting Party may, after the expiration of the said one-year period, discontinue applying this Treaty to any registration as from the date on which that registration is due for renewal.

Article 24

Languages of the Treaty; Signature

(1) [Original Texts; Official Texts]

- (a) This Treaty shall be signed in a single original in the English, Arabic, Chinese, French, Russian and Spanish languages, all

des Gesetzes des Staates oder der zwischenstaatlichen Organisation eingereicht wurden, mit dem vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags die Möglichkeit der Eintragung von Dienstleistungsmarken eingeführt wurde.

(7) [Gemeinsame Bestimmungen]

- a) Ein Staat oder eine zwischenstaatliche Organisation kann nur dann eine Erklärung nach den Absätzen 1 bis 6 abgeben, wenn zu dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu diesem Vertrag die weitere Anwendung seines/ihrer Rechts ohne eine solche Erklärung den einschlägigen Bestimmungen dieses Vertrags widersprechen würde.
- b) Jede nach den Absätzen 1 bis 6 abgegebene Erklärung ist der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde des Staates oder der zwischenstaatlichen Organisation zu diesem Vertrag beizufügen, die diese Erklärung abgeben.
- c) Jede nach den Absätzen 1 bis 6 abgegebene Erklärung kann jederzeit zurückgenommen werden.

(8) [Verlust der Wirkung von Erklärungen]

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens c verliert jede Erklärung, die nach den Absätzen 1 bis 5 von einem Staat, der im Einklang mit der ständigen Praxis der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Entwicklungsland betrachtet wird, oder von einer zwischenstaatlichen Organisation abgegeben wird, deren jeder einzelne Mitgliedstaat ein solcher Staat ist, acht Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags ihre Wirkung.
- b) Vorbehaltlich des Buchstabens c verliert jede Erklärung, die nach den Absätzen 1 bis 5 von einem anderen als dem unter Buchstabe a bezeichneten Staat oder einer anderen als der unter Buchstabe a bezeichneten zwischenstaatlichen Organisation abgegeben wird, sechs Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags ihre Wirkung.
- c) Ist eine nach den Absätzen 1 bis 5 abgegebene Erklärung nicht nach Absatz 7 Buchstabe c zurückgenommen worden oder hat sie ihre Wirkung nicht nach Buchstabe a oder b vor dem 28. Oktober 2004 verloren, so verliert sie ihre Wirkung am 28. Oktober 2004.

(9) [Möglichkeit, Vertragspartei zu werden]

Bis zum 31. Dezember 1999 kann jeder Staat, der am Tag der Annahme dieses Vertrags Mitglied des Internationalen (Pariser) Verbands zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist, ohne Mitglied der Organisation zu sein, ungeachtet des Artikels 19 Absatz 1 Ziffer i Vertragspartei dieses Vertrags werden, wenn in seinem eigenen Amt Marken eingetragen werden können.

Artikel 23

Kündigung des Vertrags

(1) [Notifikation]

Jede Vertragspartei kann diesen Vertrag durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation kündigen.

(2) [Tag des Wirksamwerdens]

Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, zu dem der Generaldirektor die Notifikation erhalten hat. Sie lässt die Anwendung dieses Vertrags auf die im Zeitpunkt des Ablaufs dieser Einjahresfrist anhängigen Anmeldungen oder eingetragenen Marken in Bezug auf die kündigende Vertragspartei unberührt; allerdings kann die kündigende Vertragspartei nach Ablauf dieser Einjahresfrist die Anwendung des Vertrags auf eine Eintragung zu dem Zeitpunkt beenden, zu dem die Verlängerung dieser Eintragung fällig ist.

Artikel 24

Vertragssprachen; Unterzeichnung

(1) [Urschriften; amtliche Fassungen]

- a) Dieser Vertrag wird in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer

texts being equally authentic.

- (b) At the request of a Contracting Party, an official text in a language not referred to in subparagraph (a) that is an official language of that Contracting Party shall be established by the Director General after consultation with the said Contracting Party and any other interested Contracting Party.

(2) [Time Limit for Signature]

This Treaty shall remain open for signature at the headquarters of the Organization for one year after its adoption.

Article 25

Depositary

The Director General shall be the depositary of this Treaty.

Sprache unterzeichnet, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

- b) Auf Antrag einer Vertragspartei wird vom Generaldirektor eine amtliche Fassung in einer der unter Buchstabe a nicht genannten Sprachen, welche die Amtssprache dieser Vertragspartei ist, nach Beratung mit der genannten Vertragspartei und jeder anderen beteiligten Vertragspartei hergestellt.

(2) [Unterzeichnungsfrist]

Dieser Vertrag liegt nach seiner Annahme ein Jahr lang am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung auf.

Artikel 25

Verwahrer

Der Generaldirektor ist Verwahrer dieses Vertrags.

Ausführungsordnung zum Markenrechtsvertrag

Regulations under the Trademark Law Treaty

(Übersetzung)

List of Rules

- Rule 1: Abbreviated Expressions
 Rule 2: Manner of Indicating Names and Addresses
 Rule 3: Details Concerning the Application
 Rule 4: Details Concerning Representation
 Rule 5: Details Concerning the Filing Date
 Rule 6: Details Concerning the Signature
 Rule 7: Manner of Identification of an Application Without Its Application Number
 Rule 8: Details Concerning Duration and Renewal

List of Model International Forms

- Form No. 1: Application for the Registration of a Mark
 Form No. 2: Power of Attorney
 Form No. 3: Request for the Recordal of Change(s) in Name(s) and/or Address(es)
 Form No. 4: Request for the Recordal of a Change in Ownership in Respect of Registration(s) and/or Application(s) for Registration of Marks
 Form No. 5: Certificate of Transfer in Respect of Registration(s) and/or Application(s) for Registration of Marks
 Form No. 6: Transfer Document in Respect of Registration(s) and/or Application(s) for Registration of Marks
 Form No. 7: Request for the Correction of Mistake(s) in Registration(s) and/or Application(s) for Registration of Marks
 Form No. 8: Request for the Renewal of a Registration

Rule 1

Abbreviated Expressions

- (1) ["Treaty"; "Article"]
 (a) In these Regulations, the word "Treaty" means the Trademark Law Treaty.
 (b) In these Regulations, the word <Article> refers to the specified Article of the Treaty.
 (2) [Abbreviated Expressions Defined in the Treaty]

The abbreviated expressions defined in Article 1 for the purposes of the Treaty shall have the same meaning for the purposes of the Regulations.

Rule 2

Manner of Indicating Names and Addresses

- (1) [Names]
 (a) Where the name of a person is to be indicated, any Contracting Party may require,
 (i) where the person is a natural person, that the name to be indicated be the family or principal name and the given or secondary name or names of that person or that the name to be indicated be, at that person's option, the name or names customarily used by the said person;

Verzeichnis der Regeln

- Regel 1: Abkürzungen
 Regel 2: Angabe von Namen und Anschriften
 Regel 3: Einzelheiten bezüglich der Anmeldung
 Regel 4: Einzelheiten bezüglich der Vertretung
 Regel 5: Einzelheiten bezüglich des Anmeldedatums
 Regel 6: Einzelheiten bezüglich der Unterschrift
 Regel 7: Bezeichnung einer Anmeldung bei fehlender Anmelde­nummer
 Regel 8: Einzelheiten bezüglich Laufzeit und Verlängerung

Verzeichnis der Muster internationaler Formblätter

- Formblatt Nr. 1: Anmeldung zur Eintragung einer Marke
 Formblatt Nr. 2: Vollmacht
 Formblatt Nr. 3: Antrag auf Eintragung der Änderung(en) von Name(n) und/oder Anschrift(en)
 Formblatt Nr. 4: Antrag auf Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft in Bezug auf die Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) zur Eintragung von Marken
 Formblatt Nr. 5: Bestätigung des Rechtsübergangs in Bezug auf die Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) zur Eintragung von Marken
 Formblatt Nr. 6: Schriftstück über den Rechtsübergang in Bezug auf die Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) zur Eintragung von Marken
 Formblatt Nr. 7: Antrag auf Berichtigung von Fehlern in Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) zur Eintragung von Marken
 Formblatt Nr. 8: Antrag auf Verlängerung einer Eintragung

Regel 1

Abkürzungen

- (1) [„Vertrag“; „Artikel“]
 a) In dieser Ausführungsordnung bezeichnet das Wort „Vertrag“ den Markenrechtsvertrag.
 b) In dieser Ausführungsordnung verweist das Wort „Artikel“ auf den jeweils bezeichneten Artikel des Vertrags.
 (2) [Im Vertrag definierte Abkürzungen]

Die in Artikel 1 für die Zwecke des Vertrags definierten Abkürzungen haben für die Zwecke der Ausführungsordnung dieselbe Bedeutung.

Regel 2

Angabe von Namen und Anschriften

- (1) [Namen]
 a) Ist der Name einer Person anzugeben, so kann jede Vertragspartei verlangen,
 i) dass bei einer natürlichen Person als Name der Familienname oder der Hauptname und der Vor- oder Beinamen der Person, beziehungsweise die Vor- oder Beinamen der Person, oder, nach Wahl dieser Person, der Name oder die Namen, die von der betreffenden Person üblicherweise benutzt werden, anzugeben sind;

- (ii) where the person is a legal entity, that the name to be indicated be the full official designation of the legal entity.
- (b) Where the name of a representative which is a firm or partnership is to be indicated, any Contracting Party shall accept as indication of the name the indication that the firm or partnership customarily uses.

(2) [Addresses]

- (a) Where the address of a person is to be indicated, any Contracting Party may require that the address be indicated in such a way as to satisfy the customary requirements for prompt postal delivery at the indicated address and, in any case, consist of all the relevant administrative units up to, and including, the house or building number, if any.
- (b) Where a communication to the Office of a Contracting Party is in the name of two or more persons with different addresses, that Contracting Party may require that such communication indicate a single address as the address for correspondence.
- (c) The indication of an address may contain a telephone number and a telefacsimile number and, for the purposes of correspondence, an address different from the address indicated under subparagraph (a).
- (d) Subparagraphs (a) and (c) shall apply, mutatis mutandis, to addresses for service.

(3) [Script to Be Used]

Any Contracting Party may require that any indication referred to in paragraphs (1) and (2) be in the script used by the Office.

Rule 3**Details Concerning the Application**

(1) [Standard Characters]

Where, pursuant to Article 3(1)(a)(ix), the application contains a statement to the effect that the applicant wishes that the mark be registered and published in the standard characters used by the Office of the Contracting Party, the Office shall register and publish that mark in such standard characters.

(2) [Number of Reproductions]

- (a) Where the application does not contain a statement to the effect that the applicant wishes to claim color as a distinctive feature of the mark, a Contracting Party may not require more than
 - (i) five reproductions of the mark in black and white where the application may not, under the law of that Contracting Party, or does not contain a statement to the effect that the applicant wishes the mark to be registered and published in the standard characters used by the Office of the said Contracting Party;
 - (ii) one reproduction of the mark in black and white where the application contains a statement to the effect that the applicant wishes the mark to be registered and published in the standard characters used by the Office of that Contracting Party.
- (b) Where the application contains a statement to the effect that the applicant wishes to claim color as a distinctive feature of the mark, a Contracting Party may not require more than five reproductions of the mark in black and white and five reproductions of the mark in color.

(3) [Reproduction of a Three-Dimensional Mark]

- (a) Where, pursuant to Article 3(1)(a)(xi), the application contains a statement to the effect that the mark is a three-dimensional

- ii) dass bei einer juristischen Person als Name die volle amtliche Bezeichnung der juristischen Person anzugeben ist.
- b) Ist der Name eines Vertreters anzugeben, bei dem es sich um eine Kanzlei oder Kanzleigemeinschaft handelt, so erkennt jede Vertragspartei als Namensangabe die Bezeichnung an, welche die Kanzlei oder Kanzleigemeinschaft üblicherweise benutzt.

(2) [Anschriften]

- a) Ist die Anschrift einer Person anzugeben, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass die Anschrift in einer Weise angegeben wird, die den üblichen Erfordernissen für eine schnelle Postzustellung an die angegebene Anschrift entspricht, und in jedem Fall die maßgeblichen Verwaltungseinheiten, gegebenenfalls einschließlich der Haus- oder Gebäudenummer, enthält.
- b) Erfolgt eine an das Amt einer Vertragspartei gerichtete Mitteilung im Namen von zwei oder mehr Personen mit unterschiedlichen Anschriften, so kann die Vertragspartei verlangen, dass in der betreffenden Mitteilung eine einzige Anschrift als Anschrift für den Schriftwechsel angegeben wird.
- c) Die Angabe einer Anschrift kann eine Telefon- und eine Telefaxnummer sowie für die Zwecke des Schriftwechsels eine von der unter Buchstabe a angegebenen Anschrift abweichende Anschrift enthalten.
- d) Die Buchstaben a und c gelten sinngemäß für die Zustellungsanschriften.

(3) [Zu benutzende Schrift]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass die in den Absätzen 1 und 2 genannten Angaben in der von dem Amt benutzten Schrift gemacht werden.

Regel 3**Einzelheiten bezüglich der Anmeldung**

(1) [Übliche Schriftzeichen]

Enthält die Anmeldung eine Erklärung nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ix dahin gehend, dass auf Wunsch des Anmelders die Marke in den von dem Amt der Vertragspartei benutzten üblichen Schriftzeichen eingetragen und veröffentlicht wird, so wird das Amt die Marke in diesen üblichen Schriftzeichen eintragen und veröffentlichen.

(2) [Anzahl der Wiedergaben]

- a) Enthält die Anmeldung keine Erklärung dahin gehend, dass auf Wunsch des Anmelders Farbe als unterscheidendes Merkmal der Marke beansprucht wird, so darf eine Vertragspartei nicht mehr als Folgendes verlangen:
 - i) fünf Wiedergaben der Marke in Schwarzweiß, wenn nach dem Recht der Vertragspartei die Anmeldung keine Erklärung dahin gehend enthalten darf oder eine Erklärung dahin gehend nicht enthält, dass auf Wunsch des Anmelders die Marke in den von dem Amt der Vertragspartei benutzten üblichen Schriftzeichen einzutragen und zu veröffentlichen ist;
 - ii) eine Wiedergabe der Marke in Schwarzweiß, wenn die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend enthält, dass auf Wunsch des Anmelders die Marke in den von dem Amt der Vertragspartei benutzten üblichen Schriftzeichen einzutragen und zu veröffentlichen ist.
- b) Enthält die Anmeldung eine Erklärung dahin gehend, dass auf Wunsch des Anmelders Farbe als unterscheidendes Merkmal der Marke beansprucht wird, so darf eine Vertragspartei nicht mehr als fünf Wiedergaben der Marke in Schwarzweiß und fünf Wiedergaben der Marke in Farbe verlangen.

(3) [Wiedergabe einer dreidimensionalen Marke]

- a) Enthält die Anmeldung eine Erklärung nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xi dahin gehend, dass es sich bei der

mark, the reproduction of the mark shall consist of a two-dimensional graphic or photographic reproduction.

- (b) The reproduction furnished under subparagraph (a) may, at the option of the applicant, consist of one single view of the mark or of several different views of the mark.
- (c) Where the Office considers that the reproduction of the mark furnished by the applicant under subparagraph (a) does not sufficiently show the particulars of the three-dimensional mark, it may invite the applicant to furnish, within a reasonable time limit fixed in the invitation, up to six different views of the mark and/or a description by words of that mark.
- (d) Where the Office considers that the different views and/or the description of the mark referred to in subparagraph (c) still do not sufficiently show the particulars of the three-dimensional mark, it may invite the applicant to furnish, within a reasonable time limit fixed in the invitation, a specimen of the mark.
- (e) Paragraph (2)(a)(i) and 2(b) shall apply mutatis mutandis.

(4) [Transliteration of the Mark]

For the purposes of Article 3(1)(a)(xiii), where the mark consists of or contains matter in script other than the script used by the Office or numbers expressed in numerals other than numerals used by the Office, a transliteration of such matter in the script and numerals used by the Office may be required.

(5) [Translation of the Mark]

For the purposes of Article 3(1)(a)(xiv), where the mark consists of or contains a word or words in a language other than the language, or one of the languages, admitted by the Office, a translation of that word or those words into that language or one of those languages may be required.

(6) [Time Limit for Furnishing Evidence of Actual Use of the Mark]

The time limit referred to in Article 3(6) shall not be shorter than six months counted from the date of allowance of the application by the Office of the Contracting Party where that application was filed. The applicant or holder shall have the right to an extension of that time limit, subject to the conditions provided for by the law of that Contracting Party, by periods of at least six months each, up to a total extension of at least two years and a half.

Rule 4

Details Concerning Representation

The time limit referred to in Article 4(3)(d) shall be counted from the date of receipt of the communication referred to in that Article by the Office of the Contracting Party concerned and shall not be less than one month where the address of the person on whose behalf the communication is made is on the territory of that Contracting Party and not less than two months where such an address is outside the territory of that Contracting Party.

Rule 5

Details Concerning the Filing Date

(1) [Procedure in Case of Non-Compliance with Requirements]

If the application does not, at the time of its receipt by the Office, comply with any of the applicable requirements of Article 5(1)(a) or 5(2)(a), the Office shall promptly invite the applicant to comply with such requirements within a time limit indicated in the invita-

Marke um eine dreidimensionale Marke handelt, so besteht die Wiedergabe der Marke aus einer zweidimensionalen graphischen oder photographischen Wiedergabe.

- b) Die nach Buchstabe a vorgelegte Wiedergabe kann nach Wahl des Anmelders aus einer einzigen Ansicht der Marke oder aus mehreren verschiedenen Ansichten der Marke bestehen.
- c) Ist das Amt der Auffassung, dass die vom Anmelder nach Buchstabe a eingereichte Wiedergabe der Marke die Einzelheiten der dreidimensionalen Marke nicht ausreichend wiedergibt, so kann es den Anmelder auffordern, innerhalb einer angemessenen, in der Aufforderung festgesetzten Frist bis zu sechs verschiedene Ansichten der Marke und/oder eine Beschreibung der Marke in Worten vorzulegen.
- d) Ist das Amt der Auffassung, dass die unter Buchstabe c bezeichneten verschiedenen Ansichten und/oder die dort genannte Beschreibung der Marke in Worten die Einzelheiten der dreidimensionalen Marke immer noch nicht ausreichend wiedergeben, so kann es den Anmelder auffordern, innerhalb einer angemessenen, in der Aufforderung festgesetzten Frist ein Muster der Marke vorzulegen.
- e) Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i und Buchstabe b gilt sinngemäß.

(4) [Transliteration der Marke]

Besteht die Marke ganz oder teilweise aus einer anderen als der von dem Amt benutzten Schrift oder aus anderen als den von dem Amt benutzten Ziffern, so kann für die Zwecke des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xiii eine Transliteration dieser Schrift und dieser Ziffern in die von dem Amt benutzte Schrift und in die von dem Amt benutzten Ziffern verlangt werden.

(5) [Übersetzung der Marke]

Besteht die Marke ganz oder teilweise aus einem Wort oder aus Wörtern in einer anderen als der von dem Amt zugelassenen Sprache oder einer der von dem Amt zugelassenen Sprachen, so kann für die Zwecke des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer xiv eine Übersetzung dieses Wortes oder dieser Wörter in die zugelassene Sprache oder eine der zugelassenen Sprachen verlangt werden.

(6) [Frist für die Vorlage des Nachweises über die tatsächliche Benutzung der Marke]

Die in Artikel 3 Absatz 6 genannte Frist darf nicht weniger als sechs Monate betragen, gerechnet ab dem Datum der Zulassung der Anmeldung durch das Amt der Vertragspartei, bei dem die Anmeldung eingereicht wurde. Der Anmelder oder der Inhaber hat nach Maßgabe der im Recht dieser Vertragspartei vorgesehenen Voraussetzungen Anspruch auf Verlängerung dieser Frist um einen Zeitraum von jeweils mindestens sechs Monaten bis zu einer Gesamtverlängerung von mindestens zweieinhalb Jahren.

Regel 4

Einzelheiten bezüglich der Vertretung

Die in Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe d genannte Frist wird ab dem Datum des Eingangs der in jenem Artikel genannten Mitteilung bei dem Amt der betreffenden Vertragspartei gerechnet und beträgt mindestens einen Monat, wenn sich die Anschrift der Person, in deren Namen die Mitteilung erfolgt, im Gebiet dieser Vertragspartei befindet, und beträgt mindestens zwei Monate, wenn sich die Anschrift außerhalb des Gebiets dieser Vertragspartei befindet.

Regel 5

Einzelheiten bezüglich des Anmeldedatums

(1) [Verfahren im Fall der Nichterfüllung von Erfordernissen]

Erfüllt die Anmeldung zum Zeitpunkt ihres Eingangs bei dem Amt eines der anzuwendenden Erfordernisse des Artikels 5 Absatz 1 Buchstabe a oder Absatz 2 Buchstabe a nicht, so fordert das Amt den Anmelder umgehend auf, diese Erfordernisse innerhalb

tion, which time limit shall be at least one month from the date of the invitation where the applicant's address is on the territory of the Contracting Party concerned and at least two months where the applicant's address is outside the territory of the Contracting Party concerned. Compliance with the invitation may be subject to the payment of a special fee. Even if the Office fails to send the said invitation, the said requirements remain unaffected.

(2) [Filing Date in Case of Correction]

If, within the time limit indicated in the invitation, the applicant complies with the invitation referred to in paragraph (1) and pays any required special fee, the filing date shall be the date on which all the required indications and elements referred to in Article 5(1)(a) have been received by the Office and, where applicable, the required fee referred to in Article 5(2)(a) has been paid to the Office. Otherwise, the application shall be treated as if it had not been filed.

(3) [Date of Receipt]

Each Contracting Party shall be free to determine the circumstances in which the receipt of a document or the payment of a fee shall be deemed to constitute receipt by or payment to the Office in cases in which the document was actually received by or payment was actually made to

- (i) a branch or sub-office of the Office,
- (ii) a national Office on behalf of the Office of the Contracting Party, where the Contracting Party is an intergovernmental organization referred to in Article 19(1)(ii),
- (iii) an official postal service,
- (iv) a delivery service, other than an official postal service, specified by the Contracting Party.

(4) [Use of Telefacsimile]

Where a Contracting Party allows the filing of an application by telefacsimile and the application is filed by telefacsimile, the date of receipt of the telefacsimile by the Office of that Contracting Party shall constitute the date of receipt of the application, provided that the said Contracting Party may require that the original of such application reach the Office within a time limit which shall be at least one month from the day on which the telefacsimile was received by the said Office.

Rule 6

Details Concerning the Signature

(1) [Legal Entities]

Where a communication is signed on behalf of a legal entity, any Contracting Party may require that the signature, or the seal, of the natural person who signs or whose seal is used be accompanied by an indication in letters of the family or principal name and the given or secondary name or names of that person or, at the option of that person, of the name or names customarily used by the said person.

(2) [Communication by Telefacsimile]

The period referred to in Article 8(2)(b) shall not be less than one month from the date of the receipt of a transmittal by telefacsimile.

(3) [Date]

Any Contracting Party may require that a signature or seal be accompanied by an indication of the date on which the signing or sealing was effected. Where that indication is required but is not supplied, the date on which the signing or sealing is deemed to have been effected shall be the date on which the communication bearing the signature or seal was received by the Office or, if

einer in der Aufforderung angegebenen Frist zu erfüllen, die mindestens einen Monat ab dem Datum der Aufforderung beträgt, wenn sich die Anschrift des Anmelders im Gebiet der betreffenden Vertragspartei befindet, und mindestens zwei Monate, wenn sich die Anschrift des Anmelders außerhalb des Gebiets der betreffenden Vertragspartei befindet. Die Befolgung der Aufforderung kann der Zahlung einer besonderen Gebühr unterworfen werden. Selbst wenn das Amt es unterlässt, die genannte Aufforderung zu übersenden, so bleiben die genannten Erfordernisse unberührt.

(2) [Anmeldedatum im Fall einer Berichtigung]

Kommt der Anmelder innerhalb der in der Aufforderung angegebenen Frist der in Absatz 1 genannten Aufforderung nach und entrichtet er eine etwa erforderliche besondere Gebühr, so gilt als Anmeldedatum das Datum des Tages, an dem alle in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a genannten erforderlichen Angaben und Bestandteile bei dem Amt eingegangen sind und gegebenenfalls die in Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a genannte erforderliche Gebühr an das Amt entrichtet worden ist. Anderenfalls wird die Anmeldung als nicht eingereicht betrachtet.

(3) [Eingangsdatum]

Jeder Vertragspartei steht es frei zu bestimmen, unter welchen Umständen der Eingang eines Schriftstücks oder die Zahlung einer Gebühr als Eingang bei dem Amt oder Zahlung an das Amt gilt, wenn das Schriftstück oder die Zahlung tatsächlich eingegangen ist

- i) bei einer Zweigstelle oder Dienststelle des Amtes,
- ii) bei einem nationalen Amt für das Amt der Vertragspartei, soweit es sich bei der Vertragspartei um eine in Artikel 19 Absatz 1 Ziffer ii bezeichnete zwischenstaatliche Organisation handelt,
- iii) bei einem amtlichen Postdienst,
- iv) bei einem von der Vertragspartei angegebenen anderen Zustellungsdienst als dem amtlichen Postdienst.

(4) [Benutzung von Telefax]

Gestattet eine Vertragspartei die Einreichung einer Anmeldung durch Telefax und wird die Anmeldung durch Telefax eingereicht, so stellt das Datum des Eingangs des Telefaxes bei dem Amt der Vertragspartei das Datum des Eingangs der Anmeldung dar; die betreffende Vertragspartei kann jedoch verlangen, dass das Original dieser Anmeldung innerhalb einer Frist von mindestens einem Monat nach dem Datum bei ihr eingeht, zu dem das Telefax bei dem betreffenden Amt eingegangen ist.

Regel 6

Einzelheiten bezüglich der Unterschrift

(1) [Juristische Personen]

Wird eine Mitteilung im Namen einer juristischen Person unterschrieben, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass der Unterschrift oder dem Siegel der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird, eine Angabe des Familien- oder Hauptnamens und des Vor- oder Beinamens oder der Vor- oder Beinamen dieser Person, oder, nach Wahl dieser Person, des Namens oder der Namen, den oder die diese Person üblicherweise benutzt, in Buchstaben beigefügt wird.

(2) [Mitteilung durch Telefax]

Die in Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b genannte Frist darf nicht weniger als einen Monat ab dem Datum des Eingangs einer Übermittlung durch Telefax betragen.

(3) [Datum]

Jede Vertragspartei kann verlangen, dass einer Unterschrift oder einem Siegel eine Angabe über das Datum des Tages beigefügt wird, an dem die Unterschriftsleistung oder das Anbringen des Siegels erfolgte. Wird diese Angabe verlangt, ist aber nicht beigefügt worden, so gilt das Datum des Tages, an dem die Mitteilung mit der Unterschrift oder dem Siegel bei dem Amt einge-

the Contracting Party so allows, a date earlier than the latter date.

Rule 7

Manner of Identification of an Application Without its Application Number

(1) [Manner of Identification]

Where it is required that an application be identified by its application number but where such a number has not yet been issued or is not known to the applicant or his representative, that application shall be considered identified if the following is supplied:

- (i) the provisional application number, if any, given by the Office, or
- (ii) a copy of the application, or
- (iii) a reproduction of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or the representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or the representative.

(2) [Prohibition of Other Requirements]

No Contracting Party may demand that requirements other than those referred to in paragraph (1) be complied with in order for an application to be identified where its application number has not yet been issued or is not known to the applicant or his representative.

Rule 8

Details Concerning Duration and Renewal

For the purposes of Article 13(1)(c), the period during which the request for renewal may be presented and the renewal fee may be paid shall start at least six months before the date on which the renewal is due and shall end at the earliest six months after that date. If the request for renewal is presented and/or the renewal fees are paid after the date on which the renewal is due, any Contracting Party may subject the renewal to the payment of a surcharge.

gangen ist, als das Datum der Unterschriftsleistung oder des Anbringens des Siegels, beziehungsweise ein früheres Datum, sofern die Vertragspartei dies gestattet.

Regel 7

Bezeichnung einer Anmeldung bei fehlender Anmeldenummer

(1) [Art der Bezeichnung]

Wird verlangt, eine Anmeldung anhand ihrer Anmeldenummer zu bezeichnen, ist eine solche Nummer aber noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt, so gilt die Anmeldung als bezeichnet, wenn Folgendes vorgelegt wird:

- i) die von dem Amt gegebenenfalls vergebene vorläufige Anmeldenummer oder
- ii) eine Kopie der Anmeldung oder
- iii) eine Wiedergabe der Marke mit einer Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder des Vertreters die Anmeldung bei dem Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Anmelder oder dem Vertreter vergebenes Aktenzeichen.

(2) [Ausschluss anderer Erfordernisse]

Eine Vertragspartei darf nicht verlangen, dass andere als die in Absatz 1 bezeichneten Erfordernisse erfüllt werden, um eine Anmeldung zu bezeichnen, wenn deren Anmeldenummer noch nicht erteilt oder dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt ist.

Regel 8

Einzelheiten bezüglich Laufzeit und Verlängerung

Für die Zwecke des Artikels 13 Absatz 1 Buchstabe c beginnt die Frist, in welcher der Antrag auf Verlängerung gestellt und die Verlängerungsgebühr entrichtet werden kann, mindestens sechs Monate vor dem Tag, an dem die Verlängerung vorzunehmen ist, und endet frühestens sechs Monate nach diesem Tag. Wird der Antrag auf Verlängerung nach dem Tag, an dem die Verlängerung vorzunehmen war, gestellt und/oder wurden die Verlängerungsgebühren nach diesem Tag entrichtet, so kann jede Vertragspartei die Verlängerung von der Zahlung einer Zuschlagsgebühr abhängig machen.

Model International Form No. 1

Application for the Registration of a Mark

submitted to the Office of

| |
|---------------------|
| For Office use only |
|---------------------|

| |
|---|
| Reference number of applicant: ¹⁾ |
| Reference indication of representative: ¹⁾ |

1. Request for Registration

Registration of the mark reproduced in the present application is hereby requested.

¹⁾ The reference number allotted by the applicant and/or the reference number allotted by the representative to the present application may be indicated in this space.

2. Application(s)

2.1 If the applicant is a natural person, the person's

(a) family or principal name:²⁾

(b) given or secondary name(s):²⁾

2.2 If the applicant is a legal entity, the entity's full official designation:

2.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

2.4 State of nationality:

State of domicile:

State of establishment:³⁾

2.5 Where the applicant is a legal entity, indicate

– the legal nature of the legal entity:

– the State, and, where applicable, the territorial unit within that State, under the law of which the legal entity is organized:

2.6 Check this box if there is more than one applicant; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 2.1 or 2.2, 2.3, 2.4 and 2.5.⁴⁾

²⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are either the full names of the applicant or the names customarily used by the applicant.

³⁾ "Establishment" means a real and effective industrial or commercial establishment.

⁴⁾ Where several applicants are listed on the additional sheet with different addresses and there is no representative, the address for correspondence must be underlined on the additional sheet.

3. Representative

3.1 The applicant is not represented.

3.2 The applicant is represented.

3.2.1 Identification of the representative

3.2.1.1 Name:

3.2.1.2 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)Telefacsimile number(s):
(with the area code)

3.2.2 The power of attorney is already in the possession of the Office.
Serial number:⁵⁾

3.2.3 The power of attorney is attached.

3.2.4 The power of attorney will be furnished at a later date.

3.2.5 No power of attorney is needed.

4. Address for Service⁶⁾

⁵⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the applicant or the representative.

⁶⁾ An address for service must be indicated in the space available under the title of item 4 where the applicant does not have or, if there is more than one applicant, where none of the applicants has a domicile or a real and effective industrial or commercial establishment on the territory of the Contracting Party whose Office is the Office named on the first page of the present application, except where a representative is indicated in item 3.

5. Claiming of Priority

The applicant hereby claims the following priority:

5.1 Country (Office) of first filing:⁷⁾

5.2 Date of first filing:

5.3 Application number of first filing (if available):

5.4 The certified copy of the application the priority of which is claimed⁸⁾

5.4.1 is attached.

5.4.2 will be furnished within three months from the filing date of the present application.

5.5 The translation of the certified copy

5.5.1 is attached.

5.5.2 will be furnished within three months from the filing date of the present application.

5.6 Check this box if there is more than one filing whose priority is claimed; in that case, list them in an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the information referred to in items 5.1, 5.2, 5.3, 5.4 and 5.5 and the goods and/or services mentioned in each of them.

⁷⁾ Where the application the priority of which is claimed was filed with an Office other than a national Office (e.g., OAPI, the Benelux Trademark Office and the Office for Harmonization in the Internal Market (trade marks and designs), the name of that Office has to be indicated instead of the name of a country. Otherwise, not the name of the Office but the name of the country must be indicated.

⁸⁾ "Certified copy" means a copy of the application the priority of which is claimed, certified as being in conformity with the original by the Office which received such application.

6. Registration(s) in the Country (Office) of Origin⁹⁾

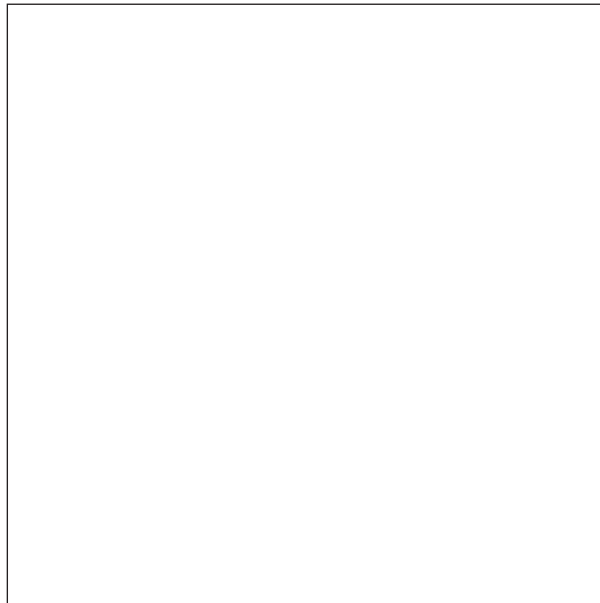
The certificate(s) of registration in the country (Office) of origin is (are) attached.

7. Protection Resulting From Display in an Exhibition

Check this box if the applicant wishes to take advantage of any protection resulting from the display of goods and/or services in an exhibition. In that case, give the details on an additional sheet.

8. Reproduction of the Mark

(8 cm x 8 cm)



⁹⁾ To be filled in where the applicant wishes to furnish evidence under Article 6^{quinquies} A (1) of the Paris Convention when filing the application.

8.1 The applicant wishes that the Office register and publish the mark in the standard characters used by it.¹⁰⁾

8.2 Color is claimed as a distinctive feature of the mark.

8.2.1 Name(s) of the color(s) claimed:

8.2.2 Principal parts of the mark which are in that (those) color(s):

8.3 The mark is three-dimensional.

...¹¹⁾ different views of the mark are attached.

8.4 ...¹²⁾ reproduction(s) of the mark in black and white is (are) attached.

8.5 ...¹²⁾ reproduction(s) of the mark in color is (are) attached.

9. Transliteration of the Mark

This mark or part of the mark is transliterated as follows:

10. Translation of the Mark

The mark or part of the mark is translated as follows:

¹⁰⁾ Such a wish cannot be expressed in respect of marks which contain or consist of figurative elements. If, in the opinion of the Office, they do contain such elements, the Office will ignore the wish of the applicant and will register and publish the mark as appearing in the square.

¹¹⁾ If several different views of the mark are not included in the square provided in item 8 but are attached, check this box and indicate the number of those different views.

¹²⁾ Indicate the number of reproductions in black and white and/or color.

11. Goods and/or Services

Names of the goods and/or services:¹³⁾

Check this box if the space above is not sufficient; in that case, give the names of the goods and/or services on an additional sheet.

12. Declaration Concerning Intention to Use or Actual Use; Evidence of Actual Use

12.1 Check this box if a declaration is attached.

12.2 Check this box if evidence of actual use is attached.

13. Requirements Relating to Languages

Check this box if an attachment is enclosed in order to comply with any language requirement applicable with respect to the Office.¹⁴⁾

¹³⁾ Where the goods and/or services belong to more than one class of the Nice Classification, they must be grouped according to the classes of that Classification. The number of each class must be indicated and the goods and/or services belonging to the same class must be grouped following the indication of the number of that class. Each group of goods or services must be presented in the order of the classes of the Nice Classification. Where all the goods or services belong to one class of the Nice Classification, the number of that class must be indicated.

¹⁴⁾ This box is not to be used if the Office does not admit more than one language.

14. Signature or Seal

14.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:

14.2 Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the

14.2.1 applicant.

14.2.2 representative.

14.3 Date of signature or of sealing:

14.4 Signature or seal:

15. Fee(s)

15.1 Currency and amount(s) of the fee(s) paid in connection with the present application:

15.2 Method of payment:

16. Additional Sheets and Attachments

Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:

Model International Form No. 2

Power of Attorney

for procedure before the Office of

For Office use only

Reference number of person
making the appointment:¹⁾

1. Appointment

The undersigned hereby appoints as his representative the person identified in item 3, below.

2. Name of the Person Making the Appointment²⁾

3. Representative

3.1 Name

3.2 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

¹⁾ The reference number allotted by the person making the appointment to this power of attorney may be indicated in this space.

²⁾ If the person making the appointment is the applicant (or one of the applicants), the name to be indicated is that of that applicant, as indicated in the application(s) to which this power relates. If the said person is the holder (or one of the holders), the name to be indicated is that of that holder, as recorded in the register of marks. If the said person is an interested person other than an applicant or holder, the name to be indicated is the full name of that person or the name customarily used by that person.

4. Application(s) and/or Registration(s) Concerned

This power of attorney concerns:

- 4.1 all existing and future applications and/or registrations of the person making the appointment, subject to any exception indicated on an additional sheet.
- 4.2 the following application(s) and/or registration(s):
- 4.2.1 the application(s) concerning the following mark(s):³⁾
- 4.2.2 the application(s) having the following application number(s)⁴⁾ as well as any registration(s) resulting therefrom:
- 4.2.3 the registration(s) having the following registration number(s):
- 4.2.4 If the spaces under 4.2.1, 4.2.2 or 4.2.3 are not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.
-

³⁾ Complete this item if the power of attorney is filed with the Office together with the application(s).

⁴⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the applicant or his representative, that application may be identified by furnishing either:

- (i) the provisional application number, if any, given by the Office, or
(ii) a copy of the application, or

- (iii) a reproduction of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or his representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or his representative.

5. Scope of the Power of Attorney

5.1 Check this box if the representative has the right to act as representative for all purposes, including, where the person making the appointment is an applicant or a holder, the following purposes:

5.1.1 withdrawal of the application(s).

5.1.2 surrender of the registration(s).

5.2 Check this box if the representative does not have the right to act as representative for all purposes and indicate here or on an additional sheet the purposes excluded from the powers of the representative:

6. Signature or Seal

6.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:

6.2 Date of signature or of sealing:

6.3 Signature or seal:

7. Additional Sheets and Attachments

Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:

Model International Form No. 3

**Request for the Recordal of Change(s)
in Name(s) or Address(es)**

in respect of registration(s) and/or
application(s) for registration of mark(s)

submitted to the Office of

For Office use only

Reference number of holder
and/or applicant:¹⁾
Reference number of representative:¹⁾

1. Request for Recordal

The recordal of the change(s) indicated in the present request is hereby requested.

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present request concerns the following registration(s) and/or application(s):

2.1 Registration number(s):

2.2 Application number(s):²⁾

2.3 If the spaces under 2.1 or 2.2 are not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.

¹⁾ The reference number allotted by the holder and/or applicant and/or the reference number allotted by the representative to the present request may be indicated in this space.

²⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the applicant or his representative, that application may be identified by furnishing either:

(i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

(ii) a copy of the application, or

(iii) a reproduction of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or his representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or his representative.

3. Holder(s) and/or Applicant(s)

3.1 If the holder and/or applicant is a natural person, the person's

- a) family or principal name:³⁾
- b) given or secondary name(s):³⁾

3.2 If the holder and/or applicant is a legal entity, the entity's full official designation:

3.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

3.4 Check this box if there is more than one holder and/or applicant; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 3.1 or 3.2 and 3.3.

4. Representative

4.1 Name:

4.2 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

4.3 Serial number of the power of attorney:⁴⁾

5. Address for Service

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present request relates.

⁴⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the holder and/or applicant or the representative.

6. Indication of the Change(s)

6.1 Data to be changed:

Data as changed:⁵⁾

6.2 Check this box if the above space is insufficient; in that case, indicate on an additional sheet the data to be changed with the data as changed.

7. Signature or Seal

7.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:

7.2 Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the

7.2.1 holder and/or applicant.

7.2.2 representative.

7.3 Date of signature or of sealing:

7.4 Signature or seal:

8. Fee

8.1 Currency and amount of the fee paid in connection with the present request for the recordal of change(s):

8.2 Method of payment:

9. Additional Sheets and Attachments

Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:

⁵⁾ Indicate the name(s) and/or address(es) as changed.

Model International Form No. 4

**Request for the Recordal of a Change
in Ownership**

in respect of registration(s) and/or
application(s) for registration of mark(s)

submitted to the Office of

| |
|---------------------|
| For Office use only |
|---------------------|

| |
|--|
| Reference number of holder and/or applicant: ¹⁾ Reference number of representative: ¹⁾ |
|--|

1. Request for Recordal

The recordal of the change in ownership indicated in the present request is hereby requested.

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present request concerns the following registration(s) and/or application(s):

2.1 Registration number(s):

2.2 Application number(s):²⁾

2.3 If the spaces under 2.1 or 2.2 are not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.

¹⁾ The reference number allotted by the holder an/or applicant and/or the reference number allotted by the representative to the present request may be indicated in this space.

²⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the applicant or his representative, that application may be identified by furnishing either:

(i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

(ii) a copy of the application, or

(iii) a reproduction of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or his representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or his representative.

3. Goods and/or Services Affected by the Change

- 3.1 Check this box where all the goods and/or services listed in the application(s) and/or registration(s) referred to in item 2 are affected by the change.
- 3.2 Check this box where item 2 mentions only one application or registration and where only some of the goods and/or services listed in that application or registration are affected by the change and indicate the goods and/or services that should appear in the application or registration of the new owner (in which case the goods and/or services not indicated will remain in the application or registration of the applicant or holder):
- 3.3 Check this box where item 2 mentions more than one application or registration and if in respect of at least one of them the change affects less than all the goods and/or services listed. In this case, indicate on an additional sheet, separately in respect of each application and/or registration, whether the change affects all the goods and/or services or only some of them. In respect of any application or registration where only some of the goods and/or services are affected by the change, make the indication in the way specified in item 3.2.

4. Basis for the Change in Ownership

- 4.1 The change in ownership results from a contract.

One of the following documents is enclosed:

- 4.1.1 a copy, certified as being in conformity with the original, of the contract.
- 4.1.2 an extract, certified as being a true extract, of the contract.
- 4.1.3 a certificate of transfer.
- 4.1.4 a transfer document.
- 4.2 The change in ownership results from a merger.

A copy, certified as being in conformity with the original, of the following document, evidencing the merger, is enclosed:

- 4.2.1 extract from the register of commerce.
- 4.2.2 other document originating from the competent authority.
- 4.3 The change in ownership does not result from a contract or a merger.
- 4.3.1 A copy, certified as being in conformity with the original, of a document evidencing the change is enclosed.
-

5. Holder(s) and/or Applicant(s)

5.1 If the holder and/or applicant is a natural person, the person's

- (a) family or principal name:³⁾
- (b) given or secondary name(s):³⁾

5.2 If the holder and/or applicant is a legal entity, the entity's full official designation:

5.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

5.4 Check this box if there is more than one holder and/or applicant affected by the change; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 5.1 or 5.2 and 5.3.

5.5 Check this box if the holder and/or applicant, or one of the holders and/or applicants, has changed names and/or addresses without requesting the recordal of that change, and enclose a document evidencing that the person having transferred the ownership and the holder and/or applicant are the same person.

6. Representative of the Holder and/or Applicant

6.1 Name:

6.2 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

6.3 Serial number of the power of attorney: ⁴⁾

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present request relates.

⁴⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the holder and/or applicant or the representative.

7. Address for Service of the Holder and/or Applicant

8. New Owner(s)

8.1 If the new owner is a natural person, the person's

- a) family or principal name:⁵⁾
- b) given or secondary name(s):⁵⁾

8.2 If the new owner is a legal entity, the entity's full official designation:

8.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

8.4 State of nationality:

State of domicile:

State of establishment:⁶⁾

8.5 Where the new owner is a legal entity, indicate

– the legal nature of the legal entity:

– the State, and, where applicable, the territorial unit within that State, under the law of which the legal entity is organized:

8.6 Check this box if there is more than one new owner; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 8.1 or 8.2, 8.3, 8.4 and 8.5.⁷⁾

⁵⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are either the full names of the new owner or the names customarily used by the new owner.

⁶⁾ "Establishment" means a real and effective industrial or commercial establishment.

⁷⁾ Where several new owners are listed on the additional sheet with different addresses and there is no representative, the address for correspondence must be underlined on the additional sheet.

9. Representative of the New Owner

9.1 The new owner is not represented.

9.2 The new owner is represented.

9.2.1 Identification of the representative

9.2.1.1 Name:

9.2.1.2 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

9.2.2 The power of attorney is already in the possession of the Office. Serial number:⁸⁾

9.2.3 The power of attorney is attached.

9.2.4 The power of attorney will be furnished at a later date.

9.2.5 No power of attorney is needed.

10. Address for Service of the New Owner⁹⁾

⁸⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the new owner or the representative.

⁹⁾ An address for service must be indicated in the space available under the title of item 10 where the new owner does not have or, if there is more than one new owner, where none of the new owners has a domicile or a real and effective industrial or commercial establishment on the territory of the Contracting Party whose Office is the Office named on the first page of the present request, except where a representative is indicated in item 9.

11. Signature or Seal

11.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:

11.2 Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the

11.2.1 holder and/or applicant.

11.2.2 new owner.

11.2.3 representative.

11.3 Date of signature or of sealing:

11.4 Signature or seal:

12. Fee

12.1 Currency and amount of the fee paid in connection with the present request for the recordal of a change in ownership:

12.2 Method of payment:

13. Additional Sheets and Attachments

Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:

Model International Form No. 5

Certificate of Transfer

in respect of registration(s) and/or
application(s) for registration of mark(s)

submitted to the Office of

For Office use only

1. Certification

The undersigned transferor(s) and transferee(s) hereby certify that the ownership of the registration(s) and/or application(s) identified below has been transferred by contract.

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present certificate concerns the transfer of the following registration(s) and/or application(s):

2.1 Registration number(s):

2.2 Application number(s):¹⁾

2.3 If the spaces under 2.1 or 2.2 are not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.

¹⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the transferor or his representative, that application may be identified by furnishing either:

(i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

(ii) a copy of the application, or

(iii) a reproduction of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the transferor or his representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the transferor or his representative.

3. Goods and/or Services Affected by the Transfer

- 3.1 Check this box where all the goods and/or services listed in the application(s) and/or registration(s) referred to in item 2 have been affected by the transfer.
- 3.2 Check this box where item 2 mentions only one application or registration and where only some of the goods and/or services listed in that application or registration have been affected by the transfer and indicate the goods and/or services that have been affected by the transfer:
- 3.3 Check this box where item 2 mentions more than one application or registration and if in respect of at least one of them the transfer has affected less than all the goods and/or services listed. In this case, indicate on an additional sheet, separately in respect of each application and/or registration, whether the transfer affected all the goods and/or services or only some of them. In respect of any application or registration where only some of the goods and/or services were affected by the transfer, make the indication in the way specified in item 3.2.
-

4. Transferor(s)

- 4.1 If the transferor is a natural person, the person's
(a) family or principal name:²⁾
(b) given or secondary name(s):²⁾
- 4.2 If transferor is a legal entity, the entity's full official designation:
- 4.3 Address (including postal code and country):
- Telephone number(s):
(with the area code)
- Telefacsimile number(s):
(with the area code)
- 4.4 Check this box if there is more than one transferor; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 4.1 or 4.2 and 4.3.
-

²⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present certificate relates.

5. Transferee(s)

5.1 If the transferee is a natural person, the person's

- (a) family or principal name: ³⁾
- (b) given or secondary name(s):³⁾

5.2 If the transferee is a legal entity, the entity's full official designation:

5.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

5.4 Check this box if there is more than one transferee; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 5.1 or 5.2 and 5.3.

6. Signatures or Seals

6.1 Signature(s) or seal(s) of the transferor(s)

6.1.1 Name(s) of the natural person(s) who sign(s) or whose seal(s) is (are) used:

6.1.2 Date of signature(s) or of sealing(s):

6.1.3 Signature(s) or seal(s):

6.2 Signature(s) or seal(s) of the transferee(s)

6.2.1 Name(s) of the natural person(s) who sign(s) or whose seal(s) is (are) used:

6.2.2 Date of signature(s) or of sealing(s):

6.2.3 Signature(s) or seal(s):

7. Additional Sheets and Attachments

Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are either the full names of the transferee or the names customarily used by the transferee.

Model International Form No. 6

Transfer Document

in respect of registration(s) and/or
application(s) for registration of mark(s)

submitted to the Office of

For Office use only

1. Declaration of Transfer

The undersigned transferor(s) transfers (transfer) to the undersigned transferee(s) the ownership of the registration(s) and/or application(s) identified below.

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present document concerns the transfer of the following registration(s) and/or application(s):

2.1 Registration number(s):

2.2 Application number(s):¹⁾

2.3 If the spaces under 2.1 or 2.2 are not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.

¹⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the transferor or his representative, that application may be identified by furnishing either:

(i) the provisional application number, if any, given by the Office, or

(ii) a copy of the application, or

(iii) a reproduction of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the transferor or his representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the transferor or his representative.

3. Goods and/or Services Affected by the Transfer

- 3.1 Check this box where all the goods and/or services listed in the application(s) and/or registration(s) referred to in item 2 are affected by the transfer.
- 3.2 Check this box where item 2 mentions only one application or registration and where only some of the goods and/or services listed in that application or registration are affected by the transfer and indicate the goods and/or services that are affected by the transfer:
- 3.3 Check this box where item 2 mentions more than one application or registration and if in respect of at least one of them the transfer affects less than all the goods and/or services listed. In this case, indicate on an additional sheet, separately in respect of each application and/or registration, whether the transfer affects all the goods and/or services or only some of them. In respect of any application or registration where only some of the goods and/or services that are affected by the transfer, make the indication in the way specified in item 3.2.
-

4. Transferor(s)

- 4.1 If the transferor is a natural person, the person's
(a) family or principal name: ²⁾
(b) given or secondary name(s):²⁾
- 4.2 If the transferor is a legal entity, the entity's full official designation:
- 4.3 Address (including postal code and country):
- Telephone number(s):
(with the area code)
- Telefacsimile number(s):
(with the area code)
- 4.4 Check this box if there is more than one transferor; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 4.1 or 4.2 and 4.3.
-

²⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present document relates.

5. Transferee(s)

5.1 If the transferee is a natural person, the person's

(a) family or principal name:³⁾

(b) given or secondary name(s):³⁾

5.2 If the transferee is a legal entity, the entity's full official designation:

5.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

5.4 Check this box if there is more than one transferee; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 5.1 or 5.2 and 5.3.

6. Additional Indications (see the Annex to this Form (attached))

(the furnishing of any of those indications is optional for the purposes of recordal of the change in ownership)

Check this box if the Annex is used.

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are either the full names of the transferee or the names customarily used by the transferee.

7. Signatures or Seals

7.1 Signature(s) or seal(s) of the transferor(s)

7.1.1 Name(s) of the natural person(s) who sign(s) or whose seal(s) is (are) used:

7.1.2 Date of signature(s) or of sealing(s):

7.1.3 Signature(s) or seal(s):

7.2 Signature(s) or seal(s) of the transferee(s)

7.2.1 Name(s) of the natural person(s) who sign(s) or whose seal(s) is (are) used:

7.2.2 Date of signature(s) or of sealing(s):

7.2.3 Signature(s) or seal(s):

8. Additional Sheets, Attachments and Annex

Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:

Check this box if an Annex is enclosed and indicate the number of the pages of the Annex and the number of any additional sheets to the Annex:

Annex to Form No. 6**Additional Indications Relating
to a Transfer Document (Item 6)****A. Transfer of Goodwill or Business**

- (a) Check this box where the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of all the goods and/or services listed in the application(s) and/or registration(s) referred to in item 2 of the transfer document.
- (b) Check this box where item 2 of the transfer document mentions only one application or registration and where the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of only some of the goods and/or services listed in that application or registration and indicate the goods and/or services in respect of which the transfer is made with the relevant goodwill or the business:
- (c) Check this box where item 2 of the transfer document mentions more than one application or registration and if in respect of at least one of them the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of less than all the goods and/or services listed. In this case, indicate on an additional sheet, separately in respect of each application and/or registration, whether the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of all the goods and/or services or only some of them. In respect of any application or registration where the transfer is made with the relevant goodwill or the business in respect of only some of the goods and/or services, make the indication in the way specified in item (b).

B. Transfer of Rights Resulting from Use

The rights, arising from the use of the mark, are transferred in respect of

- (a) all registration(s) and/or application(s).
- (b) only the following registration(s) and/or application(s):

C. Transfer of the Right to Sue

- The transferee shall have the right to sue for past infringements.

D. Consideration

- (a) The transfer is effected in consideration for money received.
- (b) The transfer is effected in consideration for money received and other good and valuable consideration.
- (c) The transferor hereby acknowledges receipt of the above-mentioned consideration.

E. Effective Date of the Transfer

- (a) The transfer is effective as of the date of signature of the present transfer document.
- (b) The transfer is effective as of the following date: ...

Model International Form No. 7

Request for the Correction of Mistake(s)

in registration(s) and/or application(s) for registration of marks

submitted to the Office of

| |
|---------------------|
| For Office use only |
|---------------------|

| |
|--|
| Reference number of holder and/or applicant: ¹⁾ Reference number of representative: ¹⁾ |
|--|

1. Request for Correction

The correction(s) identified in the present request is (are) hereby requested.

2. Registration(s) and/or Application(s) Concerned

The present request concerns the following registration(s) and/or application(s):

2.1 Registration number(s):

2.2 Application number(s):²⁾

2.3 If the spaces under 2.1 or 2.2 are not sufficient, check this box and provide the information on an additional sheet.

¹⁾ The reference number allotted by the holder and/or applicant and/or the reference number allotted by the representative to the present request may be indicated in this space.

²⁾ Where the application number of an application has not yet been issued or is not known to the applicant or his representative, that application may be identified by furnishing either:

- (i) the provisional application number, if any, given by the Office, or
- (ii) a copy of the application, or

- (iii) a reproduction of the mark, accompanied by an indication of the date on which, to the best knowledge of the applicant or his representative, the application was received by the Office and an identification number given to the application by the applicant or his representative.

3. Holder(s) and/or Applicant(s)

3.1 If the holder and/or applicant is a natural person, the person's

(a) family or principal name:³⁾

(b) given or secondary name(s):³⁾

3.2 If the holder and/or applicant is a legal entity, the entity's full official designation:

3.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

3.4 Check this box if there is more than one holder and/or applicant; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 3.1 or 3.2 and 3.3.

4. Representative

4.1 Name

4.2 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

4.3 Serial number of the power of attorney:⁴⁾

5. Address for Service

6. Indication of Mistake(s) and Correction(s)

6.1 Data to be corrected:

Data as corrected:

6.2 Check this box if the above space is insufficient; in that case, indicate on an additional sheet the data to be corrected with the data as corrected.

³⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which were indicated in the application(s), or are recorded in respect of the registration(s), to which the present request relates.

⁴⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the holder and/or applicant or the representative.

7. Signature or Seal

7.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:

7.2 Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the

7.2.1 holder and/or applicant.

7.2.2 representative.

7.3 Date of signature or of sealing:

7.4 Signature or seal:

8. Fee

8.1 Currency and amount of the fee paid in connection with the present request for correction:

8.2 Method of payment:

9. Additional Sheets and Attachments

Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:

Model International Form No. 8

Request for the Renewal of a Registration

submitted to the Office of

| |
|---------------------|
| For Office use only |
|---------------------|

| |
|---|
| Reference number of holder: ¹⁾ |
| Reference number of representative: ¹⁾ |

1. Indication That a Renewal is Sought

The renewal of the registration identified in the present request is hereby requested.

2. Registration Concerned

2.1 Registration number:

2.2 Filing date of the application which resulted in the registration:

Registration date:

¹⁾ The reference number allotted by the holder and/or the reference number allotted by the representative to the present request for renewal may be indicated in this space.

3. Holder(s)

3.1 If the holder is a natural person, the person's

- (a) family or principal name:²⁾
- (b) given or secondary name(s):²⁾

3.2 If the holder is a legal entity, the entity's full official designation:

3.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

3.4 Check this box if there is more than one holder; in that case, list them on an additional sheet and indicate, in respect of each of them, the data referred to in items 3.1 or 3.2 and 3.3.

4. Representative of the Holder

4.1 Name:

4.2 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

4.3 Serial number of the power of attorney:³⁾

5. Address for Service of the Holder

²⁾ The names to be indicated under (a) and (b) are those which are recorded in respect of the registration to which the present request relates.

³⁾ To be left blank if the power of attorney has not, or has not yet, been allotted a serial number or if the serial number is not yet known to the holder or the representative.

6. Goods and/or Services⁴⁾

6.1 Renewal is requested for all the goods and/or services covered by the registration.

6.2 Renewal is only requested for the following goods and/or services covered by the registration:⁵⁾

6.3 Renewal is requested for all the goods and/or services covered by the registration except the following:⁶⁾

6.4 Check this box if the above space is insufficient and use an additional sheet.

7. Person, Other Than the Holder or the Representative of the Holder, who Files the Present Request for Renewal

Important: A person other than the holder or the representative of the holder may file a request for renewal only where the Contracting Party concerned allows it. Consequently, the present item cannot be completed if the Contracting Party whose Office is the Office identified on the first page of the present request for renewal does not allow a request for renewal to be filed by a person other than the holder or the representative of the holder.

Check this box if the present request for renewal is filed by a person other than the holder or the representative of the holder.

7.1 If the person is a natural person, the person's

(a) family or principal name:

(b) given or secondary name(s):

7.2 If the person is a legal entity, the entity's full official designation:

7.3 Address (including postal code and country):

Telephone number(s):
(with the area code)

Telefacsimile number(s):
(with the area code)

⁴⁾ Check only one of boxes 6.1, 6.2 or 6.3.

⁵⁾ The list of the goods and/or services for which renewal is requested must be presented in the same way as it appears in the registration (grouping according to the classes of the Nice Classification, starting with an indication of the number of the relevant class and, where the goods or services belong to more than one class, presentation in the order of the classes of that Classification).

⁶⁾ The goods and/or services for which renewal is not requested must, where they belong to more than one class of the Nice Classification, be grouped according to the classes of that Classification, starting with an indication of the number of the relevant class and presented in the order of the classes of the said Classification.

8. Signature or Seal

8.1 Name of the natural person who signs or whose seal is used:

8.2 Check the appropriate box according to whether the signature is given, or the seal is used, by or on behalf of the

8.2.1 holder.

8.2.2 representative of the holder.

8.2.3 person referred to in item 7.

8.3 Date of signature or of sealing:

8.4 Signature or seal:

9. Fee

9.1 Currency and amount of the fee paid in connection with the present request for renewal:

9.2 Method of payment:

10. Additional Sheets and Attachments

Check this box if additional sheets and/or attachments are enclosed and indicate the total number of such sheets and/or attachments:

Muster des Internationalen Formblatts Nr. 1

Anmeldung zur Eintragung einer Marke

vorgelegt bei dem Amt

| |
|-------------------------|
| Nur vom Amt auszufüllen |
|-------------------------|

| |
|--|
| Aktenzeichen des Anmelders: ¹⁾ |
| Aktenzeichen des Vertreters: ¹⁾ |

1. Antrag auf Eintragung

Hiermit wird die Eintragung der in der vorliegenden Anmeldung wiedergegebenen Marke beantragt.

¹⁾ Hier kann das der vorliegenden Anmeldung vom Anmelder zugewiesene Aktenzeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Aktenzeichen angegeben werden.

2. Anmelder

2.1 Handelt es sich bei dem Anmelder um eine natürliche Person,

- a) deren Familien- oder Hauptname:²⁾
- b) deren Vor- oder Beiname(n):²⁾

2.2 Handelt es sich bei dem Anmelder um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:

2.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

2.4 Staatsangehörigkeit (Staat):

Wohnsitz (Staat):

Niederlassung (Staat):³⁾

2.5 Handelt es sich bei dem Anmelder um eine juristische Person, so sind anzugeben

- deren Rechtsnatur:
- der Staat sowie gegebenenfalls die Gebietseinheit innerhalb dieses Staates, nach deren Recht die juristische Person gegründet wurde:

2.6 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehr als einen Anmelder handelt; in diesem Fall sind sie auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 2.1 oder 2.2, 2.3, 2.4 und 2.5 genannten Angaben zu machen.⁴⁾

²⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind entweder die vollen Namen oder die vom Anmelder üblicherweise benutzten Namen.

³⁾ „Niederlassung“ bezieht sich auf eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung.

⁴⁾ Sind mehrere Anmelder mit unterschiedlichen Anschriften auf dem Zusatzblatt angegeben und ist ein Vertreter nicht bestellt, so ist die Anschrift für den Schriftwechsel auf dem Zusatzblatt zu unterstreichen.

3. Vertreter

3.1 Der Anmelder wird nicht vertreten.

3.2 Der Anmelder wird vertreten.

3.2.1 Bezeichnung des Vertreters

3.2.1.1 Name:

3.2.1.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

3.2.2 Die Vollmacht liegt dem Amt bereits vor.
Laufende Nummer:⁵⁾

3.2.3 Die Vollmacht ist beigefügt.

3.2.4 Die Vollmacht wird zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt.

3.2.5 Eine Vollmacht ist nicht erforderlich.

4. Zustellungsanschrift⁶⁾

⁵⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Anmelder oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

⁶⁾ Unter Nummer 4 ist eine Zustellungsanschrift anzugeben, wenn der Anmelder keinen Wohnsitz oder keine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung im Gebiet der Vertragspartei hat oder, wenn es sich um mehrere Anmelder handelt, keiner der Anmelder einen Wohnsitz oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung im Gebiet der Vertragspartei hat, deren Amt das auf der ersten Seite der vorliegenden Anmeldung genannte Amt ist, es sei denn, dass unter Nummer 3 ein Vertreter angegeben ist.

5. Beanspruchung einer Priorität

Der Anmelder beansprucht hiermit folgende Priorität:

5.1 Land (Amt) der Erstanmeldung:⁷⁾

5.2 Datum der Erstanmeldung:

5.3 Nummer der Erstanmeldung (falls vorhanden):

5.4 Die beglaubigte Kopie der Anmeldung, deren Priorität beansprucht wird⁸⁾

5.4.1 liegt bei.

5.4.2 wird innerhalb von drei Monaten ab dem Anmeldedatum der vorliegenden Anmeldung vorgelegt.

5.5 Die Übersetzung der beglaubigten Kopie

5.5.1 liegt bei.

5.5.2 wird innerhalb von drei Monaten ab dem Anmeldedatum der vorliegenden Anmeldung vorgelegt.

5.6 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, falls die Priorität von mehr als einer Anmeldung beansprucht wird; in diesem Fall sind die Anmeldungen auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jede von ihnen sind die unter den Nummern 5.1, 5.2, 5.3, 5.4 und 5.5 genannten Angaben und die jeweiligen Waren und/oder Dienstleistungen anzugeben.

⁷⁾ Wurde die Anmeldung, deren Priorität beansprucht wird, bei einem anderen als einem nationalen Amt eingereicht (z.B. OAPI, dem Benelux-Markenamt und dem Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)), so ist der Name dieses Amtes anstelle des Namens eines Landes anzugeben. Anderenfalls ist nicht der Name des Amtes, sondern der Name des Landes anzugeben.

⁸⁾ „Beglaubigte Kopie“ bedeutet eine Kopie der Anmeldung, deren Priorität beansprucht wird, für die das Amt, das die Anmeldung erhalten hat, die Übereinstimmung mit dem Original bestätigt.

6. Eintragung(en) im Ursprungsland (bei der Ursprungsbehörde)⁹⁾

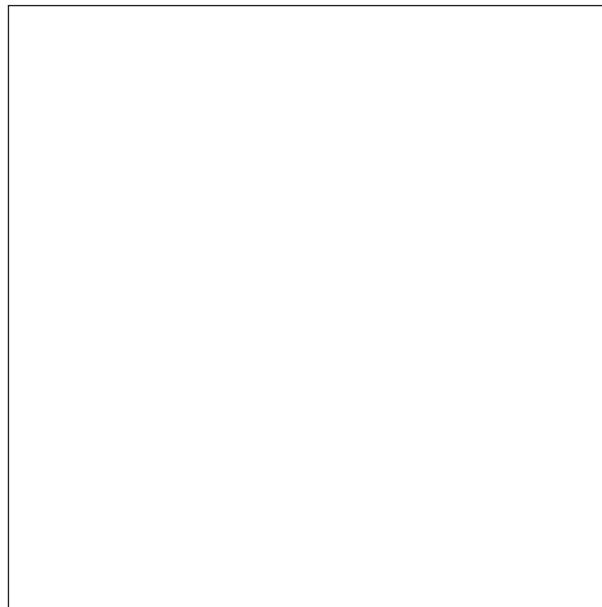
- Die Bestätigung(en) über die Eintragung im Ursprungsland (bei der Ursprungsbehörde) ist (sind) beigelegt.
-

7. Schutz aufgrund einer Zurschaustellung auf einer Ausstellung

- Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn sich der Anmelder den Schutz aus der Zurschaustellung von Waren und/oder Dienstleistungen auf einer Ausstellung zunutze machen möchte. In diesem Fall sind die Einzelheiten auf einem Zusatzblatt anzugeben.
-

8. Wiedergabe der Marke

(8 cm x 8 cm)



⁹⁾ Diese Nummer ist auszufüllen, wenn der Anmelder bei Einreichung der Anmeldung Nachweise nach Artikel 6^{quinquies} A(1) der Pariser Verbandsübereinkunft vorlegen möchte.

8.1 Der Anmelder wünscht, dass das Amt die Marke in den von dem Amt benutzten üblichen Schriftzeichen einträgt und veröffentlicht.¹⁰⁾

8.2 Farbe wird als unterscheidendes Merkmal der Marke beansprucht.

8.2.1 Name(n) der beanspruchten Farbe(n):

8.2.2 In dieser (diesen) Farbe(n) ausgeführte Hauptbestandteile der Marke:

8.3 Es handelt sich um eine dreidimensionale Marke.

...¹¹⁾ verschiedene Ansichten der Marke sind beigefügt.

8.4 ...¹²⁾ Wiedergabe(n) der Marke in Schwarzweiß ist (sind) beigefügt.

8.5 ...¹²⁾ Wiedergabe(n) der Marke in Farbe ist (sind) beigefügt.

9. Transliteration der Marke

Die Marke oder ein Teil der Marke ist wie folgt transliteriert:

10. Übersetzung der Marke

Die Marke oder ein Teil der Marke ist wie folgt übersetzt:

¹⁰⁾ Dieser Wunsch ist unzulässig bei Marken, die bildliche Elemente enthalten oder aus solchen bestehen. Enthalten die Marken nach Auffassung des Amtes solche Elemente, so lässt das Amt den Wunsch des Anmelders unberücksichtigt und trägt die Marke so ein und veröffentlicht sie, wie sie in dem Quadrat dargestellt ist.

¹¹⁾ Sind die verschiedenen Ansichten der Marke nicht in dem unter Nummer 8 vorgesehenen Quadrat enthalten, sondern beigefügt, so ist dieses Kästchen anzukreuzen und die Anzahl der verschiedenen Ansichten anzugeben.

¹²⁾ Anzahl der Wiedergaben in Schwarzweiß und/oder in Farbe.

11. Waren und/oder Dienstleistungen

Namen der Waren und/oder Dienstleistungen:¹³⁾

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der obige Platz nicht ausreicht; in diesem Fall sind die Namen der Waren und/oder Dienstleistungen auf einem Zusatzblatt anzugeben.

12. Erklärung über die Absicht der Benutzung oder über die tatsächliche Benutzung; Nachweis über die tatsächliche Benutzung

12.1 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn eine Erklärung beigefügt ist.

12.2 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Nachweise über die tatsächliche Benutzung beigefügt sind.

13. Erfordernisse bezüglich Sprachen

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn ein Beiblatt über die Erfüllung der bei dem Amt geltenden Spracherfordernisse beigefügt ist.¹⁴⁾

¹³⁾ Gehören die Waren und/oder Dienstleistungen zu mehr als einer Klasse der Nizzaer Klassifikation, so müssen sie nach den Klassen dieser Klassifikation in Gruppen zusammengefasst werden. Die Nummer jeder Klasse muss angegeben werden, und die Waren und/oder Dienstleistungen, die zu derselben Klasse gehören, müssen nach der Angabe der Nummer der Klasse in Gruppen zusammengefasst werden. Jede Gruppe von Waren- oder Dienstleistungen muss in der Reihenfolge der Klassen der Nizzaer Klassifikation angeordnet sein. Gehören alle Waren oder Dienstleistungen zu einer Klasse der Nizzaer Klassifikation, so muss die Nummer dieser Klasse angegeben werden.

¹⁴⁾ Dieses Kästchen ist nicht zu benutzen, wenn das Amt nicht mehr als eine Sprache zulässt.

14. Unterschrift oder Siegel

14.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:

14.2 Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für

14.2.1 den Anmelder.

14.2.2 den Vertreter.

14.3 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:

14.4 Unterschrift oder Siegel:

15. Gebühr(en)

15.1 Währung und Betrag der im Zusammenhang mit der vorliegenden Anmeldung entrichteten Gebühr(en):

15.2 Zahlungsweise:

16. Zusatzblätter und Beiblätter

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; die Gesamtzahl dieser Blätter ist anzugeben:

Muster des Internationalen Formblatts Nr. 2

Vollmacht

für Verfahren vor dem Amt

Nur vom Amt auszufüllen

Aktenzeichen der Person,
die den Vertreter bestellt:¹)

1. Bestellung

Der Unterzeichner bestellt hiermit die unter Nummer 3 bezeichnete Person zu seinem Vertreter.

2. Name der Person, die den Vertreter bestellt²⁾

3. Vertreter

3.1 Name:

3.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

1) Hier kann das von der Person, die den Vertreter bestellt, der Vollmacht zugewiesene Aktenzeichen angegeben werden.

2) Handelt es sich bei der Person, die den Vertreter bestellt, um den Anmelder (oder einen der Anmelder), so ist der Name dieses Anmelders anzugeben, wie er in der (den) Anmeldung(en) angegeben ist, auf die sich diese Vollmacht bezieht. Handelt es sich bei der betreffenden Person um den Inhaber (oder einen der Inhaber), so ist der Name dieses Inhabers anzugeben, wie er im Markenregister eingetragen ist. Handelt es sich bei der betreffenden Person um einen anderen Beteiligten als den Anmelder oder Inhaber, so ist der volle Name der Person oder der von dieser Person üblicherweise benutzte Name anzugeben.

4. Betroffene Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en)

Diese Vollmacht betrifft:

- 4.1 alle vorhandenen und künftigen Anmeldungen und/oder Eintragungen der Person, die den Vertreter bestellt, vorbehaltlich der auf einem Zusatzblatt angegebenen Ausnahmen.
- 4.2 folgende Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en):
- 4.2.1 die Anmeldung(en) betreffend folgende Marke(n):³⁾
- 4.2.2 die Anmeldung(en) mit der (den) folgenden Anmeldenummer(n)⁴⁾ sowie sämtliche sich daraus ergebende(n) Eintragung(en):
- 4.2.3 die Eintragung(en) mit der (den) folgenden Eintragsnummer(n):
- 4.2.4 Reicht der Platz unter der Nummer 4.2.1, 4.2.2 oder 4.2.3 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.
-

³⁾ Diese Nummer ist auszufüllen, wenn die Vollmacht zusammen mit der (den) Anmeldung(en) bei dem Amt eingereicht wird.

⁴⁾ Ist eine Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

- i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,
- ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder
- iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder seines Vertreters die Anmeldung bei dem Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Anmelder oder seinem Vertreter zugewiesenes Aktenzeichen.

5. Umfang der Vollmacht

5.1 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Vertreter berechtigt ist, bei allen Handlungen als Vertreter aufzutreten, einschließlich der folgenden Handlungen, wenn es sich bei der Person, die den Vertreter bestellt, um einen Anmelder oder einen Inhaber handelt:

5.1.1 Rücknahme der Anmeldung(en)

5.1.2 Verzicht auf die Eintragung(en)

5.2 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Vertreter nicht berechtigt ist, bei allen Handlungen als Vertreter aufzutreten; hier oder auf einem Zusatzblatt sind die Handlungen anzugeben, auf die sich die Vollmacht des Vertreters nicht erstreckt:

6. Unterschrift oder Siegel

6.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:

6.2 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:

6.3 Unterschrift oder Siegel:

7. Zusatzblätter und Beiblätter

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; die Gesamtzahl dieser Blätter ist anzugeben:

Muster des Internationalen Formblatts Nr. 3

**Antrag auf Eintragung der Änderung(en)
von Name(n) und/oder Anschrift(en)**

in Bezug auf die Eintragung(en) und/oder
Anmeldung(en) zur Eintragung von Marken

vorgelegt bei dem Amt

Nur vom Amt auszufüllen

Aktenzeichen des Inhabers
und/oder des Anmelders:¹⁾
Aktzeichen des Vertreters:¹⁾

1. Antrag auf Eintragung

Hiermit wird die Eintragung der in dem vorliegenden Antrag angegebenen Änderung(en) beantragt.

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Der vorliegende Antrag bezieht sich auf die folgenden Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

2.1 Eintragsnummer(n):

2.2 Anmeldenummer(n):²⁾

2.3 Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber und/oder vom Anmelder zugewiesene Aktenzeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Aktenzeichen angegeben werden.

²⁾ Ist eine Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

- i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,
- ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

- iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder seines Vertreters die Anmeldung bei dem Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Anmelder oder seinem Vertreter zugewiesenes Aktenzeichen.

3. Inhaber und/oder Anmelder

3.1 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine natürliche Person,

- a) deren Familien- oder Hauptname:³⁾
- b) deren Vor- oder Beiname(n):³⁾

3.2 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:

3.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

3.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehr als einen Inhaber und/oder Anmelder handelt; in diesem Fall sind sie auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 3.1 oder 3.2 und 3.3 genannten Angaben zu machen.

4. Vertreter

4.1 Name:

4.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

4.3 Laufende Nummer der Vollmacht:⁴⁾

5. Zustellungsanschrift

³⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind die in der (den) Anmeldung(en) angegebenen Namen oder die in der (den) Eintragung(en) eingetragenen Namen, auf die sich der vorliegende Antrag bezieht.

⁴⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Inhaber und/oder Anmelder oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

6. Angabe der Änderung(en)

6.1 Zu ändernde Angaben:

Geänderte Angaben:⁵⁾

6.2 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der obige Platz nicht ausreicht; in diesem Fall sind die zu ändernden Angaben und die geänderten Angaben auf einem Zusatzblatt zu machen.

7. Unterschrift oder Siegel

7.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:

7.2 Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für

7.2.1 den Inhaber und/oder den Anmelder.

7.2.2 den Vertreter.

7.3 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:

7.4 Unterschrift oder Siegel:

8. Gebühr

8.1 Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Eintragung der Änderung(en) entrichteten Gebühr:

8.2 Zahlungsweise:

9. Zusatzblätter und Beiblätter

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; die Gesamtzahl dieser Blätter ist anzugeben:

⁵⁾ Hier sind der (die) geänderte(n) Name(n) und/oder die geänderte(n) Anschrift(en) anzugeben.

Muster des Internationalen Formblatts Nr. 4

Antrag auf Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft

in Bezug auf die Eintragung(en) und/oder
Anmeldung(en) zur Eintragung von Marken

vorgelegt bei dem Amt

Nur vom Amt auszufüllen

Aktenzeichen des Inhabers
und/oder des Anmelders:¹⁾
Aktzeichen des Vertreters:¹⁾

1. Antrag auf Eintragung

Hiermit wird die Eintragung der in dem vorliegenden Antrag angegebenen Änderung der Inhaberschaft beantragt.

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Der vorliegende Antrag bezieht sich auf die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

2.1 Eintragsnummer(n):

2.2 Anmeldenummer(n):²⁾

2.3 Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber und/oder vom Anmelder zugewiesene Aktenzeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Aktenzeichen angegeben werden.

²⁾ Ist eine Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

- i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,
- ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder
- iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder seines Vertreters die Anmeldung bei dem Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Anmelder oder seinem Vertreter zugewiesenes Aktenzeichen.

3. Waren und/oder Dienstleistungen, die von der Änderung betroffen sind

- 3.1 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn die Änderung alle in der (den) unter Nummer 2 genannten Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en) angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen betrifft.
- 3.2 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 nur eine Anmeldung oder Eintragung genannt wird und die Änderung nur einige der in dieser Anmeldung oder Eintragung angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen betrifft; die Waren und/oder Dienstleistungen, die in der Anmeldung oder Eintragung des neuen Inhabers erscheinen sollen, sind anzugeben (in diesem Fall verbleiben die nicht angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen in der Anmeldung oder Eintragung des Anmelders oder Inhabers):
- 3.3 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 mehr als eine Anmeldung oder Eintragung genannt wird und die Änderung bei mindestens einer von ihnen nicht alle angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen betrifft. In diesem Fall ist auf einem Zusatzblatt für jede Anmeldung und/oder Eintragung einzeln anzugeben, ob die Änderung alle oder nur einige Waren und/oder Dienstleistungen betrifft. Betrifft bei einer Anmeldung und/oder Eintragung die Änderung nur einige Waren und/oder Dienstleistungen, so sind die Angaben in der unter Nummer 3.2 beschriebenen Weise zu machen.
-

4. Grundlage für die Änderung der Inhaberschaft

- 4.1 Die Änderung der Inhaberschaft ergibt sich aus einem Vertrag.

Eines der folgenden Schriftstücke ist beigelegt:

- 4.1.1 eine Kopie des Vertrags, deren Übereinstimmung mit dem Original beglaubigt ist.
- 4.1.2 ein Auszug aus dem Vertrag, dessen Übereinstimmung mit dem Original beglaubigt ist.
- 4.1.3 eine Bestätigung des Rechtsübergangs.
- 4.1.4 ein Schriftstück über den Rechtsübergang.
- 4.2 Die Änderung der Inhaberschaft ergibt sich aus einem Unternehmenszusammenschluss.

Eine Kopie des folgenden Schriftstücks zum Nachweis des Unternehmenszusammenschlusses, deren Übereinstimmung mit dem Original beglaubigt ist, ist beigelegt:

- 4.2.1 ein Auszug aus dem Handelsregister.
- 4.2.2 ein anderes von der zuständigen Behörde ausgestelltes Schriftstück.
- 4.3 Die Änderung der Inhaberschaft ergibt sich weder aus einem Vertrag noch aus einem Unternehmenszusammenschluss.
- 4.3.1 Eine Kopie des Schriftstücks, deren Übereinstimmung mit dem Original beglaubigt ist, aus dem die Änderung ersichtlich ist, ist beigelegt.
-

5. Inhaber und/oder Anmelder

5.1 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine natürliche Person,

- a) deren Familien- oder Hauptname:³⁾
- b) deren Vor- oder Beiname(n):³⁾

5.2 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:

5.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

5.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn sich die Änderung auf mehr als einen Inhaber und/oder Anmelder auswirkt; in diesem Fall sind sie auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 5.1 oder 5.2 und 5.3 genannten Angaben zu machen.

5.5 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Inhaber und/oder der Anmelder oder einer der Inhaber und/oder der Anmelder seinen Namen und/oder seine Anschrift geändert hat, ohne die Eintragung dieser Änderung zu beantragen; ein Schriftstück ist beizufügen, aus dem ersichtlich ist, dass es sich bei der Person, welche die Inhaberschaft übertragen hat, und dem Inhaber und/oder dem Anmelder um dieselbe Person handelt.

6. Vertreter des Inhabers und/oder des Anmelders

6.1 Name:

6.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

6.3 Laufende Nummer der Vollmacht:⁴⁾

³⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind die in der (den) Anmeldung(en) angegebenen Namen oder die in der (den) Eintragung(en) eingetragenen Namen, auf die sich der vorliegende Antrag bezieht.

⁴⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Inhaber und/oder Anmelder oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

7. Zustellungsanschrift des Inhabers und/oder des Anmelders

8. Neue(r) Inhaber

8.1 Handelt es sich bei dem neuen Inhaber um eine natürliche Person,

- a) deren Familien- oder Hauptname:⁵⁾
- b) deren Vor- oder Beiname(n):⁵⁾

8.2 Handelt es sich bei dem neuen Inhaber um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:

8.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

8.4 Staatsangehörigkeit (Staat):

Wohnsitz (Staat):

Niederlassung (Staat):⁶⁾

8.5 Handelt es sich bei dem neuen Inhaber um eine juristische Person, so sind anzugeben

– deren Rechtsnatur:

– der Staat sowie gegebenenfalls die Gebietseinheit innerhalb dieses Staates, nach deren Recht die juristische Person gegründet wurde:

8.6 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehr als einen neuen Inhaber handelt; in diesem Fall sind sie auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 8.1 oder 8.2, 8.3, 8.4 und 8.5 genannten Angaben zu machen.⁷⁾

⁵⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind entweder die vollen Namen des neuen Inhabers oder die von dem neuen Inhaber üblicherweise benutzten Namen.

⁶⁾ „Niederlassung“ bezieht sich auf eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung.

⁷⁾ Sind mehrere neue Inhaber mit unterschiedlichen Anschriften auf dem Zusatzblatt angegeben und ist ein Vertreter nicht bestellt, so ist die Anschrift für den Schriftwechsel auf dem Zusatzblatt zu unterstreichen.

9. Vertreter des neuen Inhabers

9.1 Der neue Inhaber wird nicht vertreten.

9.2 Der neue Inhaber wird vertreten.

9.2.1 Bezeichnung des Vertreters

9.2.1.1 Name:

9.2.1.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

9.2.2 Die Vollmacht liegt dem Amt bereits vor. Laufende Nummer:⁸⁾

9.2.3 Die Vollmacht ist beigelegt.

9.2.4 Die Vollmacht wird zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt.

9.2.5 Eine Vollmacht ist nicht erforderlich.

10. Zustellungsanschrift des neuen Inhabers⁹⁾

⁸⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem neuen Inhaber oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

⁹⁾ Unter Nummer 10 ist eine Zustellungsanschrift anzugeben, wenn der neue Inhaber keinen Wohnsitz oder keine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung im Gebiet der Vertragspartei hat oder, wenn es sich um mehrere neue Inhaber handelt, keiner der neuen Inhaber einen Wohnsitz oder eine tatsächliche und nicht nur zum Schein bestehende gewerbliche oder Handelsniederlassung im Gebiet der Vertragspartei hat, deren Amt das auf der ersten Seite des vorliegenden Antrags genannte Amt ist, es sei denn, dass unter Nummer 9 ein Vertreter angegeben ist.

11. Unterschrift oder Siegel

11.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:

11.2 Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für

11.2.1 den Inhaber und/oder den Anmelder.

11.2.2 den neuen Inhaber.

11.2.3 den Vertreter.

11.3 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:

11.4 Unterschrift oder Siegel:

12. Gebühr

12.1 Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft entrichteten Gebühr:

12.2 Zahlungsweise:

13. Zusatzblätter und Beiblätter

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; die Gesamtzahl dieser Blätter ist anzugeben:

Muster des Internationalen Formblatts Nr. 5

Bestätigung des Rechtsübergangs

in Bezug auf die Eintragung(en) und/oder
Anmeldung(en) zur Eintragung von Marken

vorgelegt bei dem Amt

Nur vom Amt auszufüllen

1. Bestätigung

Hiermit bestätigen der (die) unterzeichnete(n) Übertragende(n) und Erwerber, dass die Inhaberschaft der unten angegebenen Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en) durch Vertrag übertragen wurde.

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Die vorliegende Bestätigung bezieht sich auf den Rechtsübergang folgender Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

2.1 Eintragsnummer(n):

2.2 Anmeldenummer(n):¹⁾

2.3 Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Ist eine Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Übertragenden oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,

ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Übertragenden oder seines Vertreters die Anmeldung bei dem Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Übertragenden oder seinem Vertreter zugewiesenes Aktenzeichen.

3. Waren und/oder Dienstleistungen, die von dem Rechtsübergang betroffen sind

- 3.1 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Rechtsübergang alle in der (den) unter Nummer 2 genannten Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en) angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen betrifft.
- 3.2 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 nur eine Anmeldung oder Eintragung genannt wird und der Rechtsübergang nur einige der in dieser Anmeldung oder Eintragung angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen betrifft; die Waren und/oder Dienstleistungen, die von dem Rechtsübergang betroffen sind, sind anzugeben:
- 3.3 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 mehr als eine Anmeldung oder Eintragung genannt wird und der Rechtsübergang bei mindestens einer von ihnen nicht alle angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen betrifft. In diesem Fall ist auf einem Zusatzblatt für jede Anmeldung und/oder Eintragung einzeln anzugeben, ob der Rechtsübergang alle oder nur einige Waren und/oder Dienstleistungen betrifft. Betrifft bei einer Anmeldung und/oder Eintragung die Änderung nur einige Waren und/oder Dienstleistungen, so sind die Angaben in der unter Nummer 3.2 beschriebenen Weise zu machen.
-

4. Übertragende(r)

- 4.1 Handelt es sich bei dem Übertragenden um eine natürliche Person,
a) deren Familien- oder Hauptname:²⁾
b) deren Vor- oder Beiname(n):²⁾
- 4.2 Handelt es sich bei dem Übertragenden um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:
- 4.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):
- | | |
|------------------------------------|------------------------------------|
| Telefonnummer(n): (mit Vorwahl) | Telefaxnummer(n): (mit Vorwahl) |
|------------------------------------|------------------------------------|
- 4.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehr als einen Übertragenden handelt; in diesem Fall sind sie auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 4.1 oder 4.2 und 4.3 genannten Angaben zu machen.
-

²⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind die in der (den) Anmeldung(en) angegebenen Namen oder die in der (den) Eintragung(en) eingetragenen Namen, auf die sich die vorliegende Bestätigung bezieht.

5. Erwerber

5.1 Handelt es sich bei dem Erwerber um eine natürliche Person,

- a) deren Familien- oder Hauptname:³⁾
- b) deren Vor- oder Beiname(n):³⁾

5.2 Handelt es sich bei dem Erwerber um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:

5.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

5.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehr als einen Erwerber handelt; in diesem Fall sind sie auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 5.1 oder 5.2 und 5.3 genannten Angaben zu machen.

6. Unterschriften oder Siegel

6.1 Unterschrift(en) oder Siegel des (der) Übertragenden

6.1.1 Name(n) der natürlichen Person(en), die unterschreibt (unterschreiben) oder deren Siegel benutzt wird (werden):

6.1.2 Datum der Unterschrift(en) oder der Anbringung des (der) Siegel(s):

6.1.3 Unterschrift(en) oder Siegel:

6.2 Unterschrift(en) oder Siegel des (der) Erwerber(s)

6.2.1 Name(n) der natürlichen Person(en), die unterschreibt (unterschreiben) oder deren Siegel benutzt wird (werden):

6.2.2 Datum der Unterschrift(en) oder der Anbringung des (der) Siegel(s):

6.2.3 Unterschrift(en) oder Siegel:

7. Zusatzblätter und Beiblätter

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; die Gesamtzahl dieser Blätter ist anzugeben:

³⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind die vollen Namen des Erwerbers oder die von dem Erwerber üblicherweise benutzten Namen.

Muster des Internationalen Formblatts Nr. 6

Schriftstück über den Rechtsübergang

in Bezug auf die Eintragung(en) und/oder
Anmeldung(en) zur Eintragung von Marken

vorgelegt bei dem Amt

Nur vom Amt auszufüllen

1. Erklärung über den Rechtsübergang

Die (Der) unterzeichnete(n) Übertragende(n) überträgt (übertragen) dem (den) unterzeichneten Erwerber(n) die Inhaberschaft der (den) unten bezeichneten Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en).

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Das vorliegende Schriftstück betrifft den Rechtsübergang folgender Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

2.1 Eintragsnummer(n):

2.2 Anmeldnummer(n):¹⁾

2.3 Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Ist eine Anmelde­nummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Übertragenden oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmelde­nummer,

ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Übertragenden oder seines Vertreters die Anmeldung bei dem Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Übertragenden oder seinem Vertreter zugewiesenes Aktenzeichen.

3. Waren und/oder Dienstleistungen, die von dem Rechtsübergang betroffen sind

- 3.1 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Rechtsübergang alle in der (den) unter Nummer 2 genannten Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en) angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen betrifft.
- 3.2 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 nur eine Anmeldung oder Eintragung genannt wird und der Rechtsübergang nur einige der in dieser Anmeldung oder Eintragung angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen betrifft; die Waren und/oder Dienstleistungen, die von dem Rechtsübergang betroffen sind, sind anzugeben:
- 3.3 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 mehr als eine Anmeldung oder Eintragung genannt wird und der Rechtsübergang bei mindestens einer von ihnen nicht alle angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen betrifft. In diesem Fall ist auf einem Zusatzblatt für jede Anmeldung und/oder Eintragung einzeln anzugeben, ob der Rechtsübergang alle oder nur einige Waren und/oder Dienstleistungen betrifft. Betrifft bei einer Anmeldung oder Eintragung die Änderung nur einige Waren und/oder Dienstleistungen, so sind die Angaben in der unter Nummer 3.2 beschriebenen Weise zu machen.
-

4. Übertragende(r)

- 4.1 Handelt es sich bei dem Übertragenden um eine natürliche Person,
a) deren Familien- oder Hauptname:²⁾
b) deren Vor- oder Beiname(n):²⁾
- 4.2 Handelt es sich bei dem Übertragenden um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:
- 4.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

- 4.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehr als einen Übertragenden handelt; in diesem Fall sind sie auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 4.1 oder 4.2 und 4.3 genannten Angaben zu machen.
-

²⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind die in der (den) Anmeldung(en) angegebenen Namen oder die in der (den) Eintragung(en) eingetragenen Namen, auf die sich das vorliegende Schriftstück bezieht.

5. Erwerber

5.1 Handelt es sich bei dem Erwerber um eine natürliche Person,

- a) deren Familien- oder Hauptname:³⁾
- b) deren Vor- oder Beiname(n):³⁾

5.2 Handelt es sich bei dem Erwerber um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:

5.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

5.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehr als einen Erwerber handelt; in diesem Fall sind sie auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 5.1 oder 5.2 und 5.3 genannten Angaben zu machen.

6. Zusatzangaben (siehe die Anlage dieses Formblatts (beigefügt))

(Die Vorlage dieser Angaben für die Zwecke der Eintragung einer Änderung der Inhaberschaft ist freigestellt.)

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn die Anlage benutzt wird.

³⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind die vollen Namen des Erwerbers oder die von dem Erwerber üblicherweise benutzten Namen.

7. Unterschriften oder Siegel

7.1 Unterschrift(en) oder Siegel des (der) Übertragenden

7.1.1 Name(n) der natürlichen Person(en), die unterschreibt (unterschreiben) oder deren Siegel benutzt wird (werden):

7.1.2 Datum der Unterschrift(en) oder der Anbringung des (der) Siegel(s):

7.1.3 Unterschrift(en) oder Siegel:

7.2 Unterschrift(en) oder Siegel des (der) Erwerber(s)

7.2.1 Name(n) der natürlichen Person(en), die unterschreibt (unterschreiben) oder deren Siegel benutzt wird (werden):

7.2.2 Datum der Unterschrift(en) oder der Anbringung des (der) Siegel(s):

7.2.3 Unterschrift(en) oder Siegel:

8. Zusatzblätter, Beiblätter und Anlage

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; die Gesamtzahl dieser Blätter ist anzugeben:

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn eine Anlage beigefügt ist; die Anzahl der Seiten der Anlage und die Anzahl etwaiger Zusatzblätter zu der Anlage sind anzugeben:

Anlage des Formblatts Nr. 6**Zusätzliche Angaben
zu einem Schriftstück über den Rechtsübergang (Nummer 6)**

- A. Rechtsübergang des Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts
- a) Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts für alle Waren und/oder Dienstleistungen erfolgt, die in der (den) unter Nummer 2 des Schriftstücks über den Rechtsübergang genannten Anmeldung(en) und/oder Eintragung(en) angegeben sind.
- b) Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 des Schriftstücks über den Rechtsübergang nur eine Anmeldung oder Eintragung genannt ist und wenn der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts nur für einige in dieser Anmeldung oder Eintragung angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen erfolgt; die Waren und/oder Dienstleistungen, für die der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts erfolgt, sind anzugeben:
- c) Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn unter Nummer 2 des Schriftstücks über den Rechtsübergang mehr als eine Anmeldung oder Eintragung genannt ist und wenn bei mindestens einer von ihnen der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts nicht für alle angegebenen Waren und/oder Dienstleistungen erfolgt. In diesem Fall ist auf einem Zusatzblatt für jede Anmeldung und/oder Eintragung einzeln anzugeben, ob der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts für alle oder nur für einige Waren und/oder Dienstleistungen erfolgt. Erfolgt bei einer Anmeldung oder Eintragung der Rechtsübergang des entsprechenden Firmenwerts (Goodwill) oder des Geschäfts nur für einige Waren und/oder Dienstleistungen, so ist die Angabe in der unter Buchstabe b beschriebenen Weise zu machen.
- B. Übertragung von Rechten, die sich aus der Benutzung ergeben
- Die Rechte, die sich aus der Benutzung der Marke ergeben, werden übertragen
- a) für alle Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en).
- b) nur für die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):
- C. Übertragung der Klagebefugnis
- Der Erwerber hat das Recht, gegen bisherige Verletzungen zu klagen.
- D. Gegenleistung
- a) Der Rechtsübergang erfolgt gegen Geld.
- b) Der Rechtsübergang erfolgt gegen Geld und aufgrund anderer geldwerter Gegenleistungen.
- c) Hiermit bestätigt der Übertragende den Erhalt der oben genannten Gegenleistung.
- E. Tag des Wirksamwerdens des Rechtsübergangs
- a) Der Rechtsübergang wird an dem Tag wirksam, an dem das vorliegende Schriftstück über den Rechtsübergang unterschrieben wird.
- b) Der Rechtsübergang wird mit folgendem Tag wirksam: ...

Muster des Internationalen Formblatts Nr. 7

Antrag auf Berichtigung von Fehlern

in Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)
zur Eintragung von Marken

vorgelegt bei dem Amt

Nur vom Amt auszufüllen

Aktenzeichen des Inhabers
und/oder des Anmelders:¹⁾
Aktzeichen des Vertreters:¹⁾

1. Antrag auf Berichtigung

Hiermit wird (werden) die in dem vorliegenden Antrag genannte(n) Berichtigung(en) beantragt.

2. Betroffene Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en)

Der vorliegende Antrag betrifft die folgende(n) Eintragung(en) und/oder Anmeldung(en):

2.1 Eintragsnummer(n):

2.2 Anmeldenummer(n):²⁾

2.3 Reicht der Platz unter der Nummer 2.1 oder 2.2 nicht aus, so ist dieses Kästchen anzukreuzen; die Angaben sind auf einem Zusatzblatt zu machen.

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag vom Inhaber und/oder Anmelder zugewiesene Aktenzeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Aktenzeichen angegeben werden.

²⁾ Ist eine Anmeldenummer für eine Anmeldung noch nicht erteilt worden oder ist sie dem Anmelder oder seinem Vertreter nicht bekannt, so kann die Anmeldung durch Folgendes bezeichnet werden:

i) durch Angabe der gegebenenfalls vom Amt vergebenen vorläufigen Anmeldenummer,

ii) durch Vorlage einer Kopie der Anmeldung oder

iii) durch Vorlage einer Wiedergabe der Marke unter Angabe des Datums des Tages, an dem nach bestem Wissen des Anmelders oder seines Vertreters die Anmeldung bei dem Amt eingegangen ist, und ein der Anmeldung vom Anmelder oder seinem Vertreter zugewiesenes Aktenzeichen.

3. Inhaber und/oder Anmelder

3.1 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine natürliche Person,

- a) deren Familien- oder Hauptname:³⁾
- b) deren Vor- oder Beiname(n):³⁾

3.2 Handelt es sich bei dem Inhaber und/oder dem Anmelder um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:

3.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

3.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehr als einen Inhaber und/oder Anmelder handelt; in diesem Fall sind sie auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 3.1 oder 3.2 und 3.3 genannten Angaben zu machen.

4. Vertreter

4.1 Name:

4.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

4.3 Laufende Nummer der Vollmacht:⁴⁾

5. Zustellungsanschrift

6. Angabe von Fehlern und Berichtigungen

6.1 Zu berichtigende Daten:

Berichtigte Daten:

6.2 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der obige Platz nicht ausreicht; in diesem Fall sind auf einem Zusatzblatt die zu berichtigenden und die berichtigten Daten anzugeben.

³⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind die in der (den) Anmeldung(en) angegebenen Namen oder die in der (den) Eintragung(en) eingetragenen Namen, auf die sich der vorliegende Antrag bezieht.

⁴⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Inhaber und/oder Anmelder oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

7. Unterschrift oder Siegel

7.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:

7.2 Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für

7.2.1 den Inhaber und/oder den Anmelder.

7.2.2 den Vertreter.

7.3 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:

7.4 Unterschrift oder Siegel:

8. Gebühr

8.1 Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Berichtigung entrichteten Gebühr:

8.2 Zahlungsweise:

9. Zusatzblätter und Beiblätter

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter und/oder Beiblätter beigefügt sind; die Gesamtzahl dieser Blätter ist anzugeben:

Muster des Internationalen Formblatts Nr. 8

Antrag auf Verlängerung einer Eintragung

vorgelegt bei dem Amt

Nur vom Amt auszufüllen

Aktenzeichen des Inhabers:¹⁾

Aktenzeichen des Vertreters:¹⁾

1. Antrag auf Verlängerung

Hiermit wird die Verlängerung der im vorliegenden Antrag bezeichneten Eintragung beantragt.

2. Betroffene Eintragung

2.1 Eintragsnummer:

2.2 Anmeldedatum der Anmeldung, aus der sich die Eintragung ergeben hat:

Datum der Eintragung:

¹⁾ Hier kann das dem vorliegenden Antrag auf Verlängerung vom Inhaber zugewiesene Aktenzeichen und/oder das vom Vertreter zugewiesene Aktenzeichen angegeben werden.

3. Inhaber

3.1 Handelt es sich bei dem Inhaber um eine natürliche Person,

- a) deren Familien- oder Hauptname:²⁾
- b) deren Vor- oder Beiname(n):²⁾

3.2 Handelt es sich bei dem Inhaber um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:

3.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

3.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn es sich um mehr als einen Inhaber handelt; in diesem Fall sind die Inhaber auf einem Zusatzblatt anzugeben, und für jeden von ihnen sind die unter den Nummern 3.1 oder 3.2 und 3.3 genannten Angaben zu machen.

4. Vertreter des Inhabers

4.1 Name:

4.2 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

4.3 Laufende Nummer der Vollmacht:³⁾

5. Zustellungsanschrift des Inhabers

²⁾ Die unter den Buchstaben a und b anzugebenden Namen sind die in der Eintragung eingetragenen Namen, auf die sich der vorliegende Antrag bezieht.

³⁾ Dieses Feld bleibt frei, wenn der Vollmacht eine laufende Nummer nicht oder noch nicht zugewiesen worden ist oder wenn die laufende Nummer dem Inhaber oder dem Vertreter noch nicht bekannt ist.

6. Waren und/oder Dienstleistungen⁴⁾

- 6.1 Die Verlängerung wird für alle Waren und/oder Dienstleistungen, auf die sich die Eintragung bezieht, beantragt.
- 6.2 Die Verlängerung wird nur für folgende Waren und/oder Dienstleistungen, auf die sich die Eintragung bezieht, beantragt:⁵⁾
- 6.3 Die Verlängerung wird für alle Waren und/oder Dienstleistungen, auf die sich die Eintragung bezieht, mit Ausnahme der folgenden beantragt:⁶⁾
- 6.4 Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der obige Platz nicht ausreicht; in diesem Fall ist ein Zusatzblatt zu benutzen.

7. Die den vorliegenden Antrag auf Verlängerung einreichende Person, bei der es sich weder um den Inhaber noch um den Vertreter des Inhabers handelt

Wichtig: Eine andere Person als der Inhaber oder der Vertreter des Inhabers kann den Antrag auf Verlängerung nur dann einreichen, wenn die betreffende Vertragspartei dies gestattet. Demnach kann diese Nummer nicht ausgefüllt werden, wenn die Vertragspartei, deren Amt auf der ersten Seite des vorliegenden Antrags auf Verlängerung als Amt angegeben ist, nicht gestattet, dass ein Antrag auf Verlängerung von einer anderen Person als dem Inhaber oder dem Vertreter des Inhabers eingereicht wird.

- Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn der Antrag auf Verlängerung von einer anderen Person als dem Inhaber oder dem Vertreter des Inhabers eingereicht wird.

7.1 Handelt es sich bei dem Antragsteller um eine natürliche Person,

- a) deren Familien- oder Hauptname:
b) deren Vor- oder Beiname(n):

7.2 Handelt es sich bei dem Antragsteller um eine juristische Person, deren volle amtliche Bezeichnung:

7.3 Anschrift (einschließlich Postleitzahl und Land):

Telefonnummer(n):
(mit Vorwahl)

Telefaxnummer(n):
(mit Vorwahl)

⁴⁾ Nur eines der Kästchen 6.1, 6.2 oder 6.3 ist anzukreuzen.

⁵⁾ Das Verzeichnis der Waren und/oder Dienstleistungen, für die Verlängerung beantragt wird, muss in derselben Weise wiedergegeben werden, wie es in der Eintragung erscheint (Zusammenfassung in Gruppen nach den Klassen der Nizzaer Klassifikation, wobei mit der Angabe der Nummer der entsprechenden Klasse zu beginnen ist, und, wenn die Waren oder Dienstleistungen zu mehr als einer Klasse gehören, Wiedergabe in der Reihenfolge der Klassen dieser Klassifikation).

⁶⁾ Die Waren und/oder Dienstleistungen, für welche eine Verlängerung nicht beantragt wird, müssen, wenn sie zu mehr als einer Klasse der Nizzaer Klassifikation gehören, nach den Klassen dieser Klassifikation in Gruppen zusammengefasst werden, wobei mit der Angabe der Nummer der entsprechenden Klasse zu beginnen ist und die Wiedergabe in der Reihenfolge der Klassen der genannten Klassifikation zu erfolgen hat.

8. Unterschrift oder Siegel

8.1 Name der natürlichen Person, die unterschreibt oder deren Siegel benutzt wird:

8.2 Das entsprechende Kästchen ist anzukreuzen für die Unterschriftsleistung oder die Benutzung des Siegels durch oder für

8.2.1 den Inhaber.

8.2.2 den Vertreter.

8.2.3 die unter Nummer 7 genannte Person.

8.3 Datum der Unterschrift oder der Anbringung des Siegels:

8.4 Unterschrift oder Siegel:

9. Gebühr

9.1 Währung und Betrag der im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag auf Verlängerung entrichteten Gebühr:

9.2 Zahlungsweise:

10. Zusatzblätter

Dieses Kästchen ist anzukreuzen, wenn Zusatzblätter beigefügt sind; die Gesamtzahl dieser Blätter ist anzugeben:

Denkschrift

I. Allgemeines

1. Ziel und Inhalt des Vertrages

Der Markenrechtsvertrag (Trademark Law Treaty, TLT) der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) vom 27. Oktober 1994 dient der Vereinheitlichung der Verfahren zur Anmeldung einer Marke in den einzelnen Mitgliedstaaten. Nachdem mit dem Projekt eines Markenrechtsvertrages zunächst auch die Zielsetzung verbunden war, das materielle Markenrecht umfassend zu harmonisieren, beschränkten sich die Beratungen später im Wesentlichen darauf, die Markeneintragungsverfahren in den Vertragsstaaten zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Unternehmen und Einzelpersonen, die Markenschutz in einem Vertragsstaat erlangen wollen, sollen in den Vertragsstaaten standardisierte Verfahrensbedingungen vorfinden, nachdem unnötige bürokratische Hürden, die zuvor in einigen Staaten bestanden, abgebaut sind. Dadurch soll es Anmeldern erleichtert werden, in einem für sie fremden Rechtssystem Markenschutz zu erlangen.

Zu diesem Zweck werden in dem Vertrag Maximalanforderungen formuliert, die ein Mitgliedstaat zur Erlangung eines Schutzrechts verlangen darf. Darüber hinausgehende Anforderungen dürfen nicht gestellt werden. Damit werden insbesondere die bis dahin in manchen Staaten üblichen Beurkundungs- und Beglaubigungserfordernisse für bestimmte vorzulegende Urkunden unzulässig. Insgesamt wird der Vertrag, wenn ihm möglichst viele Staaten beitreten, international zu einer Verfahrensstraffung bei Markenmeldungen führen.

Wesentliche Errungenschaften des Vertrages sind die Formulierung von Maximalanforderungen für Markenmeldungen, für Vollmachtserteilungen, für Anträge auf Namens- und Adressenänderungen sowie Änderungen in der Markeninhaberschaft, die Abschaffung von Beglaubigungs- und Legalisationserfordernissen für Unterschriften, das Verbot, Handelsregistrauszüge zu verlangen, die Verpflichtung, allgemeine Vollmachten zu akzeptieren, die Verpflichtung, Eintragungen für jeweils mehrere Waren- oder Dienstleistungsklassen vorzunehmen, und schließlich die Verpflichtung, Standardformblätter zu akzeptieren.

Wegen des Inhalts der einzelnen Bestimmungen wird im Übrigen auf die Erläuterungen unter II. verwiesen.

Die Ratifizierung des Vertrages erfordert keine Änderungen im deutschen Markengesetz und nur geringfügige Änderungen in den Verfahrensvorschriften für die Eintragung von Marken beim Deutschen Patent- und Markenamt, konkret in der Markenverordnung. Diese Änderungen und Ergänzungen der Markenverordnung werden vom Ordnungsgeber, dem Präsidenten des Deutschen Patent- und Markenamts, vorbereitet und rechtzeitig vor der Ratifizierung des Markenrechtsvertrages in Kraft gesetzt werden.

Da das deutsche Eintragungsverfahren den Vorgaben des Markenrechtsvertrages bereits weitgehend entspricht, sind keine nennenswerten Beschleunigungseffekte im deutschen Anmeldeverfahren durch den Beitritt zu erwarten. Dennoch ist es wichtig, dass Deutschland, das im November 1994 zu den ersten Unterzeichnern gehörte, den Vertrag baldmöglichst ratifiziert, um so vor allem den Staaten, bei denen der Vertrag einen größeren Änderungsbedarf auslöst, ein Vorbild zu geben. Weitere wichtige Staaten wie die Vereinigten Staaten und Japan haben den Vertrag bereits seit längerem ratifiziert. Von der Ratifizierung oder dem Beitritt weiterer Staaten, die ihr Anmeldeverfahren bis dahin eher umständlich ausgestaltet hatten, profitieren nicht zuletzt auch deutsche Anmelder, die Markenschutz in dem betreffenden Staat erhalten wollen.

2. Ausführungsordnung

Der Vertrag enthält im Anhang eine Ausführungsordnung mit acht Regeln sowie acht internationalen Muster-Formblättern für die wichtigsten Verfahrensschritte und -förmlichkeiten.

Durch die Regeln werden einzelne Bestimmungen des Markenrechtsvertrages präzisiert. Sie definieren beispielsweise den Begriff der Identifizierung der Inhaberin oder des Inhabers (Regel 2) und legen die Maximalanforderungen fest, welche die Mitgliedstaaten an die Wiedergabe der Marke stellen dürfen (Regel 3). Außerdem gibt die Ausführungsordnung Mindestfristen vor, die die Mitgliedstaaten für die Nachreichung von fehlenden Anmeldebestandteilen (Regel 5 Abs.1) oder für die Nachreichung der Vollmacht (Regel 4) vorsehen müssen. Sie regelt auch die Frist für die Einreichung der Originalurkunden bei Anmeldungen per Fax (Regel 5 Abs. 4) und die Frist, in der eine Verlängerung der Eintragung verlangt werden kann (Regel 8).

Bei den Musterformblättern handelt es sich im Einzelnen um Formblätter für die Anmeldung einer Marke zur Eintragung, für die Verfahrensvollmacht, den Antrag auf Eintragung einer Änderung des Namens, der Anschrift oder der Inhaberschaft, für den Rechtsübergang sowie für den Antrag auf Fehlerberichtigung und Verlängerung. Die Formblätter sind so gefasst, dass sie jeweils alle zulässigen Bedingungen, deren Erfüllung ein Mitgliedstaat nach dem Vertrag verlangen darf, enthalten. Da viele der Vertragsstaaten nicht alle diese Erfordernisse verlangen, können die Formblätter in den Mitgliedstaaten an die dort jeweils geltenden Vorschriften angepasst und auf diese Weise individualisiert, im Umfang reduziert und vereinfacht werden. Dementsprechend sollen die angepassten Formblätter in der oder den Sprachen abgefasst sein, die für das Verfahren in dem entsprechenden Mitgliedstaat zugelassen ist oder sind. Ein Antragsteller kann sich zwar alternativ zu dem jeweiligen angepassten Formblatt auch

des entsprechenden Musterformblatts der Ausführungsordnung bedienen. Die eintragende Stelle des Mitgliedstaats kann jedoch verlangen, dass der Antrag in einer bei ihr zugelassenen Sprache abgefasst wird, so dass die Verwendung eines Musterformblatts in einer der sechs Vertragssprachen nicht in jedem Fall ausreicht und die Verwendung des individualisierten Formblatts vorzugswürdig ist. § 67 der Markenverordnung gestattet dementsprechend die Verwendung fremdsprachiger international standardisierter Formblätter, soweit diese nach Form und Inhalt deutschsprachigen Formblättern entsprechen und in deutscher Sprache ausgefüllt sind.

3. Sprachen

Der Vertrag ist gemäß Artikel 24 Abs. 1 Buchstabe a in den Sprachen Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch authentisch. Nach Artikel 24 Abs. 1 Buchstabe b des Vertrages ist vom Generaldirektor der WIPO nach Beratungen mit den Regierungen der deutschsprachigen Staaten eine amtliche Fassung in deutscher Sprache erstellt worden, die vorstehend veröffentlicht wird.

4. Inkrafttreten

Der Vertrag tritt gemäß Artikel 20 Abs. 2 drei Monate nach der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden von fünf Mitgliedstaaten in Kraft. Da das Vereinigte Königreich als fünfter Staat den Vertrag am 1. Mai 1996 ratifiziert hat, ist er am 1. August 1996 in Kraft getreten. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag bereits am 7. November 1994 unterzeichnet, aber bis jetzt noch nicht ratifiziert. Dies soll durch das vorliegende Gesetz ermöglicht werden. Der Vertrag wird für die Bundesrepublik Deutschland dann gemäß Artikel 20 Abs. 3 drei Monate nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Kraft treten.

Insgesamt haben 51 Staaten den Markenrechtsvertrag innerhalb der Auflegungsfrist unterzeichnet. Bis jetzt haben 29 Staaten den Vertrag ratifiziert oder sind ihm beigetreten (Stand: 15. April 2001).*)

II. Zu den Bestimmungen des Vertrags im Einzelnen

Zu Artikel 1

Der Artikel enthält die Definitionen der im Vertrag verwendeten Kurzbezeichnungen.

Zu bemerken ist lediglich, dass Artikel 1 Ziffer v, der als mögliche Markeninhaber Personen bezeichnet, die nach Artikel 1 Ziffer i natürliche und juristische Personen sein können, nicht ausschließt, dass auch bestimmte Personengesellschaften, die in § 7 Nr. 3 des Markengesetzes zusätzlich ausdrücklich genannt werden, nach deutschem Recht Inhaber einer Marke werden können. Es ist nicht notwendig, dass dieser deutsche Spezialfall im Markenrechtsvertrag ausdrücklich erwähnt wird, da für den Anmelder günstigere Regelungen ohnehin immer zulässig sind und die Regelungen, die für juristische

Personen gelten, auf Personengesellschaften analog angewendet werden können.

Zu Artikel 2

Der Vertrag ist nach Artikel 2 auf solche Marken anwendbar, die aus sichtbaren Zeichen bestehen, einschließlich dreidimensionaler Marken, wenn ein Vertragsstaat deren Eintragung zulässt. Alle anderen Markenarten wie Hologramme, Geruchsmarken und Hörmarken werden ausdrücklich ausgenommen. Ebenfalls ausgenommen sind Kollektivmarken, Gewährleistungsmarken und Garantiemarken. Die Definition entspricht dem Mindeststandard von Artikel 15 des WTO-TRIPS-Übereinkommens (WTO-Übereinkommen über handelsrelevante Aspekte des Schutzes geistigen Eigentums). Damit ist der Geltungsbereich des Markenrechtsvertrages enger als viele nationale Bestimmungen. Solche Marken bleiben aber auch unter der Geltung des Markenrechtsvertrages nach den jeweiligen nationalen Bestimmungen eintragungsfähig. Außerdem steht es den Mitgliedstaaten frei, die Bestimmungen des Markenrechtsvertrages, soweit passend, auch auf die ausgenommenen Markenarten anzuwenden. Eine solche Anwendung wird von der WIPO in den Erläuterungen zum Markenrechtsvertrag ausdrücklich empfohlen.

Zu Artikel 3

Artikel 3 mit den Maximalanforderungen an Anmeldungen gehört mit den nachfolgenden Artikeln 4 bis 6 zu den zentralen Regelungen des Vertrages, die zur Vereinfachung und Harmonisierung der Verfahrensvorschriften in den Vertragsstaaten führen sollen.

Artikel 3 Abs. 1 begrenzt die Formalitäten und die Angaben, welche die Eintragungsbehörde verlangen darf, durch eine umfangreiche Liste der Anforderungen auf das wirklich Notwendige. Zu den notwendigen Angaben zählen u.a. der Antrag mit dem Namen und der Anschrift des Anmelders und gegebenenfalls des Vertreters und die Bezeichnung der Waren und/oder Dienstleistungen, deren Eintragung beantragt wird. Von Bedeutung ist insbesondere Absatz 5, der vorsieht, dass mit einem einzigen Antrag mehrere Waren und Dienstleistungen in einer oder mehreren Klassen der Nizzaer Klassifikation angemeldet werden können. Die Vorschrift wird durch die Regeln 2 und 3 der Ausführungsordnung präzisiert, die u.a. die Anzahl der einzureichenden Markenwiedergaben begrenzen. Der Charakter einer abschließenden Liste von Maximalforderungen zeigt sich auch in Artikel 3 Abs. 7, der ausdrücklich die Einforderung von Handelsregisterauszügen oder sonstigen Nachweisen über die Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit verbietet. Eine Anmeldehilfe soll auch Formblatt Nr. 1 geben.

Zu Artikel 4

Artikel 4 enthält detaillierte Regelungen über die Vertretung. Wichtig ist, dass die Eintragungsbehörde verlangen kann, dass nicht in ihrem Gebiet niedergelassene Anmelder durch einen für das Verfahren vor dem entsprechenden Markenamt zugelassenen Vertreter vertreten werden (Absatz 1) oder eine Zustelladresse in ihrem Gebiet haben (Absatz 2). Dabei muss es dem Anmelder ermöglicht werden, einen Vertreter für mehrere, auch zukünftige Anmeldungen zu bestellen. Die Eintragungsbehörden werden

*) Ägypten, Australien, Burkina Faso, Dänemark, Guinea, Indonesien, Irland, Japan, Jugoslawien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Monaco, Niederlande, Republik Moldawien, Rumänien, Russische Föderation, Schweiz, Slowakei, Spanien, Sri Lanka, Trinidad und Tobago, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Usbekistan, Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Zypern

damit verpflichtet, allgemeine Vollmachten zu akzeptieren. Mindestfristen für die Vollmachtbestellung beziehungsweise die Nachreichung einer Vollmacht werden in Regel 4 der Ausführungsordnung näher bestimmt. Demgegenüber enthält die entsprechende Regelung des § 74 Abs. 1 der Markenverordnung Fristen, die zwar gleich lang, aber als Regelfristen ausgestaltet sind, die im Einzelfall verkürzt werden können. Diese Möglichkeit der Verkürzung soll durch eine Änderung der Markenverordnung beseitigt werden, um so dem Markenrechtsvertrag zu genügen.

Ein internationales Muster-Formular für die Vollmachterteilung enthält Formblatt Nr. 2.

Zu Artikel 5

Artikel 5 beschränkt die Anforderungen an eine Anmeldung, die ein Amt für die Erteilung eines Anmeldedatums aufstellen darf, im Wesentlichen auf einen Katalog von fünf Punkten, nämlich Eintragungssuchen, Angaben zur Identität des Anmelders, Postanschrift des Anmelders oder seines Vertreters, ausreichend deutliche Wiedergabe der Marke und eine Liste der Waren und Dienstleistungen, für die die Marke eingetragen werden soll. Außerdem kann ein Amt die Vergabe eines Eintragungsdatums von der Zahlung einer Gebühr abhängig machen, wenn eine entsprechende nationale Regelung zum Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts zum Vertrag bereits bestand (Absatz 2).

Auch in diesem Fall enthält die entsprechende Regel 5 der Ausführungsordnung Mindestfristen für die Berichtigung von Angaben und Bestandteilen der Anmeldung, die eine Anpassung der Markenverordnung (§ 74 der Markenverordnung) erfordern.

Zu Artikel 6

Die Eintragungsbehörden sind nach Artikel 3 Abs. 5 verpflichtet, Eintragungsanträge zu akzeptieren, die die Eintragung in verschiedenen Klassen der Nizzaer Klassifikation bewirken sollen. Artikel 6 stellt die sinnvolle Ergänzung dazu dar, indem er vorschreibt, dass solche Anmeldungen für verschiedene Klassen zu einer einzigen Eintragung führen.

Zu Artikel 7

Artikel 7 ergänzt im Interesse des Anmelders den Artikel 6 und lässt in Absatz 1 die Teilung der Anmeldung für verschiedene Klassen in bestimmten Fällen und unter bestimmten Voraussetzungen zu. Damit wird dem Anmelder die Möglichkeit gegeben, in Fällen, in denen sich ein Widerspruch nur gegen die Eintragung in einer bestimmten Waren- oder Dienstleistungsklasse richtet, eine Eintragung für die übrigen Klassen zu bewirken und so nur den streitigen Bereich offen zu halten. Absatz 1 findet danach in den Vertragsstaaten Anwendung, die einen Widerspruch gegen die Marke bereits vor deren Eintragung zulassen, in denen das Widerspruchsverfahren also während des Eintragungsverfahrens abläuft.

Für die Vertragsstaaten, in denen – wie in Deutschland – ein Dritter nicht bereits während des Anmeldeverfahrens, sondern erst gegen die eingetragene Marke vorgehen kann, sieht Absatz 2 neben der Teilung der Anmeldung auch die Teilung der schon vollzogenen Eintragung vor, wenn deren Rechtswirksamkeit angefochten wird. § 46

Abs. 2 des Markengesetzes räumt dem Anmelder diese Möglichkeit bereits ein.

Vertragsstaaten, die einen Widerspruch gegen die Anmeldung zulassen, können demgegenüber die Möglichkeit des Widerspruchs gegen die Eintragung ausschließen (Artikel 7 Abs. 2 Ziffer ii).

Zu Artikel 8

Artikel 8 stellt die Voraussetzungen zusammen, die die Vertragsstaaten an eine Unterschrift stellen dürfen. Wann eine Unterschrift gefordert wird, bleibt der Regelung der Vertragsstaaten überlassen. Die Anforderungen an die Unterschrift werden allerdings so geregelt, dass sie den Anmelder, insbesondere wenn er ausländischer Staatsangehöriger ist, nicht vor unvorhergesehene Hindernisse stellen. So werden beispielsweise auch Bedingungen für Fax-Unterschriften und elektronische Unterschriften aufgestellt. Hervorzuheben ist die Regelung in Absatz 4, die ausdrücklich verbietet, dass für Unterschriften irgendwelche Bestätigungen, notarielle Beglaubigungen, Echtheitsbescheinigungen, Legalisationen oder andere Beurkundungen verlangt werden. Gerade in diesem Bereich bestanden oft große formale Hürden für Antragsteller aus dem jeweiligen Ausland. Eine Ausnahme kann für die Unterschrift unter einer Verzichtserklärung für eine Eintragung vorgesehen werden, wodurch der Anmelder gegen einen ungewollten Rechtsverlust abgesichert werden kann.

Die Regelungen des Artikels 8 werden durch Regel 6 der Ausführungsordnung ergänzt. Die dort festgelegten Mindestfristen für die Einreichung des Originals bei Anträgen per Telefax finden wiederum keine Entsprechung in den insoweit maßgeblichen §§ 65 und 74 der Markenverordnung. Eine entsprechende Ergänzung von § 65 oder § 74 der Markenverordnung soll den erforderlichen Einklang mit dem Markenrechtsvertrag herstellen.

Zu Artikel 9

Artikel 9 schreibt zwingend die Verwendung der Nizzaer Klassifikation für die Klasseneinteilung bei der Eintragung vor. Gleichzeitig wird vorgegeben, dass die Eintragung für die Waren oder Dienstleistungen in Gruppen nach der Nizzaer Klassifikation erfolgen muss. Außerdem wird klargestellt, dass die Zuordnung in eine oder mehrere Klassen ohne Einfluss auf die Beurteilung der Ähnlichkeit von Waren oder Dienstleistungen ist. Diese Gruppierung ist im deutschen Recht derzeit nicht vorgesehen. Insoweit ist eine Änderung des deutschen Rechts vor der Ratifikation erforderlich. Die Änderungen sollen rechtzeitig in den §§ 14, 18, 23, 32, 36, 37, 39 und 41 der Markenverordnung vorgenommen werden.

Zu Artikel 10

Artikel 10 benennt die Anforderungen an die Mitteilung von Namens- und Anschriftenänderungen des Markeninhabers. Dabei muss die Eintragungsbehörde grundsätzlich eine einfache Mitteilung mit den wesentlichen Informationen ausreichen lassen. Insbesondere dürfen gemäß Absatz 4 keine zusätzlichen Dokumente eingefordert werden. Regel 7 führt die Angaben an, die das Amt zur Bezeichnung einer Anmeldung akzeptieren muss, wenn diese noch keine Anmeldenummer hat oder diese dem Anmelder noch nicht bekannt ist. Besondere Nachweise

dürfen nur verlangt werden, wenn die Eintragungsbehörde begründete Zweifel an der Richtigkeit der Angaben hat (Absatz 5). Ein entsprechendes Formular findet sich in Formblatt Nr. 3 der Ausführungsordnung. § 46 der Markenverordnung, der diesen Sachverhalt für das deutsche Verfahren regelt, genügt Artikel 10 des Markenrechtsvertrages.

Zu Artikel 11

Die Regelungen des Artikels 11 zu Änderungen in der Person des Markeninhabers sind demgegenüber erheblich ausführlicher. Sie geben den Vertragsstaaten mehr Möglichkeiten, bestimmte Anforderungen an den Nachweis des Wechsels der Inhaberschaft zu stellen. Damit tragen sie der wirtschaftlichen Bedeutung Rechnung, die der Inhaberwechsel bei Markenrechten haben kann. Zu den zulässigen Anforderungen zählen u.a. die Unterschrift des alten und des neuen Inhabers der Marke oder eines Vertreters, die Angabe der Nummern der Eintragungen oder Anmeldungen, die Einreichung bestimmter Unterlagen zum Beleg für den Wechsel der Inhaberschaft sowie die Zahlung einer Gebühr. Im internationalen Vergleich führen die in Artikel 11 zugelassenen Anforderungen aber immer noch zu einer deutlichen Vereinfachung der vielfältigen nationalen Regelungen zum Inhaberwechsel.

Die Regelungen über den Inhaberwechsel sind gemäß Absatz 3 entsprechend auf den Wechsel in der Person des Anmelders anwendbar. Für Anmeldungen, deren Anmeldeummer noch nicht bekannt ist, wird auf Regel 7 verwiesen. Absatz 4 enthält wiederum eine Auflistung von Anforderungen, die ausdrücklich nicht gestellt werden dürfen. Sie entspricht der Regelung für Anmeldungen in Artikel 3 Abs. 7. Um die Rechtssicherheit nicht zu gefährden, erhält die Eintragungsbehörde jedoch entsprechend der Regelung des Artikels 3 Abs. 8 durch Absatz 5 die Möglichkeit, bei begründeten Zweifeln weitere Nachweise zu verlangen. Zum Inhaberwechsel gibt Formblatt Nr. 4 der Ausführungsordnung in Verbindung mit den Formblättern Nr. 5 zur Bestätigung des Rechtsübergangs und Nr. 6 (Schriftstück über den Rechtsübergang) entsprechende Hilfestellung.

Für das Eintragungsverfahren bei Rechtsübergang vor dem Deutschen Patent- und Markenamt gelten mit § 27 des Markengesetzes, §§ 31 ff. der Markenverordnung Regelungen, die den Anforderungen des Markenrechtsvertrages genügen.

Zu Artikel 12

Artikel 12 schreibt den Vertragsstaaten vor, für die Berichtigung von offensichtlichen Anmeldungs- oder Eintragsfehlern ein verhältnismäßig einfaches Verfahren vorzusehen. Die Ausführungsordnung enthält in Formblatt Nr. 7 ein entsprechendes internationales Formular. Eine dementsprechende deutsche Regelung trifft § 45 des Markengesetzes in Verbindung mit § 45 der Markenverordnung.

Zu Artikel 13

Die Laufzeit einer Eintragung und jeder Verlängerung muss nach Artikel 13 Abs. 7 zehn Jahre betragen. Damit wird eine einheitliche Laufzeit für Markenrechte und die Verlängerung der Eintragung in allen Vertragsstaaten geschaffen, was vom Harmonisierungseffekt her deutlich über die Mindestlaufzeit von sieben Jahren gemäß Artikel 18 des WTO-Übereinkommens über handelsrelevante

Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (WTO-TRIPS-Übereinkommen) hinausgeht.

Nach § 47 Abs. 1 des Markengesetzes beginnt die zehnjährige Schutzfrist in Deutschland bereits mit dem Anmeldetag, nicht erst mit dem Tag der Eintragung. Da Artikel 13 Abs. 7 aber im Hinblick auf den genauen Beginn der Schutzfrist offen formuliert ist und das deutsche Recht bei der Berechnung der zehnjährigen Schutzfrist Anwartschaft und Vollrecht zusammenfasst, ist eine Änderung des Markengesetzes in diesem Punkt nicht erforderlich.

Die Verlängerung der Eintragung kann von der Bezahlung einer Gebühr abhängig gemacht werden. Weitere zulässige Bedingungen werden in Absatz 1 genannt, zulässige Formerfordernisse enthält Absatz 2. Die Regelung in Absatz 1 Buchstabe b zum Wirksamwerden der Verlängerung bei Vorauszahlung der Verlängerungsgebühr weicht nicht von § 47 Abs. 5 des Markengesetzes ab.

Auch die Voraussetzungen der ergänzenden Regel 8 der Ausführungsordnung entsprechen den deutschen Regelungen zur Fälligkeit und zu den Zahlungsfristen, wie sie in dem Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung von Kostenregelungen auf dem Gebiet des geistigen Eigentums (Bundesrats-Drucksache 342/01) vorgesehen sind.

Andere in Artikel 13 Abs. 4 genannte Erfordernisse werden wiederum ausdrücklich ausgeschlossen, darunter zum Beispiel die (nochmalige) Wiedergabe der Marke. Eine Zusammenstellung der maximal zulässigen Anforderungen enthält das Formblatt Nr. 8 der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 14

Artikel 14 räumt dem Antragsteller oder dem Markeninhaber für den Fall, dass seine Anmeldung oder sein Änderungs- beziehungsweise Verlängerungsantrag zurückgewiesen werden sollen, ein Recht zur vorherigen Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist ein. Dies entspricht dem Grundsatz rechtlichen Gehörs, der in § 59 Abs. 2 des Markengesetzes verankert ist.

Zu Artikel 15

Artikel 15, der die Vertragsstaaten zur Einhaltung der Vorschriften der Pariser Verbandsübereinkunft verpflichtet, hat nur Bedeutung für andere Staaten, die im Gegensatz zu Deutschland nicht ohnehin Mitglieder des Pariser Verbandes sind.

Zu Artikel 16

Durch Artikel 16 werden die Vertragsstaaten zur Eintragung von Dienstleistungsmarken und zu deren Gleichbehandlung mit Warenmarken verpflichtet. Dies wird im deutschen Markenrecht durch § 3 Abs. 1 des Markengesetzes, der einen identischen Schutz der Kennzeichen für Waren und Dienstleistungen vorsieht, gewährleistet. Diese Gleichbehandlung zieht sich weiter durch das gesamte Markenrecht (vgl. Fezer, Markenrecht, 2. Aufl. 1999, § 3 Rdnr. 15).

Zu Artikel 17

Durch Artikel 17 wird die dem Vertrag beigefügte Ausführungsordnung ausdrücklich in den Vertrag einbezogen. Die Bestimmung umreißt den Inhalt der Regeln, ver-

weist auf die Formblätter und regelt für den Kollisionsfall den Vorrang des Vertrages vor der Ausführungsordnung.

Zu Artikel 18

Die abschließenden Artikel 18 bis 25 dienen der Durchführung des Vertrages.

Artikel 18, der die Möglichkeit der Revision des Vertrages und der weiteren Harmonisierung durch eine diplomatische Konferenz regelt, ist notwendig, weil die für einen solchen Vertrag sonst üblichen Verwaltungsvorschriften fehlen. Es war zunächst – wie bei ähnlichen Verträgen – vorgesehen, zur Durchführung des Vertrages einen Verband und eine Versammlung zu gründen. Die Versammlung hätte dann zum Beispiel über künftige Änderungen der Ausführungsordnung oder der Formblätter entscheiden können. Nachdem es nicht möglich war, eine Einigung über die Frage zu finden, ob der Europäischen Gemeinschaft im Falle ihres Beitritts ein eigenes Stimmrecht eingeräumt werden sollte, und der Abschluss des Vertrages an dieser Frage zu scheitern drohte, wurde das Konzept fallen gelassen. Änderungen können daher ausschließlich durch die Einberufung einer diplomatischen Konferenz zu diesem Zweck, wie dies Absatz 1 ausdrücklich vorsieht, herbeigeführt werden. Auch mögliche Protokolle zu einer weiteren Harmonisierung des (materiellen) Markenrechts müssen deshalb von einer diplomatischen Konferenz angenommen werden (Absatz 2).

Zu Artikel 19

Alle Mitgliedstaaten der WIPO und die zwischenstaatlichen Behörden, deren Mitgliedstaaten der WIPO angehören und die über eine eigene Markenbehörde verfügen, können gemäß Artikel 19 Abs. 1 Vertragspartei werden. Damit ist auch der Europäischen Gemeinschaft der Beitritt zum Markenrechtsvertrag eröffnet. Für Unterzeichnerstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland geschieht dies durch Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde, für Nichtunterzeichnerstaaten durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde. Abweichend von Absatz 1 Ziffer i konnten bis zum 31. Dezember 1999 auch Staaten, die nicht Mitglieder der WIPO waren, gemäß Artikel 22 Abs. 9 Vertragspartei werden, sofern sie Mitglied des Pariser Verbandes waren und ein eigenes Markenamt hatten.

Zu Artikel 20

Der Vertrag ist gemäß Artikel 20 Abs. 2 drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des fünften Vertragsstaates, des Vereinigten Königreichs, am 1. August 1996 in Kraft getreten. Er wird für die Bundesrepublik

Deutschland gemäß Artikel 20 Abs. 3 drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in Kraft treten.

Zu Artikel 21

Artikel 21 regelt die Voraussetzungen, unter denen zeitlich unbefristete, aber jederzeit zurücknehmbare Vorbehalte in Bezug auf verbundene Marken, Defensivmarken oder abgeleitete Marken erklärt werden können. Da das deutsche Recht in diesen Punkten nicht von den Bestimmungen des Vertrages abweicht, wird von der Möglichkeit, Vorbehalte gemäß Artikel 21 einzulegen, kein Gebrauch gemacht.

Zu Artikel 22

Mit den Übergangsbestimmungen des Artikels 22 wird denjenigen Vertragsstaaten, deren Eintragungsverfahren zum Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts in wesentlichen Punkten von dem Vertrag abweicht, die Möglichkeit eingeräumt, bestimmte Verfahrensweisen innerhalb von sechs Jahren, bei Entwicklungsländern innerhalb von acht Jahren, spätestens aber bis zum 28. Oktober 2004 umzustellen.

Für die Bundesrepublik Deutschland spielt diese Möglichkeit keine Rolle, da einzelne erforderliche Änderungen der Markenverordnung vor der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde erfolgen sollen und das deutsche Recht ansonsten den Anforderungen des Vertrages bereits genügt. Die Übergangsbestimmungen können aber Bedeutung für deutsche Markenmelder in einem anderen Vertragsstaat, der von ihnen Gebrauch macht, erlangen.

Zu Artikel 23

Artikel 23 regelt die Kündigung des Vertrages durch einen Vertragsstaat.

Zu Artikel 24

Artikel 24 Abs. 1 Buchstabe a bestimmt die sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen, nämlich Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch zu den verbindlichen Sprachen des Vertrages. Eine amtliche deutsche Fassung gemäß Absatz 1 Buchstabe b liegt seit dem 18. Januar 1996 vor. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag innerhalb der in Absatz 2 genannten Frist, nämlich am 7. November 1994, gezeichnet.

Zu Artikel 25

Die Vorschrift bestimmt den Generaldirektor der WIPO zum Verwahrer des Markenrechtsvertrages.

